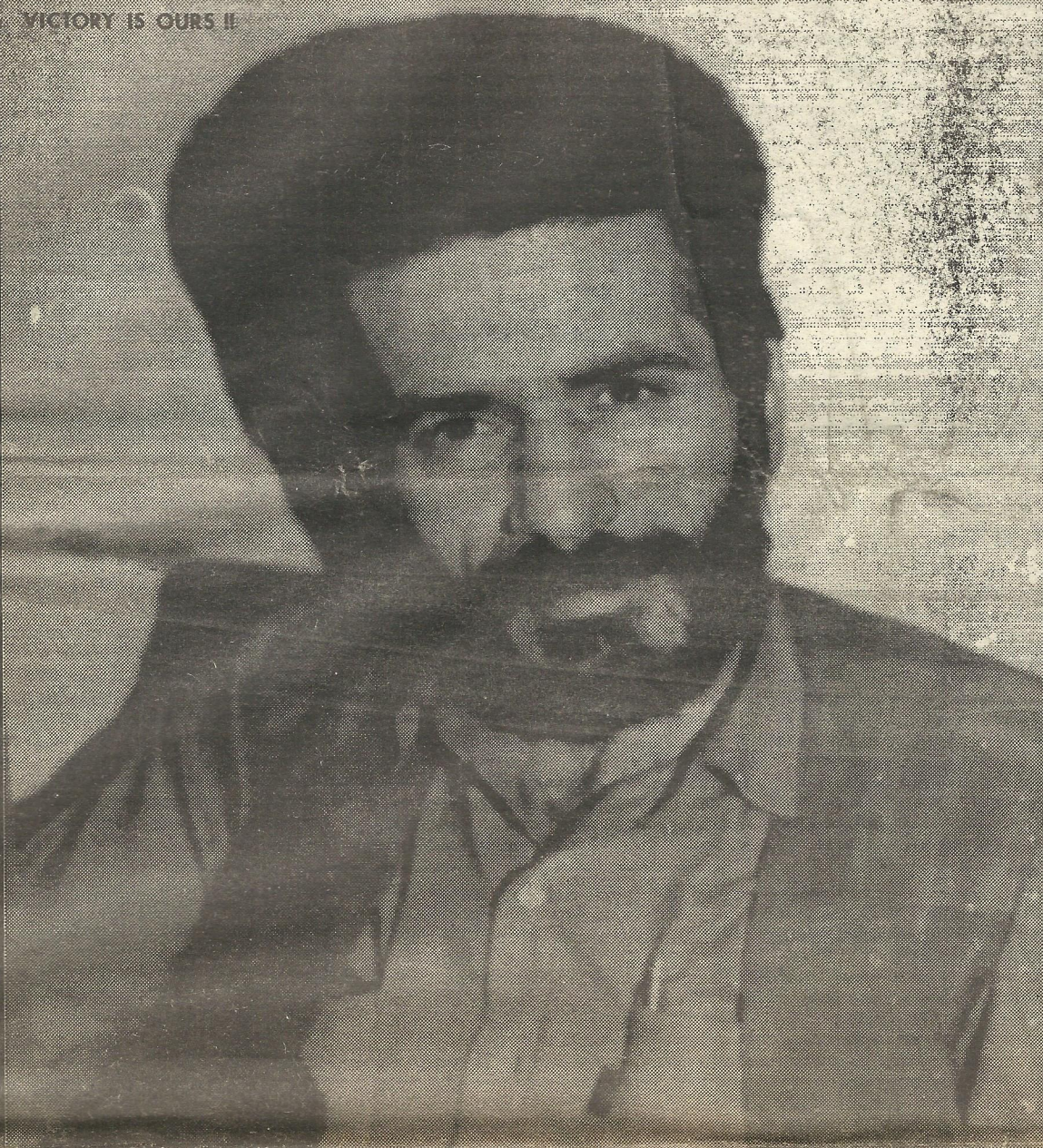


HAGOP HAGOPIAN «ASALA»

VICTORY IS OURS !!



PRESSESPIEGEL

REBMANN BEGRÜNDET DAS AUSNAHMERECHT: NICHT WEGEN IWF-GIPFEL, SONDERN WEGEN "FAMILIE MEYER"

Der Freibrief zu polizeilichen Massenkontrollen, den der Bundesgerichtshof auf Grundlage des Anti-Terrorparagrafen 111 der Strafprozeßordnung im Mai ausgestellt hat, sei keinesfalls im Zusammenhang mit der Bankertagung zu sehen, sondern diene als "reine Fahndungsmaßnahme" gegen die RAF, entgegnete der Sprecher der Bundesanwaltschaft.

Konkret, so Rebmanns Sprecher Förster, seien die Fahndungsmaßnahmen gegen das der RAF zugerechnete "Ehepaar Meyer" gerichtet. Als konkrete Straftaten, die einem Gerichtsbeschuß zur Einrichtung von Kontrollstellen zugrunde liegen müssen, nannte die Bundesanwaltschaft Aktionen der RAF aus den Jahren 1985 und 1986. Auf die Frage, warum der Bundesgerichtshof dann erst jetzt, kurz vor der IWF/Weltbank-Tagung, die Ermächtigung zu Massenkontrollen gegeben hat, antwortete die Bundesanwaltschaft: "Weil wir die Täter noch nicht gefaßt haben."

(TAZ, 12.8.88)

VORWURF "MITGLIEDSCHAFT IN TERRORISTISCHER VEREINIGUNG"/SEMISCH SOLL BEKENNERSCHREIBEN VERFAßT HABEN/BAW BEANTRAGT GEMEINSAME VERHANDLUNG GEGEN SEMISCH, EICHLER, HOFFMANN UND ANDERE BESCHULDIGTE

Die BAW erklärte gestern, Semisch sei ihren Erkenntnissen nach in der sogenannten "Gruppe Eichler" hauptsächlich für das Verfassen von Bekennerschreiben verantwortlich gewesen. Konkret nannte die BAW die Bekennerschreiben zu drei Brandanschlägen auf Schaltstationen und Umspannwerke von Energieunternehmen am 17. Juni, 18. September und 10. Oktober 1987 im Raum Frankfurt und in Oberbayern sowie das Bekennerschreiben zu dem Sägeanschlag auf einen Hochspannungsmasten am 26. August in Offenthal-Dreieich. Wie BAW-Sprecher Förster gegenüber der taz erklärte, wird Semisch angelastet, die "Selbstbezüglichungsschreiben vor der Tat in Kenntnis der Tatumstände und entsprechend der vereinbarten arbeitsteiligen Vorgehensweisen" verfaßt zu haben. Laut BAW wird Semisch zudem verdächtigt, am 8. November 1986 von Eichler eine "geraubte Polizeipistole übernommen zu haben, um sie für sich zu behalten oder später an Eichler oder eine andere Person weiterzugeben." Die Waffe war am 8. November 86 auf einer Anti-AKW-Demonstration in Hanau einem enttarnten Zivilbeamten abgenommen worden. Aus dieser Waffe wurden im November 1987 die tödlichen Schüsse an der Startbahn abgegeben. Wie die BAW erklärte, soll Semisch die Waffe bis April 1987 verwahrt und dann an ein "anderes Mitglied der Vereinigung" weitergegeben haben. Sollten diese Verlautbarungen zutreffen, müßte

die BAW umfassende Erkenntnisse über den Weg der Waffe zwischen November 86 und 87 haben.

(TAZ, 17.8.88)

HAFTPRÜFUNGSTERMIN FÜR ULLA PENSELIN

Penselin konnte alle ihr vorgehaltenen "konspirativen Treffen" erklären

Für alle vier ihr vorgeworfenen Treffs aber präsentierte Ulla Penselin Erklärungen, die von der Bundesanwaltschaft offensichtlich nicht widerlegt werden konnten. Die nach monatelanger Observation gemachten Behauptungen erwiesen sich entweder als falsch oder als sehr bemüht interpretiert. Beispielsweise soll sich Ulla Penselin nächtens mit der ebenfalls verdächtigten Corinna K. in der Hamburger Kneipe "Nachtschicht" getroffen haben. Was ohnehin kein strafrechtlich relevanter Vorwurf ist, erwies sich während des Haftprüfungstermin auch als falsch. Die vom BKA zum Beweis vorgelegten Fotos überzeugten den Vorsitzenden Richter Arend von der Richtigkeit der von Penselin abgegebenen Erklärung, sie sei zwar in der Kneipe gewesen, aber nicht mit Corinna K.

Am gewichtigsten schien der Bundesanwaltschaft aber der Vorwurf, Ulla Penselin habe sich Ende November 1987 in Telgte "konspirativ" mit anderen verdächtigen Personen getroffen. Die Konspirativität sahen die obersten Ankläger der Republik als gegeben an, weil die Wohnung unter falschem Namen angemietet worden sei und die "Teilnehmer dieses Treffens... versuchten, sich einer eventuellen Beobachtung zu entziehen" (Presseerklärung der BAW).

Den von der BAW kritisierten "Wechsel der Fahrmitel" auf dem Weg nach Telgte erklärte Ulla Penselin mit einem Defekt an ihrem Wagen. Deswegen auch habe sie die Vermieter der Wohnung unter Nennung ihres vollen richtigen Namens angerufen und mitgeteilt, sie komme einen Tag später mit der Bahn. Eine Angabe, die von den Vermietern bestätigt wird. Auf dem Weg zum Hauptbahnhof habe sie sich observiert und dadurch belästigt gefühlt. Um die Richtigkeit dieses Eindrucks zu überprüfen, sei sie Umwege gefahren, habe aber keine endgültige Klarheit erlangt, und sei dann mit der Bahn direkt nach Telgte gefahren, wo keine Anschläge, sondern die dritte Ausgabe der Zeitschrift "e.colibri" vorbereitet worden sei.

(TAZ, 22.8.88)

ULLA PENSELIN AUS HAFT ENTLASSEN

Ein Sprecher des Gerichts begründete die Aufhebung des Haftbefehls damit, daß Ulla Penselin sich bei dem Haftprüfungstermin erstmalig "zur Sache eingelassen hat". Durch diese Angaben hätten "gewisse von der Bundesanwaltschaft vorgelegte Indizien einen anderen Touch be-

kommen". Es habe sich ergeben, daß einzelne Teile der an sich schlüssig wirkenden Indizienkette, mit der die Bundesanwaltschaft die Mitgliedschaft von Ulla Penselin in der "Roten Zora" belegen wollte, auch "eine andere Deutung zulassen". Damit sind wohl vor allem die angeblich konspirativen Treffen in Telgte, Hamburg und Osnabrück von Ulla Penselin und anderen Frauen gemeint, nach denen derzeit gefahndet wird. Nach Aussage von Ulla Penselin handelte es sich dabei um als Redaktionstreffen der Gentechnik-kritischen Zeitung "e.colibri".

(TAZ, 23.8.88)

HAFTPRÜFUNG FÜR INGRID STROBL

In der im wesentlichen auf den Kauf eines "Emes-Sonochron"-Wecker gestützten Beweiskette fehlt vor allem der Nachweis für einen angeblich auf dem Verpackungskarton angebrachter Zettel. Dieser Zettel soll beweisen, daß der von Ingrid Strobl gekaufte Wecker mit dem von der RZ bei einem Anschlag benutzten identisch ist. Beim Haftprüfungstermin wurde Ingrid Strobl, anders als Ulla Penselin, nicht vorgeladen. Der Vorsitzende Richter Arend begründete dieses ungewöhnliche Vorgehen damit, daß er bezüglich der zum Haftprüfungstermin vorgelegten Erklärung von Ingrid Strobl nur eine einzige Frage habe und die werde Frau Strobl ihm sowieso nicht beantworten. Ingrid Strobl hat in ihrer 14 Seiten langen Erklärung geschildert, daß sie den Wecker auf Bitten eines Freundes, der außerhalb Köln wohnt und ihn weiterverschenken wollte, gekauft und dann an ihn weitergegeben habe. Da der Freund ihr genau beschrieben habe, welchen Wecker er wollte habe sie im Laden kein Verkaufsgespräch mehr führen wollen. Den Namen des Freundes allerdings, der Richter Arend und das BKA interessierte, gab sie nicht preis.

(TAZ, 8.88)

AUTOABFACKELN GEGEN IWF

Berlin. Im Bezirk Tiergarten brannte der LKW einer Autovermietung völlig aus. Im Bezirk Wilmersdorf bemerkte ein Passant zwei weitere Brandsätze unter Fahrzeugen einer anderen Autovermietung, die aber von der alarmierten Polizei rechtzeitig gelöscht werden konnten. Nach Auskunft der Polizei wurden bei den Anschlägen auf die Autovermietungen die gleichen Brandsätze verwendet, die schon in der Nacht zum Montag beim Abbrennen von 25 PKWs der Firma Siemens auf verschiedenen Parkplätzen des Konzerns eingesetzt wurden. In einem 14seitigen Kommuniqué bekennen sich "Autonome Zellen" mit Bezug auf die geplante IWF/Weltbanktagung zu den Anschlägen auf den Siemens-Fuhrpark. In ihrem Bekennerschreiben erklären die "Autonomen Zellen", 13 Firmenfahrzeuge angezündet zu haben, während die Polizei von 25 ausgebrannten Auto

spricht.

(TAZ, 7.9.88)

DURCH DIE HINTERTÜR IN DIE DRITTE WELT DIE BETEILIGUNG AN UNO-TRUPPEN WÜRDEN DER BUNDESWEHR NEUE HORIZONTE ERSCHEINEN

Das Grundgesetz verbietet den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes. Aber in den letzten Jahren drängen die USA immer heftiger: Wer sein Öl durch den Golf transportiere, müsse auch die Route schützen - militärisch. Immerhin: Im Mittelmeer hat die Bundesmarine schon Funktionen der US-Flotte übernommen, um deren Intervention im Persisch-arabischen Golf zu ermöglichen. SPD-Abgeordnete schlagen jetzt vor, das Grundgesetz zu ändern und der Bundeswehr "Friedensmissionen" im Rahmen der UNO zu erlauben.

Wenn die Bundeswehr einmal im Rahmen der UNO eingesetzt werden kann, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zum Einsatz in anderen multinationalen "Friedenstruppen". Die Intervention der NATO-Länder USA, Frankreich, Italien und Großbritannien im libanesischen Bürgerkrieg 1983/84 wurde auch als eine internationale "Friedenstruppe" gerechtfertigt. Wenn man, wie die US-Regierung, die Eroberung von Grenada 1983 als Geiselnbefreiung ausgibt (obwohl es keine einzige Geisel gab) oder den Kleinkrieg gegen Iran im Golf als "Demonstration der Neutralität im Golfkrieg", dann sind eine ganze Reihe von "Friedensmissionen" vorstellbar, die offenen Interventionscharakter tragen.

(TAZ, 23.8.88)

BAKA-DURCHSUCHUNGEN WEGEN PARAGRAPH 129a

Im Verlauf der Aktion beschlagnahmten BKA-Beamten unter anderem Privatpost, 'radikal'-Ausgaben, Exemplare der gentechnik-kritischen Zeitschrift 'e.colibri' und mehrere Ausgaben des Buches "Widerstand heißt Angriff", in dem Texte der RAF von 1977 bis 1987 versammelt sind. Ziel der von der Bundesanwaltschaft veranlaßten Aktion, die sich nach offiziellen Angaben gegen "bisher 22 Objekte in Duisburg, Moers, München, Stuttgart, Kassel, Braunschweig, Hamburg und West-Berlin richtete, war es, Beweismittel gegen den im Mai dieses Jahres verhafteten Niederländer Johannes A. zu finden. A. war auf einer Fahrt nach West-Berlin aus einem Bus heraus festgenommen worden. Angeblich sollen ihm zwei im Kofferraum des Busses gefundene Koffer gehören, in denen 90 Exemplare des Buches "Widerstand heißt Angriff" gefunden worden sein sollen.

Auf die Anschriften der jetzt durchsuchten Buchläden, Umweltzentren, Privatwohnungen und eines ambulanten Dienstes für Behinderte will die Bundesanwaltschaft in A.s Adreßbuch gestoßen sein. Die von den Durchsuchungen Betroffenen, betonte der Sprecher der Bundesanwaltschaft Prechtel, seien aber nicht als Beschuldigte anzusehen. Das Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129a richte sich ausschließlich gegen A. selbst.

(TAZ, 1.9.88)

DURCHSUCHUNGEN BUNDESWEIT

Mehr als 30 Wohnungen betroffen/Bundesanwaltschaft begründet Hausdurchsuchungen mit Ermittlungen nach Par. 129a/Verdacht nur gegen eine Person

Zentrum der vom Bundeskriminalamt geleiteten Aktion war Stuttgart, wo allein 20 Wohnungen durchsucht wurden. Weitere sechs Durchsuchungen gab es in Esslingen, zwei in Hamburg, zwei in Frankfurt, jeweils eine in München und Hannover und drei in Berlin. Rebmann hatte die Durchsuchungsbefehle am 6. und 7. September beim Bundesgerichtshof beantragt und erhalten. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft (BAW) begründete die großangelegte Hausdurchsuchungsaktion "mit einem Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129a gegen eine Person im Raum Stuttgart, die im Verdacht steht, Mitglied der RAF zu sein". Durchsucht werden jetzt die Wohnungen von Leuten, "die verdächtigt werden, in Kontakt zu dieser Person zu stehen, um Beweismittel sicherstellen zu können". Ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung "einer kriminellen Vereinigung" könnte dann auch gegen die Wohnungsinhaber eingeleitet werden, "wenn wir auf dem Wege des Zufalls Beweismaterial sicherstellen".

(TAZ, 9.9.88)

HAFTBEFEHL NACH DURCHSUCHUNGEN

Die BAW hat vier Wohnungen im Bundesgebiet durchsuchen lassen. Vier Wohnungen in Karlsruhe und Pforzheim. "Das sind Anschlußdurchsuchungen aufgrund von Funden, die wir in der Berliner Manteuffelstraße am Tag zuvor sicher gestellt haben", erklärte die BAW. Begründung für diese Massendurchsuchung sind laut BAW "zwei Ermittlungsverfahren gegen eine Person in Berlin und eine im Stuttgarter Raum". Die beiden stehen unter dem Verdacht, "Mitglieder in der RAF zu sein". Einen Haftbefehl gegen die Verdächtigen gebe es aber nicht, so die BAW.

(TAZ, 10.9.88)

SOLLEN TERRORISTEN FREIGEPREßT WERDEN?

Betäubungsmittel in mutmaßlichen Stuttgarter RAF-Depot/Verbindung zur Action Directe

Werner Kahl. In der Wohnung eines mutmaßlichen RAF-Mitgliedes seien acht Ampullen eines Narkosepräparates gefunden worden, das die RAF vom selben Hersteller bereits in einem Versteck der französischen Action Directe (AD) für ein "Volksgefängnis" deponiert hatte. Am Samstag wurde der 31jährige Wohnungsinhaber Ulrich W. aus Stuttgart dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof vorgeführt, der auf Antrag des Generalbundesanwalts wegen "dringenden Verdachts" der RAF-Mitgliedschaft Haftbefehl erließ. In Düsseldorf wurde in der vergangenen Woche der 32jährige Thomas K. als Mitglied einer "Kämpfenden Einheit" der RAF verhaftet.

Im Fall Ulrich K. heißt es bei den Sicherheitsbehörden, der Stuttgarter habe vermutlich innerhalb der RAF Funktionen der kürzlich zu fünfzehn Jahren Haft verurteilten Eva Hauke-Frimpong übernommen. Der Verdacht, daß die RAF nach der Verhaftung Hauke-Frimpongs Narkoseampullen bei Ulrich W. deponierte, wurde durch Erkenntnisse deutsch-französischer Kooperation geweckt. Bei den Ampullen des Präparates "Ketan", die 1987 in Vitry aux Loges sichergestellt wurden, lag ein deutscher Text. Die Handschrift stammt nach einer Expertise des Bundeskriminalamtes von der damals dem RAF-Kommandobereich zugeordneten Eva Hauke-Frimpong.

(WELT, 12.9.88)

DIE NEUE ADRESSE DER GENOSSIN NATHALIE MENIGON

NATHALIE MENIGON
F 778.917 PRL. C329
1, AVENUE DE LA DIVISION LECLERC
94262 FRESNES

DIE NEUEN ADRESSEN DER MILITANTEN DER CCC (19.8.88)

PASCALE VANDEGEERDE
BERTRAND SASSOYE

PRISON DE FOREST
52, AV. DE LA JONCTION
1060 BRÜSSEL

PIERRE CARETTE
DIDIER CHEVOLET

PRISON DE ST GILLES
106, AV. DUCPETIAUX
1060 BRÜSSEL

PRESSESPiegel

TERROR CELL SMASHED

Lima (Reuter) Three suspected members of the Abu Nidal guerrilla group, who were arrested here on July 16 on suspicion of plotting attacks on American, Jewish and Peruvian targets, are to be deported from Peru.

The Interior Ministry said Mr Hocine Bouzidi, from Algeria, an alleged Abu Nidal leader, Mr Ahmad Assad Mohammad, from Lebanon and Mr Mohammad Abdelrahman Abed, from Egypt, were planning joint attacks with Peru's Shining Path guerrillas.

(Times, 1.8.88)

JAPANS "ROTE ARMEE" WILL OLYMPISCHE SPIELE SABOTIEREN

Die japanische Terrororganisation "Rote Armee" will nach Berichten der japanischen Presse die Olympischen Spiele in Seoul sabotieren, die nach Meinung der Organisation einer "konterrevolutionären Allianz" Südkoreas, Japans und der Vereinigten Staaten dienen. Die amtliche japanische Nachrichtenagentur Kyodo und die Zeitung "Yomiuri" zitierten einen Artikel aus der Zeitung "Political Review" der im libanesischen Exil lebenden Rote-Armee-Mitglieder. Der Artikel rufe dazu auf, gegen die Olympischen Spiele zu kämpfen.

Seit vielen Monaten häufen sich in Japan eindeutige Hinweise auf eine zunehmende Zahl internationaler Reisen der Mitglieder der sogenannten japanischen Roten Armee. Diese Reisen finden sowohl in Ostasien als auch in Europa statt, weniger wird auch von Reisen in die Vereinigten Staaten berichtet. In allen bekannt gewordenen Fällen wurden dabei bisher Pässe benutzt, die die Mitglieder der japanischen Roten Armee gestohlen hatten. So sind vor zwei Jahren in Madrid einer japanischen Touristengruppe etwa zehn Pässe entwendet worden. In allerjüngster Zeit sind in der australischen Botschaft in Tokio 16 japanische Pässe, die dort zur Visumerteilung hinterlegt waren, abhandengekommen. In anderen Fällen sind einzelne japanische Pässe außerhalb Japans sowohl Geschäftsreisenden wie Touristen entwendet worden. Schließlich gibt es auch Fälle, in denen in Japan selbst Pässe gestohlen wurden - gelegentlich ohne daß es die rechtmäßigen Inhaber gemerkt hatten. Soweit diese Diebstähle aktenkundig wurden, sind die Pässe längst für ungültig erklärt worden. In der Praxis hat das aber wenig geholfen, da nicht einmal die japanischen Grenzkontrollstellen, geschweige denn die ausländischen Behörden, jeden Paß auf seine Gültigkeit hin untersuchen.

Wie häufig die gestohlenen Pässe tatsächlich benutzt werden, zeigt sich oft nach Verhaftungen. Als Osamu Maruoka, Mitglied der Roten Armee, im November vergangenen Jahres in Tokio festgenommen wurde, verfügte er über einen in Madrid gestohlenen Paß, der Einreisevermerke

aus mehr als zehn europäischen und asiatischen Ländern aufwies.

Bei den Befürchtungen der japanischen Regierung spielt auch eine Rolle, daß die japanische Rote Armee ihre Zentrale in Nordkorea hat.

Ein starker Außenposten dieser Terrororganisation existiert allerdings auch in der philippinischen Hauptstadt Manila. In Japan selbst verfügt die Rote Armee nur über eine kleine Zahl meist inaktiver Gesinnungsgenossen.

(FAZ, 24.8.88)

STAATSANWALTSCHAFT WÜNSCHT BESSERE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB EUROPA

Zwischen der niederländischen Justiz und der belgischen, westdeutschen, französischen und luxemburger Justiz wird zu wenig und zu ineffektiv zusammengearbeitet. Die Strafgesetzgebung zwischen den sog. Schengen-Ländern muß harmonisiert werden und hier und dort erweitert werden. Die Niederlande muß aufgeschlossen sein für Anpassungen im Strafrecht.

Es soll ein sog. Schengen-Fahndungsregister entstehen, wo die teilnehmenden Länder Personenbeschreibungen aufnehmen können von Beschuldigten.

Die Staatsanwaltschaft zeigt sich dabei Befürworter der Einführung "einer Identifikationspflicht in irgendwelcher Form" für den Bürger.

Die Möglichkeiten zum Abhören, zur Durchsuchung, Beschlagnahme und der Vollstreckung von Urteilen auf ein- anders Hoheitsgebiet müssen erweitert werden. Geschmeidigkeit und schnelle gegenseitige Kommunikation stehen dabei voran. Die Verfolgung von Beschuldigten auf ein- anders Hoheitsgebiet muß vereinfacht werden. Gerichtsakten wie Vorladungen und Vergleiche sollten unmittelbar an Beschuldigten im Ausland geschickt werden können. Die Staatsanwaltschaften in den beteiligten Ländern sollten daneben besser auf dem Laufenden sein von einanders Organisation und Verfahren.

Engpässe gibt es augenblicklich unter anderem bei der Auslieferung von Beschuldigten und der Übernahme der Vollstreckung der Strafen. Zwischen der Niederlande und den vier Schengen-Partnern gelten dafür verschiedene Regeln.

(NRC, 26.8.88)

JUSTIZ SIEHT IN OFFENE GRENZEN NACHTEIL BEI FAHNDUNG VON VERBRECHEN

1990 fällt die Kontrolle an den Grenzen zwischen den Benelux-Ländern, Frankreich und der BRD, weg. 1993 wird auch die Kontrolle an den Grenzen der übrigen Mitgliedstaaten der EG beendet.

Die Justiz weist in dem Jahresbericht darauf hin daß durch das Wegfallen der Grenzkontrollen es z.B. einfacher wird Philippinische Opfer von Frauenhandel über die BRD in die Niederlande zu bringen.

Die BRD hat, im Gegensatz zur Niederlande, keine Visumpflicht für Philippinische Landesangehörige.

Die Niederlande verwendet die Visumpflicht um Frauenhandel zu begegnen. Wenn der Verdacht besteht daß eine Philippinische in der Niederlande gegen ihren Willen als Prostituierte ausgebeutet wird, kann ein Visum verweigert werden.

(VK, 26.8.88)

DIE AFFÄRE RARA

Im Gerichtssaal wurde er von einigen Insidern wiedererkannt: sag mal Herman, was machst du hier? Bis dann war die Identität des Führers des nationalen Koordinationsteams (LCT) sorgfältig geheimgehalten. Mitglieder des Teams, die während der Gerichtsverhandlung aussagen mußten, taten dies letzte unter Kodennamen. Oberinspektor Herman van Hoogen, ist stellvertretender Chef des Büros Besondere Angelegenheiten der Amsterdamer Gemeindepolizei.

Die Fahndung fing mit dem Sammeln von Informationen und das Herstellen einer Täteranalyse an. Ende Oktober vorigen Jahres wurde die Aufmerksamkeit des LCT konzentriert auf eine Gruppe Amsterdamer, laut den Amsterdamer Presse-Offizier De Wit handelte es sich um ungefähr fünfzehn Personen. De Wit sagte im Mai gegenüber VN: "Auf jedes Mitglied der Gruppe wurde ein Observationsteam angesetzt, während den letzten Wochen Tag und Nacht." Van Hoogen jetzt: "So ist es natürlich nicht abgelaufen, dafür besitzen wir nicht mal die Kapazität. Außerdem ist es ausgeschlossen daß man jemand 24 Stunden am Tag verfolgt, dann zerreißt die Observation unwiederruflich. Wenn der Beschuldigte es selber nicht bemerkt, rufen die Nachbarn an: sie sind wieder da. Sehen ohne gesehen zu werden, das ist Fachwissen."

Am 11. März berichtete das Allgemeine Dagblad daß das LCT eine Gruppe Amsterdamer im Auge behielt. Die Information kam über eine undichte Stelle bei der BVD (holl. Sicherheitsdienst, Anm. d. Ü.). De Wit im Mai gegenüber VN: "Vierundzwanzig Stunden nach der Veröffentlichung zerriß die Observation. Das bedeutet daß man keinen bei einer Aktion ertappen kann." Van Hoogen jetzt: "Wir waren nicht froh über die Veröffentlichung im Allgemeinen Dagblad, aber ich weiß nicht ob es Folgen gehabt hat. Manchmal denkt man daß die Observation zerrissen ist und es stellt sich später heraus daß das nicht so ist. Wir konnten auf jedem Fall nichts kontrollieren weil die Beschuldigten nichts sagen wollten."

Im Januar 88 wurden Fingerabdrücke gefunden auf einer nicht-explodierten Bombe bei der Elba-Fabrik in Schiedam.

Das führte zu einer Beschleunigung der Fahndung. "Wir haben die Zielgruppe schon Monate im Auge behalten, und dann werden deine Analysen durch das Finden eines Fingerabdruckes bestätigt."

Auf der Pressekonferenz gleich nach den Verhaftungen am 11. April, sagte Polizeisprecher Klaas Wilting daß anfangs besonders in der Amsterdamer Staatsliedenbuurt gesucht wurde. Van Hoogen: "Das erste was man macht bei so einer Fahndung, ist schauen wer schon mal früher so etwas gemacht hat. Dann gerät man in der Staatsliedenbuurt, aber auch in Nimwegen. Natürlich schaut man in erster Instanz nicht nach rechts stehende Gruppen. Wenn man schließlich eine Liste hat, wird es danach eine Frage des Abstreichens. Man gerät dann an ungefähr 12 Personen, die die harte Linie folgen wollen. Was ich nun sage ist rein spekulativ, aber ich denke daß RARA eine sehr beschränkte Gruppe ist innerhalb dieser Gruppe, nicht mehr als ungefähr vier Personen. Es gab auch andere Gruppen, das läuft durcheinander. Zu dem gescheiterten Anschlag auf Elba bekannte sich No Pasaran. Es gibt auch das Commando Ins Blaue Hinein.

"Es gab Fingerspuren auf der elektronischen Apparatur der Bombe die bei Elba gefunden wurde. Die Verteidigung sagt daß diese elektronische Apparatur durch viele Hände gegangen ist. Aber es gab auch Fingerspuren auf dem Klebeband, das das Ganze zusammenhielt. Und dann die Kassenzettel. Wir haben eine Bombe gefunden in Nieuwegein. Wir haben das Ding auseinandergenommen und die Komponenten in einer Reihe aufgestellt. Die Komponenten wurden bei der Elektronikfirma Tandy gekauft. Wir haben bei Tandy die Kassenzettel untersucht und haben so die Zettel gefunden, die zu den Unterteilen gehören. Und die Konterzettel haben wir beim Beschuldigten zuhause gefunden. Ja, man kann sagen daß der Schwager gerade vorbei gekommen ist und daß der vielleicht Sachen hinterlassen hat, aber damit entwischt man allerdings nicht."

"Wir haben bei drei Beschuldigten elektronische Apparatur gefunden und eine Liste mit Adressen von Firmen, die Geschäfte mit Israel machen. Von einer dieser Firmen haben wir auch einen Grundriß gefunden. R., der jetzt vor Gericht steht, war einer der drei wobei die Sachen gefunden worden sind."

Am Tag vor dem Polizei-Einfall am 11. April rief ein Berichterstatter der Telegraaf Polizeisprecher Klaas Wilting an um mitzuteilen daß seine Zeitung am nächsten Morgen erscheinen würde mit einem Artikel über die geplante Aktion.

Wilting schloß einen Deal: ein Fotograf des Morgenblatts dürfte beim Einfall anwesend sein, unter der Bedingung daß man nicht publizieren würde.

Am 10. November 1977 war Van Hoogen Mitglied eines Verhaftungsteams, das in Amsterdam zwei Mitglieder der Roten Armee Fraktion verhaftete. In 1984 unterstützte er trotzdem ein Ersuchen zur vorzeitigen Freilassung der zwei, 1986 ließen Wackernagel und Schneider wissen, daß sie gerne mit van Hoogen sprechen wollten. Sie haben sich danach einige Male getroffen.

(VN, 27.8.88)

SIEBEN JAHRE FÜR APARTHEID-GEGERNER GEFORDERT

Ihm wird in dem Prozeß vorgeworfen, Mitglied der Vereinigung RARA (Revolutionäre Anti-Rassistische Aktion) zu sein. Der RARA werden mehrere Anschläge gegen Unternehmen, die Handelsbeziehungen zu Südafrika unterhalten, angelastet. Ziele der Aktionen waren Shell-Tankstellen und Lagerhäuser des Großhandelsunternehmens Makro, der über seine Muttergesellschaft mit Südafrika verbunden ist. Bei den Anschlägen, die zwischen 1985 und 1987 verübt wurden, entstanden Sachschäden in Höhe von 133 Millionen Mark. Die Staatsanwaltschaft forderte trotz schlechter Beweislage sieben Jahre Haft für den jungen Niederländer.

Die Verhandlung im Amsterdamer Gerichtshof, die vorgestern bis spät in die Nacht dauerte, konnte erst mit fünfständiger Verspätung beginnen. Rene R.s Verteidiger Pieter Bakker Schut hatte einen Antrag auf Befangenheit des Richters Michels gestellt, weil zwei Zeugen, die zum politischen Engagement des Angeklagten befragt werden sollten, die Aussage im Prozeß verweigert worden war. Außerdem wurde die Zelle von Rene R. vor seiner Überführung zum Gericht durchsucht und seine Aufzeichnungen durchgesehen. Erstmals in der niederländischen Rechtsgeschichte mußten sich die Anwälte vor Betreten des Gerichtssaales durchsuchen lassen. Doch der Antrag Bakker Schuts auf Befangenheit wurde abgelehnt.

Die Gerichtsverhandlung wurde - ebenfalls erstmals in der niederländischen Rechtsgeschichte - live im Rundfunk übertragen. Vor dem Gerichtsgebäude picknickten etwa 150 RARA-Sympathisanten und verfolgten das Geschehen übers Radio.

Für Überraschung sorgte das Gutachten des Elektroingenieurs Erdleick, der nachwies, daß die Zeltzünderschaltungen, die bei Anschlägen benutzt worden sind, nicht von ein- und derselben Person stammen konnten. Dennoch hält es die Staatsanwaltschaft für erwiesen, daß Rene R. an sechs von vierzehn Anschlägen beteiligt war. Als Indizien führt sie zum Beispiel einen anonymen Zeugen an, der in einer Tankstelle gearbeitet hat und Rene R. beim Kauf eines Benzinkanisters beobachtet haben will. Ein weiteres Indiz ist sein Fingerabdruck unter vielen auf einem der Zeltzünder. Es gibt jedoch offensichtlich keine einzigen Beweise, der zwingend auf eine Täterschaft Rene R.s schließen läßt.

Um gegen RARA vorzugehen, war vor wenigen Monaten eine Sondereinheit von 150 Polizisten zusammengestellt worden. Sie hatten im April acht angebliche RARA-Mitglieder festgenommen. Sieben von ihnen wurden jedoch mangels Beweisen kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt.

(TAZ, 12.8.88)

AMSTERDAMMER GERICHT HÄLT BETEILIGUNG AN ANSCHLÄGEN DER RARA FÜR ERWIESEN/ANSCHLÄGE RICHTETEN SICH GEGEN FIRMEN, DIE MIT SÜDAFRIKA KOOPERIEREN/HAFTSTRAFE TROTZ ZWEIFELHAFTER BEWEISFÜHRUNG

Zu fünf Jahren Haft verurteilte gestern ein Amsterdamer Gericht den dreißigjährigen Rene R. Das Gericht hielt Renes Mittäterschaft an Anschlägen der 'RARA' (Revolutionäre Anti-Rassistische Aktion) in vier Fällen für erwiesen. Anschläge galten Filialen des Großhandels Makro, einer der Staatsdruckerei Elba und einer einer Shell-Tankstelle.

Der Anwalt von Rene R., Bakker-Schut, hält die Beweislage für eine "Seifenblase". Die Beweise seien - so Bakker-Schut - ungenügend, unrechtmäßig erhalten und sogar verfälscht. Hausdurchsuchungen wären nicht korrekt durchgeführt worden, die erhaltenen "Beweise" dürften deshalb nicht verwendet werden. Nach Ansicht des Anwalts beweisen die auf einer Bomben-Zeitschalt-Uhr gefundenen Fingerabdrücke nicht, daß Rene R. an dem Anschlag selbst beteiligt war. Zudem seien die Aussagen eines anonymen Zeugen von der Polizei verfälscht worden. Weiterhin wurde angeblich die Stimme eines anonymen Anrufers vor einem Anschlag als die von Rene R. identifiziert. Bakker-Schut beruft sich jedoch auf einen Spezialist von Scotland Yard, der eine solche Identifikation für unmöglich hält.

(TAZ, 25.8.88)

CCC-ANGEKLAGTEN IM HUNGERSTREIK

Brüssel - Die vier Angeklagten der Cellules Communistes Combattantes (CCC) sind gestern auf unbestimmte Zeit einen Hungerstreik begonnen in ihrer Zelle, aus Protest gegen ihrer kompletten Isolationshaft, den Mangel an Besuch und die Zensur auf den Briefwechsel. Das wurde gestern auf einer Pressekonferenz angekündigt vom Verein der Eltern und Freunde der kommunistischen Gefangenen (APAPC).

Während der Pressekonferenz wurde eine drei Seiten lange gemeinsame Erklärung von Carette, Chevolet, Vandegheerde und Sassoye verlesen, in der sie ihre Aktion erklären. Laut den vier geht es um eine identische Aktion als im Frühjahr 1986. Damals begannen die CCC-Mitglieder einen Hungerstreik ebenfalls gegen ihre Haftbedingungen. Nach 43 Tage konnte damals "von Gol und seine Helfershelfer" u.a. erzwungen werden, daß sie frei korrespondieren konnten und unzensuriert Briefe empfangen konnten. Aber die damals verliehenen "Günste" sind nach und nach wieder eingezogen, laut den Sprechern der APAPC.

Die neuen Forderungen der CCC sind: wiederum zusammen inhaftiert zu werden (Pascale Vandegheerde verbleibt im Gefängnis von Vorst, die drei anderen in Mechelen); die Möglichkeit bekommen täglich acht Stunden zusammen studieren und diskutieren zu können; freien Briefwechsel ohne Zensur; Zulassung von zwei Besuchern, die keine Familie oder Verwandte sind pro Gefangener; Zulassung um frei Bücher und Broschüren zu empfangen über politische Themen und eigene Kleidung. Die vier sehen sich als politische Gefangene und "Geiseln" daher ihre ausschließlich politischen Forderungen.

Gestern begann Chevolet mit dem Hungerstreik, am 9. September folgt Vandegheerde, am 16. September Carette und am 23. schließt sich Sassoye der kollektiven Aktion an. Die vier werden jede medizinische Hilfe verweigern und nur ein Glas Wasser und vier Zuckerwürfel pro Tag einnehmen.

APAPC widersetzte sich gestern auch dem "Manöver" um die vier während ihres Prozesses als Individuen zu behandeln, ohne gemeinsames Ziel. Außerdem wurde das "Gemisch" verurteilt das die Justiz von Prozeß machen wird durch auch zwei Mitglieder oder Sympathisanten der FRAP im selben Prozeß erscheinen zu lassen.

(3.9.88)

CCC-MITGLIEDER WIEDER IM HUNGERSTREIK

Die vier gefangenen Mitglieder der Kämpfenden Kommunistischen Zellen, CCC, sind wieder im Hungerstreik. Dies wurde Freitagmittag in Brüssel mitgeteilt von Eltern, Verwandte und Sympathisanten von Pierre Carette, Bertrand Sassoye, Didier Chevolet und Pascale Vandegheerde.

Im Mai 1986 begannen die am 16. Dezember 1985 in Namen verhafteten vier CCC-Mitglieder bereits einen Hungerstreik. Die Gefangenen widersetzten sich damals den Ausnahmemaßnahmen, an denen sie unterworfen wurden und wodurch ihre politische Arbeit gehemmt wurde. Während des Hungerstreiks vor zwei Jahren verloren die CCC-Mitglieder etliche Kilos.

Nun fragen die CCC-Mitglieder, daß sie alle vier zusammengelegt werden und außerdem auch acht Uhren Arbeitsvermittlung pro Tag.

Zu ihren Forderungen gehören auch mehr Familienbesuch, ein freier Briefwechsel und die Zulassung, politische Bücher empfangen zu dürfen. Weiter das Tragen der eigenen Kleidung anstatt der Gefängniskleidung.

Vor zwei Jahren beendeten Carette und seine Genossen ihren Hungerstreik, nachdem sie von der Obrigkeit einige Zusagen bekamen. Laut einigen Eltern, Verwandten und Sympathisanten von Carette und seine Helfershelfer, ist für die CCC-Mitglieder der Haftzustand wieder wie früher. Vorallem die völlige Isolation der Gefangenen wird angeprangert.

Im Gefängnis führen die gefangenen Mitglieder der Kämpfenden Kommunistischen Zellen ihren Kampf weiter. Darum auch ihren Hungerstreik, der durch Didier Chevolet ange-

fangen wurde. Am 9. September beginnt Pascale Vandegheerde auch ihren Hungerstreik, gefolgt am 16. September von Pierre Carette und am 23. September von Bertrand Sassoye. Drei Tage später wird ihr Prozeß vor dem Assisenhof von Brabant einen Anfang nehmen. Der Prozeß wird mindestens vier Wochen dauern.

Freitag wurde auch nochmal die Politik der früheren Regierung Martens-Gol kritisiert, es vielen harte Worte über die Polizei und BOB, und es wurde mehr als einmal der belgische "Bourgeois-Staat" angeprangert.

Didier Chevolet ist also Freitag seinen Hungerstreik begonnen. So wird er nur Wasser und Zuckerwürfel annehmen.

(Gaz. v. Antwerpen, 4.9.88)

CCC AB 26. SEPTEMBER VOR ASSISENHOF CARETTE UND GENOSSEN RISKIEREN DIE TODESSTRAFE

Die vier, die am 16. September 1985 in Namen in die Falle gegangen sind, wurden am 1. Juli zum Assisenhof überwiesen. Gegen diesen Beschluß legten Carette und seine Genossen Berufung ein. Dies machte aber die Suppe nicht fett, sodaß sie sich ab Montag, den 26. September vor den Assisenhof von Brabant zu verantworten haben. Die Akten der Anschuldigung bestehen aus 134 Seiten und Carette und seine Genossen könnten theoretisch die Todesstrafe bekommen.

Tote

Zwischen 2. Oktober 1984 und 6. Dezember 1985 verübten die Kämpfenden Kommunistischen Zellen 26 Bombenanschläge in Belgien. Bei der Explosion eines Bombenautos am 1. Mai 1985 vor dem VBO-Gebäude in Brüssel, starben zwei Feuerwehrleute.

Damals näherte sich die Interventionsgruppe der Brüsseler Feuerwehr, die unterstellte daß es sich um einen Autobrand handele, um das Bombenauto zu löschen, aber in diesem Moment explodierte der Wagen und starben Marcel Bergen und Jacques Van Marcke.

Nach dem Anschlag benachdruckten die CCC-Mitglieder in ihren Flugschriften, daß die Reichswache die Verantwortung habe für den Tod der zwei Brüsseler Feuerwehrleute. Dabei wurde durch die CCC erinnert an die Mitteilungspamflette die rund dem Bombenauto ausgestreut waren, was nachher interpretiert wurde als einen Versuch, zu verhindern daß es Tote geben würde. Auf den Pamphleten war im Niederländisch eine Warnung zu lesen, sich vom Wagen fern zu halten.

Pierre Carette, Didier Chevolet, Bertrand Sassoye und Pascale Vandegheerde, die vier mutmaßlichen Spitzenmitglieder der CCC, wurden am 16. Dezember 1985 in einem Hamburgerrestaurant in Namen verhaftet.

Falsch

Carette hatte sich auf einen nicht wiederzuerkennende Art verummt und er besaß einen falschen Paß, mit dem er sich "Bertrand Smoos" nannte. Bertrand Sassoye hieß nach seinem ebenfalls falschen Ausweis "Jean-Pierre Hiemeleer".

Alle vier, auch die relativ junge Frau Pascale Vandegheerde, hatten eine Waffe dabei. In ihrer Brieftasche fand die Polizei insgesamt 60.000 Frank. Bei Bertrand Sassoye wurde deutlich, daß er desertiert war von den 3. Ardenner Jägern in Vielsalm, die Kaserne wo auch ein viel Staub aufwirbelnder Waffendiebstahl verübt wurde.

Pierre Carette, Didier Chevolet und Bertrand Sassoye sind jetzt, in Aussicht ihres Prozesses, vom Mecheleren Gefängnis zu einer Brüsseler Strafanstalt überführt. Pascale Vandegheerde blieb immer in Vorst eingeschlossen. Der Prozeß vor den Assisenhof in Brüssel wird mindestens vier Wochen dauern, aber inzwischen ist deutlich daß viele Fragen unbeantwortet blieben. So u.a. wo die CCC-Mitglieder ihre Mittel um ihre Aktionen zu finanzieren und um Jahre illegal zu leben, wegholten.

(9.88)

SCHLAG GEGEN DIE ROTEN BRIGADEN IN ROM

Die italienische Polizei hat vier Verstecke der Roten Brigaden (BR) ausgehoben und dabei nicht weniger als 21 mutmaßliche Terroristen verhaftet. Die Festgenommenen werden dem "militärischen" Flügel der BR, dem sogenannten Partito comunista combattente (PCC) zugerechnet.

Es wurden insgesamt 21 Personen, unter ihnen einige seit langem gesuchten Terroristen, verhaftet sowie verschiedene Waffen, Munition, Dokumente über Aufbau und Struktur des PCC sowie Banknoten im Wert von 200 Millionen Lire (240.000 Franken) sichergestellt. Offenbar sind die Mitglieder der Brigaden, von denen sich einige erwartungsgemäß als "politische Gefangene" deklarieren und die allesamt gefälschte Papiere auf sich trügen, völlig überrascht worden. Jedenfalls wird in keiner Meldung über Widerstand beziehungsweise einen Schußwechsel berichtet.

Die "prominentesten" unter den jetzt festgenommenen Brigadisten heißen Fabio Ravalli und Maria Cappelli. Dem Paar werden mehrere Morde zur Last gelegt, darunter derjenige am Senator Roberto Ruffilli. Der Politiker, der zu den engsten Mitarbeitern von Ministerpräsident De Mita gezählt hatte, wurde am 16. April dieses Jahres in seiner Wohnung in Forlì kaltblütig mit einem Nackenschuß niedergestreckt. Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der BR-PCC zeigte sich schon ein Jahr zuvor auf besonders eindruckliche Weise. Bei dem den Brigadisten zugeschriebenen Überfall vom 14. Februar 1987 auf einen Geldtransporter in Rom richteten die Gangster ein Blutbad an. Zwei Polizisten wurden erschossen, ein dritter wurde schwer verletzt.

(NZZ, 7.9.88)

WIEDER ERFOLG ITALIENISCHER POLIZEI GEGEN ROTEN BRIGADEN

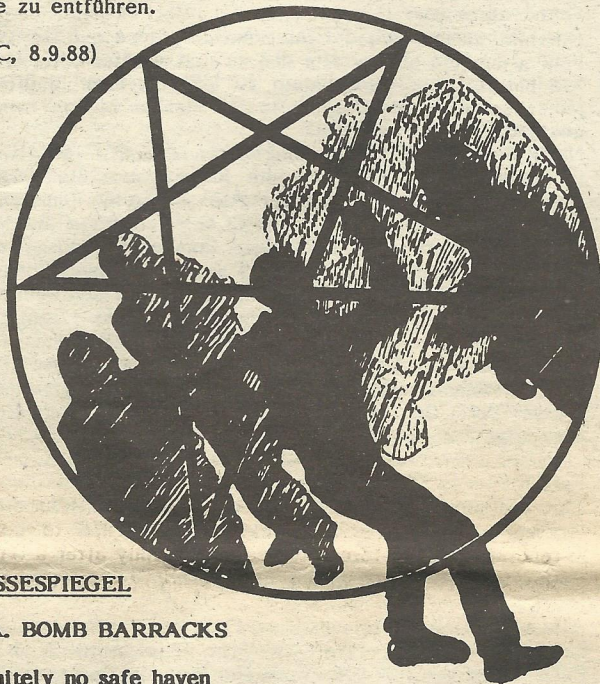
Laut Quellen bei der Justiz kommen diese Häftlinge aus den Dienstleistungssektor. Eine Zahl würde im Staatsdienst sein. Dies wird betrachtet als ein Zeichen, daß die noch aktiven Brigadisten sich nicht mehr in erster Instanz auf Schulen und Universitäten konzentrieren, sondern vorallem auf Gruppen Arbeitnehmer wo es den letzten Jahren viel Unruhe gab.

Der andere Häftling, wessen Name veröffentlicht wurde, ist Flavio Lori.

Die Partei der Kämpfenden Kommunisten ist in 1984 gegründet, auf einer Versammlung in Paris. Die ungefähr zweihundert dort anwesenden Brigadisten, auf der Flucht oder im Exil, fielen in zwei Gruppen auseinander: die Partei der Kämpfenden Kommunisten und eine Minderheitsgruppe, die Union der Kämpfenden Kommunisten. Die Union existierte nur kurz. Ihre wichtigste Waffentat ist der Mord im März 1987 am General Licio Giorgieri.

Die Partei der Kämpfenden Kommunisten hat in 1985 den Professor Ezio Tarantelli erschossen, weil er beteiligt war an den Plänen zur Änderung der automatischen Preiskompensation. Das darauf folgende Jahr wurde Lando Conti ermordet, Alt-Bürgermeister von Florence. Die Verhaftungen gestern sind die direkte Folge der Verhaftung im Januar von Antonio Fosco. Er wurde verhaftet bei der Wohnung des jetzigen Premiers, Ciriaco De Mita, damals allein Sekretär der Christdemokratischen Partei. Aus den Informationen die bei Fosco gefunden worden waren, schloß die Polizei daß die Roten Brigaden den Plan hatten De Mita oder jemanden aus seiner direkten Nähe zu entführen.

(NRC, 8.9.88)



PRESSESPIEGEL

I.R.A. BOMB BARRACKS

Definitely no safe haven

Nine British soldiers were injured and up to 60 other military personnel narrowly escaped with their lives when two powerful IRA bombs exploded at a British army barracks in West Germany.

The attack began shortly before 3am on Wednesday, July 13th, when IRA Volunteers cut their way through a patrolled perimeter fence at Glamorgan Barracks, Duisburg, West Germany. The base's eight-foot high wire security fence is guarded by armed sentries and military police who observe strict precautions at all times.

The devices were each made up of 50lbs of Semtex plastic explosive and were placed against the wall of the sleeping quarters. It is understood that they were linked by Cortex detonating cord and exploded simultaneously, blowing a 15-foot section of the barracks wall and part of the roof into the main street over 150 feet away. As the Volunteers left the area, which is heavily guarded by both the British and Germans, an attempt was made by German police to intercept their vehicle but the IRA unit scared off the patrol by firing warning shots from an AK47 rifle.

400th British soldier

The death of Warrant Officer John Howard in Belfast early today, marks the 400th British army fatality as a result of attempts by successive British governments, particularly since 1969, to maintain their control over the Six Counties.

"The Irish Republican Army calls upon the British government to give Ireland peace, to withdraw and end the ongoing tragedies. Must it take the deaths of another 400 soldiers before the British government realises it is time to go?

"We urge the British people to press for troop withdrawal from our country and thus make a major contribution to peace in Ireland now."

(An Phoblacht/Republican News, 14.7.88)

"The Irish Republican Army calls upon all civilians to stay well clear of all British personnel in Europa and Britain. We are issuing this warning because the close presence of civilians causes us to abandon operations. No-one should travel close to, or with, clearly identified or identifiable members of the British forces."

P. O'Neill, Irish Republican Publicity Bureau, Dublin.

(An Phoblacht/Republican News, 4.8.88)

'SELECTIVE' INTERNMENT UNLIKELY TO DEMOLISH IRA

Proponents of internment include the Police Federation for Northern Ireland, both Unionist parties and various Conservative backbench MPs.

They claim a similar operation today would be based on current intelligence about the Provisionals, recognised to be many times more accurate than that responsible for the blunders in 1971, when more than 100 of the 340 picked up had to be released within 48 hours, leaving the command structure of both the Official and Provisional IRA intact.

It is true that the Royal Ulster Constabulary could publish an annual Who's Who in Oglagh na h'Eireann (the IRA) which would make required reading; it can distinguish the titular head from the active leader, and knows the families, politics and shirt sizes. but the reluctance to pull in IRA members shown by Mrs Thatcher and successive Secretaries of State, has more to do with sanguine assessment of reality than weakness of political will.

The command structure of the IRA has been atomised, to the extent that each active service unit can plan its own actions, even if it does not have its own arms supply. The real factor in determining the long-term military equation is the Gardai in the Irish Republic. This is why Sir John Hermon, the Chief Constable of the RUC, who has belittled the row over extradition, has spent so much effort planning jointly with his counterpart, Mr Eamonn Doherty, the Commissioner of the Gardai.

Both feel that internment could only be effective if it was applied simultaneously on both sides of the border.

The two forces launched a joint operation last November, when 7,500 Gardai and Irish Army troops searched more than 50,000 homes looking for Libyan arms.

Politically, internment, smashing down front doors, rifle-butting Nationalists, would be a gift to Sinn Fein, which would no longer have to worry about its diminishing political base north or south of the border. For the British it would be back to square one.

(Guardian, 6.8.88)

CONTRACTORS EXECUTED

"We know the names of those involved (in building or repairing barracks) and warn them to desist immediately or suffer the consequences."

An active service unit shot the two contractors as they left the barracks on Thursday, August 4th. This was part of the IRA's stated aim of isolating the crown forces through a sustained campaign of targetting contractors and companies who carry out essential maintenance and supply work on British army and RUC barracks.

The campaign was first launched on June 19th, 1985.

The IRA issued a detailed statement on August 5th 1986 which said:

"Those who refuse to take heed of this warning are in effect collaborating with our enemies and shall be treated as our enemies."

Punishment shooting

"Belfast Brigade, Irish Republican Army, claims responsibility for the punishment shooting of a man who was responsible for the rape and gross physical assault of a local woman. We repeat previous warnings that this type of despicable crime will not be tolerated and that we reserve the right to take appropriate action."

(An Phoblacht/Republican News, 11.8.88)

PAVING THE WAY FOR INTERNMENT

Seventeen years after it was last brought in, the internment of republicans is again on the agenda. It was placed there by the RUC, unionist politicians, wide sections of the media (including Southern leader writers).

On August 9th 1971 the RUC and British army raided nationalist areas and arrested hundreds of "suspects". Massive rioting and an upsurge in popular resistance ensued. Most of the arrested had never been involved in planning or carrying out IRA operations. At the height of internment, some 1,500 people were kept in the compounds of Long Kesh, Magilligan and in Armagh Women's Jail. The last internee was released shortly before Christmas 1975.

The RUC has long wanted a return to internment without trial. The paid-perjurer tactics which helped them put over three hundred nationalists behind bars from 1982 onwards collapsed three to four years later because of the outcry from the public and human rights organisations, not to mention the meek but politically significant reservations voiced by lawyers involved in those trials.

The extensive media advertising campaign calling on nationalists to inform on the IRA is not working, as shown by the ratio of prosecutions to IRA operations which in the last five years stayed at a level between 8 % and 10 %. In other words, the RUC is losing the battle. The fact that it needs such TV campaigns and a new, free "confidential telephone" is itself an admission of failure. At its recent conference the RUC Federation (RUC trade association) had called for measures such as the removal of the legal right to silence for detained persons. It also suggested "selective internment" of under a hundred "suspects".

The RUC Police Federation called for selective internment on both sides of the border.

This declaration came only two days after an Irish Times report that the gardai had identified "suspects" for this attack and was followed up on Wednesday by the Irish Press claiming that Donegal Sinn Fein members were involved.

Democratic Unionist Party leader Ian Paisley held a press conference, on Tuesday at which he called for the return of capital punishment, more border patrols and internment for republicans only.

Thatcher responded to the RUC Federation call for selective internment by saying that "it would not necessarily help the situation".

That there are powerful and influential forces in the 26 counties who would have no qualms about British internment plans was clear from several editorials, most notably the Irish Times and Sunday Tribune.

The only thing wrong with internment was that it did not work.

Thatcher was quoted as calling for the IRA to be wiped off the face of the earth and threatened prosecution for any journalist who interviewed the IRA.

No upsurge in IRA activity would be complete without some effort at black propaganda by the British army. Sure enough, this appeared on Monday in the British Independent. The main front page story carried a claim that a member of the West German Red Army Fraction terrorist group had been seen at the British army's Rhineland HQ. They attempted to link this with IRA attacks on the Continent and the paper's Dublin namesake repeated the lying claims about 'IRA links' word for word.

(An Phoblacht/Republican News, 11.8.88)

TERRORIST KILLED AT BORDER POINT

The Irish National Liberation Army admitted that a man shot dead at a vehicle checkpoint on the Irish border last night was one of its members. The Royal Ulster Constabulary said that the checkpoint in the village of Clady, Co Tyrone, came under attack from a number of gunmen. The man who died had taken up a position to open fire on the security forces.

(Times, 11.8.88)

IRA CAMPAIGN AGAINST TROOPS 'THE ONLY VOICE THE BRITISH UNDERSTAND'

"We see the continental battalions in Holland, Germany, in Belgium and London as freedom fighters. They speak with one voice. It is the only voice the British understand. In Dublin, the Gardai questioned three men, suspected of being leaders of one of the two main Irish National Liberation Army factions.

The three were arrested after a Kalashnikov rifle was found in their car at Swords, County Dublin, at the weekend. They were stopped by armed detectives while travelling from Dublin to Belfast.

They are believed to be part of the General Headquarters faction of the INLA which emerged intact after the feud in which 12 people died last year. This is the same faction responsible for the botched attack on a border checkpoint in Clady, County Tyrone, in which one of their members, James McPhilemy, aged 20, was shot dead.

The other faction, known as the Irish People's Liberation Organisation, has recently attacked Loyalist politicians. Both factions intend restarting operations, but it is not known how well armed either group is.

(Guardian, 15.8.88)

Seamus Caldwell, aged 25, who was detained by Irish police at the weekend on suspicion of being an Irish National Liberation Army member, was yesterday charged with possessing a Kalashnikov rifle, and remanded in custody until October 4.

(Guardian, 16.8.88)

TAKING THE WAR TO THE TERRORIST

Paul Wilkinson

A key problem has been that after each major IRA outrage there is a flurry of fresh security activity, but this soon gives way to a policy of containment. The Government must not allow this to happen. We must never again allow our security forces to be placed in the position of purely reacting to terrorist action. The Army and police must enhance their intelligence co-ordination to let them go on the offensive.

When the IRA loses key members it is a great setback, for they do not have an endless supply of highly trained terrorists. Each IRA member is a significant investment and many potential recruits will be deterred when they see the fate of those who try to take on the security forces.

Enforcement of justice in a terrorist conflict demands the strengthening of the forces of law to deal with the threat at an appropriate level of minimum force. Minimum force against ruthless, heavily armed IRA murder squads demands that the security forces can defend themselves and innocent civilians by using their weapons in self defence. It would be suicidal for an army or police commander in such circumstances to ask his men to hold fire until the gunmen have been asked to accompany them to the police station.

There is also a crucial link between sentencing policy and the flow of high quality intelligence. RUC rewards for information, the police informer system and the confidential telephone are all useful, but they are not enough. In 1977 the RUC charged 1,308 people with serious terrorist offences, including 131 for murder. Last year only 468 people were charged with such offences, including only 28 for murder. The Government should urgently consider introducing far tougher sentences for terrorism and abolishing the 50 % remission in Northern Ireland, which makes a mockery of the law.

If sentences were really severe, if life meant life, the Government could introduce a system such as the Repentant Law which helped the Italian government to defeat

the Red Brigade terrorists in the early 1980s. We should offer real inducements of remission to terrorists prepared to give concrete information.

One invaluable measure, already promised by the Government, is a strengthening of the law to enable the courts to convict those who handle IRA cash, assets and money from racketeering, but the means to enforce this requires a considerable increase in manpower for the RUC anti-racketeering squad.

We desperately need enhanced co-operation with our European allies and the United States to staunch the flow of IRA cash and weapons and to catch terrorist cells.

But the most important form of international co-operation is bilateral action with the Dublin government.

We need a revolutionary improvement in the level of cross-border security co-operation. For example, it is absurd that the Irish and British armies cannot communicate directly by radio.

Irish security forces also lack the basic resources needed to carry out their side of the cross border security task; we must find some way, perhaps through a European Community anti-terror fund, to help them.

Much more money must be spent on increasing RUC manpower. The Army urgently needs more helicopters to carry out its key tasks of surveillance, and transporting weapons and soldiers into the border outposts.

If Dublin does not show the will to co-operate wholeheartedly in cross-border security they should understand that the Government will be compelled to take unilateral measures.

Some of these measures would be unpalatable and would be a temporary setback to Anglo-Irish relations. But Dublin must realize that the British will not be able to avoid such measures if the situation appeared to be descending into civil war. Selective internment is an option that can never be discounted, but I do not believe that we are yet at the point where the pressure to adopt it has become unanswerable.

Draconian measures would provide a recruiting sergeant for the IRA. If we adopt the strategy of going on the counter-offensive, improving the quality and flow of intelligence, strengthening the law to give vital assistance to the security forces and dramatically enhancing cross-border co-operation, we can avoid the politically costly measures that have been discussed in recent weeks.

The author is Professor of International Relations at Aberdeen University.

(Times, August 88)



SAS EXPLAINS WHY IRA TEAM WERE SHOT IN GIBRALTAR

The security forces' covert operation against the IRA active service unit in Gibraltar in March went drastically wrong when a police car inadvertently sounded its siren and alerted the three suspects.

This is the official version of events that will be presented to the inquest which opened on Tuesday, according to an army briefing document which the Guardian has seen. The SAS men will say that one of the three IRA suspects, Daniel McCann, who was walking with Mairead Farrell, appeared to recognise them as military personnel after the siren went off.

Following a challenge, the soldiers will say that McCann and Farrell appeared to make suspicious movements which led them to believe that they were about to detonate a remote-controlled explosive device. They then opened fire. Another SAS team simultaneously challenged the third member, Sean Savage, who was some way behind. He, too, was then shot.

All three, according to the document, were hit up to nine times, most of the bullets entering through the back. The document, based in part on the SAS men's statements, claims that the soldiers at all times planned to arrest the IRA trio.

The three terrorists, whom the IRA afterwards confirmed were on an "active service mission", are believed to have been planning to set off a car bomb during the changing the guard ceremony at the Governor's residence. A car containing the explosives and detonators was found in a Marbella garage.

Three other IRA terrorists were also shot dead last week by soldiers, believed to be members of the SAS.

The IRA men were driving a white Ford Sierra which had been hijacked only a mile from the shooting from the home of a local teacher. First reports said they shot at the driver of a stationary lorry, believed to be a part-time member of the Ulster Defence Regiment, and then the plain clothes soldiers, hidden close by, returned the fire with a hail of machine gun bullets. Minutes later the soldiers were whisked away in an army helicopter - the classic signature of an SAS covert action.

(Guardian, 11.9.88)

DEALING IN DEATH - THE DILEMMA FACING MEN FROM THE SAS

Shortly after Harold Wilson publicly committed the SAS to Northern Ireland in 1976, an extraordinary article was published in The Times. It was written anonymously by a correspondent "who has recently served with the Army in Ulster". After first extolling the professionalism of SAS soldiers, he went on: "They will be told to do what the Army has so far failed to do - kill terrorists" (his italics). At the end of the sixties the SAS was not involved in any major overseas conflicts. Just as after the second world war, when it fought to define a *raison d'être* for its continuing existence, the end of the colonial campaigns in Malaya, Kenya, Borneo, Aden, and Oman had left it without direction.

In those campaigns it had helped to develop a British

school of counter-insurgency which included a variety of undercover tactics against urban as well as rural guerrillas.

A small group of SAS officers decided to research what contribution the regiment could make. One of those involved recalls an initial study of the security of the Royal Family. Theories about handling sieges and hijacks were developed and after the shock of the 1972 Munich Olympics massacre, new resources and urgency were given to the project.

The result was the counter-revolutionary warfare wing, now larger than a full squadron on permanent standby at Stirling Lines barracks (named after the regiment's founder, David Sterling) in Hereford. It was from this pool of about 100 men, who change every three months, that the Gibraltar team was drawn.

Revived in 1947 as a territorial regiment, 21 SAS (Artists), it became, as 22 SAS, a regular unit in the Army during the Malaya Emergency.

There are now three SAS regiments, the Territorial 21 and 23 having a consistent role in Nato. The third, 22, is made up of four squadrons, with about 80 officers and men each led by a major. These are divided into five troops of 16 who often operate in groups of four, each man having a particular skill.

The SAS is a secretive organisation, not just to protect the identity of its members from possible reprisals, but because the British Government uses it for secret work.

The regiment's authorised biographer, Major General John Strawson, said: "It was becoming clear to those responsible for certain intelligence and security matters in this country that there was a need for a kind of armed branch of MI5 and MI6, a military back-up to such organisations, which could be called in as necessary both at home and abroad."

Two illustrations: In Aden the nationalist insurgents went for the intelligence jugular of the colonial administration by assassinating members of the Special Branch.

As one commentator has put it: "The SAS took to the streets, dressed as Arabs, and armed with the Browning automatic pistol, which has remained one of their favourite weapons, fought the assassins with their own methods - just as they are doing in Belfast today."

In Oman - where the SAS fought an almost wholly unreported war in the seventies - the regiment was instrumental in the British-organised coup that replaced the Sultan Said with his client son, Qabous, in 1970.

A more detailed overview of SAS general duties can be found in the Army's Land Operations Manual. SAS squadrons, it says, are particularly suited, trained and equipped for counter-revolutionary operations. These comprise: a) the collection of information on the location and movement of insurgent forces; b) the ambush and harassment of insurgents; c) infiltration, sabotage, assassination and demolition parties into insurgent held areas; d) border surveillance; e) limited community relations; f) liaison with and organisation, training and control of friendly guerrilla forces operating against the common enemy.

Their sharp-shooting is learned in the Hereford close quarters battle house, otherwise known as "The Killing House". The ambush and killing of eight armed IRA men in Loughgall last year was a classic operation, requiring good intelligence, covert reconnaissance and crushing firepower. For "friendly guerrilla forces" read "informers". Other, more sensitive jobs, in the "dirty tricks" department, have included the illegal and unpublicised cross-border excursions to blow up unguarded crossings and even the occasional kidnap of IRA suspects in the Republic. In the mid-seventies, SAS officers became an integral part of the military intelligence organisation at Army headquarters in Lisburn. Two majors and a captain, with the designation "intelligence special duties", reported directly to the senior MI6 officer, then Craig Smellie.

Since the first official deployment of the SAS in 1976, more than 30 people have been killed by undercover units, including the six shot by the RUC Headquarters Mobile Support Unit in 1982.

No member of the SAS or the RUC's HMSU has been convicted of murder and for many years members of the security forces found an ally in Lord Justice Gibson, before he was blown up by the IRA in 1987.

"Shooting may be justified as a method of arrest", he said in 1977, comparing security operations with a Wild West posse on the hunt. In 1984, dismissing murder charges against three members of the HMSU, he congratulated the policemen on "their courage and determination to bringing the three deceased men to justice, in this case, the final court of justice."

(Guardian, 11.9.88)

IRA BOMBING TEAM UNDER SURVEILLANCE FOR MONTHS

The surveillance of the IRA team during the months and weeks before its planned attack in Gibraltar was coordinated in London by MI5, backed up by the Joint Intelligence Organisation, and in particular, its relatively new Current Intelligence Group responsible for Irish terrorism. Current Intelligence Groups (SIGs) are made up of officials from MI5 and MI6 and GCHQ with support from the Special Branch.

They send regular reports to the Joint Intelligence Committee which, in turn, sends weekly assessments to the Prime Minister who decides which other member of the Cabinet need sight of them.

The SIG on terrorism is helped by the EEC's so-called Trevi Group of interior and justice ministers, and in Britain's case, the Home Secretary.

Although Whitehall is reluctant to exchange sensitive information with all its Community partners - preferring, instead, to deal with countries bilaterally on a case-by-case basis - regular EEC meetings have contributed to a more cooperative approach throughout the Common Market.

Cooperation by the Spanish security authorities was essential in keeping MI5 in close touch with the movements of the IRA team. London and Madrid communicated via coded faxes, now installed by security services throughout western Europe.

The nature of the intelligence provided by the Spanish officials who monitored the movements of the IRA team in the Costa del Sol up to the Gibraltar frontier will probably never be revealed.

While British embassy officials in Madrid were lubricating the machinery there, at the London end, MI5 built up a file on the movements of Farrell, Savage and McCann, assessing their aims and their likely target.

MI5 officers visited Gibraltar and briefed the military authorities, including the Governor-General. A handful of Gibraltar police officers, including Joe Canepa, the police commissioner - who is appointed by the Governor and responsible to him - were also briefed.

The key decision was then taken to draw up a contingency plan to bring in the SAS. The SAS Counter Revolutionary Warfare (CRW) team and its commanders chosen to keep on standby for a possible operation was detached from the rest of the SAS - which is technically under the command of the conventional Ministry of Defence military structure. From then on the SAS team in effect became an instrument of the Security Service.

MI5 officers were directly involved in the operation and, it is understood, drove the Gibraltar police cars which took the SAS to the scene of the shooting on March 6.

For political reasons, Mrs Thatcher and Sir Geoffrey Howe, the Foreign Secretary, were told at a relatively early stage about the proposal to bring in the SAS. The SAS was anxious to get political sanction for the plan as soon as possible.

The final decision to commit the SAS was taken by the Prime Minister, just as Mr James Callaghan personally, in a message to the then West German Chancellor, Helmut Schmidt, endorsed the loan of two SAS soldiers to help in the storming of the Lufthansa jet at Mogadishu in 1977.

It is now firmly established as a convention that the Prime Minister has to agree to military action overseas, and security and anti-terrorist measures abroad involving military personnel.

(Guardian, 11.9.88)

British troops in combat gear and armed police officers took part in an exercise yesterday to test Gibraltar anti-terrorist defences.

Operation Clamp, designed to seal off the colony's border and access to the sea, was mounted three weeks before the inquest into the shooting of the three IRA members in March by the SAS.

A spokesman for the Governor of Gibraltar issued a statement that Operation Clamp was designed to test the readiness of the forces to seal the colony after a terrorist attack and was part of a tightening up of security initiated after last March's shootings.

It is believed that members of the SAS were present as observers and that they will remain in Gibraltar to organise the security arrangements when their seven colleagues give evidence on September 6.

EXTREMIST IN BELFAST ERMORDET

Zu dem Mord an dem 32 Jahre alten Billy Quee bekannte sich die Irische Volksbefreiungsorganisation (IPLO). Quee und andere Mitglieder der Protestanten-Miliz Ulster Defence Association (UDA) hatten vor drei Jahren vor Gericht gestanden, weil sie Schutzgelder erpreßt haben sollen. Sie wurden damals mangels Beweisen freigesprochen.

(SDZ, 4.9.88)

POLICE STEP UP HUNT FOR BLACK TERRORIST GROUP

Anti-terrorist squad detectives are hunting a group of black activists who they believe are responsible for five bomb attacks against police and threats to kill politicians. The group, called the Black Liberation Front, has claimed responsibility for a series of increasingly powerful and sophisticated bombs near police stations and shopping centres in the West Midlands.

It has also left telephone and written messages saying it wants to kill police and "burn racist politicians and collaborators".

The latest bomb, made of 10lb of weedkiller and sugar, was found two weeks ago under a van outside Walsall police station. It had a sophisticated booby-trap which forensic scientists said would have caused "a horrendous fireball", probably killing the four probation officers who discovered it.

There was a small explosion but nobody was hurt. The bomb was later fully defused by army bomb disposal experts.

The Midlands bombing campaign began in February last year after Clinton McCurbin, a young black man, suffocated during a struggle with two police officers in a Wolverhampton shopping centre.

Since then the group has claimed a number of "revenge" attacks for McCurbin's death:

*Bricks with death messages were thrown through windows of houses belonging to John Bird, the local Euro MP, and Mel Reeves, a black woman Labour councillor. The messages read: "Black Liberation Front - going to burn racist politicians."

*A primitive incendiary device was planted in Wolverhampton civic centre. It failed to go off.

*A booby-trapped petrol bomb was left in a stolen car outside a Wolverhampton police station. Police described the bomb, which also failed to go off, as "very amateurish but potentially lethal".

*A 999 "come-on" call led police to a powerful petrol bomb with command wires leading to batteries hidden in bushes. Bomb disposal experts said the bomb, while not amateurish, "was lacking in technical fine tuning".
 *Police were lured to another booby-trapped car in Penderford, Wolverhampton.
 But it was the Walsall bomb on July 15, which has caused greatest concern.

(The Sunday Times, 31.7.88)

'COMPUTER-SPY' FF AS OVER IDENTITY CARDS

A national identity card, under consideration by chief police officers, could lead to routine checks by banks, retailers and poll tax officials as well as football clubs and pubs, according to an Observer survey last week. Although the Government has denied reports that it is planning to introduce identity cards to bring Britain into line with the rest of the European Community except Ireland, Home Secretary Douglas Hurd confirmed that he has asked the Association of Chief Police Officers for their views on introducing a card. Organisations which might make use of the cards include:
 * Banks: Cheque card fraud alone cost banks 29 million Pound in 1986, but they have rejected photos on the cards as too expensive. A spokesman for the Midland Bank said: "There would be at least two ways in which we could use a card: as proof of identity when people open accounts and when they cash cheques."
 * Retailers: Shops are faced with an increasing number of regulations controlling the sale of products such as cigarettes, alcohol, glue and crossbows. An identity card would prevent potentially violent disputes. Proof of address is already required for HP sales or hiring items.
 * Local authorities: In Scotland, where the poll tax will be introduced next April, a year earlier than in England and Wales, local authorities are already issuing personal identity numbers, which include date of birth, to each poll tax payer to avoid confusion over people with the same name. Computer companies are marketing systems to ensure these identity numbers are compatible between authorities.

(Observer, 24.7.88)

STUDENTS UNCOVER 'CREEPING MILITARISATION' IN ACADEMIC LIFE

The Government's eares-dropping organisation, GCHQ, in financing a growing number of university research contracts designed to improve the art of telephone tapping and radio interception. Student campaigners have identified 24 publicly-financed research projects, current or recently concluded, at eight British universities, which they criticise as being part of the "creeping militarisation" of academic life. In a report to be published this week, the Campaign Against Military Research On Campus (Camroc) claims that funding from secret government departments poses a threat to the free and open exchange of information between academics. The report shows that GCHQ is anxious to be involved with the most up-to-date developments in all areas of communications technology. Included in the 24 projects are language recognition software, direction finding, digital voice coding, voice print identification and low-cost radio satellites. Dr Andy Marvin of York University has a 47.000 Pound three-year contract with GCHQ which includes the design of a sensitive radio antenna. "This is an open institution and the last place you would want to do classified work", he said. Professor E D R Shearman of Birmingham University has received 95.457 Pound in research contracts from GCHQ since 1979. "Our work for GCHQ has had important civil applications", he said. "For instance, we devised a radar that could identify ionosphere conditions at a great distance. This would help GCHQ improve their reception of short-wave signals. From it, we built a system that can give wave heights and currents for up to 150 kms. This has important implications for work in the North Sea.

'Researching for the electronic spies' is available from Camroc, c/o 190 Burdett Rd, London E3 4AA, price 3.50 Pound

(Observer, 24.7.88)

NEW TWIST IN RECRUITMENT TACTICS

British intelligence agents have employed a new tactic in their plots to entrap people into working for them. A West Belfast man received a letter through the post on Friday last, July 29th. The letter was written in a way that suggested that the man had already met with the British and was an obvious attempt to prevent him from coming forward and disclosing the letter. Luckily the man realised that the only way of dealing with the situation was to get it out in the open. The letter which was signed Rab and which gave a Lisburn telephone number (5355) used in previous cases and known to be a telephone number used by British Intelligence, spoke of "savings" which had been put away and asked the man to "ring the usual number". The man immediately contacted Sinn Féin and then went to see his solicitor. The solicitor rang the number and asked for Rab, giving his name as the recipient of the letter. When he got through to Rab, he asked what was meant by the letter by saying they had met when this was untrue. He was told, "Don't worry about that I'll

explain everything when we meet." The solicitor twice rang the number after that, asking what was required in return for the money and what sums were involved. He was told, "You name the price, as for the work you would have to do, it wouldn't be much." In the final phone call the solicitor asked for Rab again but was told "He's not here." The solicitor - still pretending to be the recipient of the letter - said, "Then give him a message. Tell him that I am going to a solicitor and will be publishing the letter he send to me."

(An Phoblacht/Republican News, 4.8.88)

ZU DEN DURCHSUCHUNGEN IN KASSEL

Zeitgleich wurden am 31.08.1988 über 20 Läden und Wohnungen in der BRD durchsucht. Ein staatliches Aufgebot des Bundeskriminalamts und der Bundesanwaltschaft durchsuchte in Kassel 2 Wohnungen und das Umweltzentrum. Objekt der Begierde der Herren des Morgengrauens ist das Buch "Widerstand heißt Angriff". In ihm sind Erklärungen, Flugblätter usw. zum "politisch-militärischen Kampf" aus der Zeit von 1977 bis 1987 dokumentiert. Alles Beiträge, die in dem Zeitraum für jedermann und Frau zugänglich veröffentlicht wurden. Während in den Niederlanden das Buch problemlos im Buchhandel erhältlich ist, wird es in der BRD von Generalbundesanwalt Rebmann wie der neue Katechismus der RAF behandelt. So ist das Buch für Interessierte faktisch nicht aufreißbar und wer es hat, liest es unter dem Damoklesschwert der Kriminalisierung, dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Die Gedanken sind frei - was Inhalte und Auseinandersetzung zur Politik bewaffneter, militanter Gruppen in Westdeutschland angeht, immer weniger. Hierzu soll jede Diskussion erstickt werden. Wozu u.a. authentische Informationen unterdrückt werden. Ist die demokratische, linke Öffentlichkeit erstmal darauf getrimmt von diesem Thema die Finger zu lassen, jede Berührung zu vermeiden, sind die bewaffneten, militanten Gruppen isoliert. Zum Abschluß freigegeben. Auch im wahrsten Sinne des Wortes... Das alles passiert zum gleichen Zeitpunkt, wo Politiker der unterschiedlichsten Parteien den gesellschaftlichen Dialog mit den bewaffneten Gruppen fordern, bzw. vorgeben darüber nachzudenken. Von Dialog kann wohl kaum die Rede sein, wenn Inhalte der einen Seite unterdrückt, verfolgt werden. Das ist dann eher ein Monolog der staatstragenden Politiker. Als sie die Terroristen und ihr Umfeld verfolgten habe ich geschwiegen - ich war ja keiner. Als sie die KritikerInnen der Gentechnologie verfolgten habe ich geschwiegen - ich hatte damit ja nichts zu tun. Als sie...

HAMBURG, 31.8.88 ZUR DURCHSUCHUNG VON BKA & FD 7

Im Zusammenhang mit einer großangelegten, bundesweiten Durchsuchungsaktion durch BKA und Staatsschutz wurde auch in Hamburg eine Privatwohnung gefilzt. Gegen 8 Uhr morgens drangen sechs Bullen durch ein von ihnen ausgehängtes Fenster in die Wohnung im Schanzenviertel ein. Die beiden sich in der Wohnung befindlichen Personen wurden durch den Überfall völlig überrascht, zumal dies mit gezogener Waffe geschah; der Hauptmieter war nicht zugegen. Der Hausdurchsuchungsbefehl, von der Bundesanwaltschaft am 26.8.88 ausgestellt, wurde zunächst verweigert und erst nach langem Drängen der inzwischen hinzugekommenen Anwälte den Anwesenden ausgehändigt. Der Beschluß bezog sich auf die Durchsuchung der Wohnung eines "Dritten" gemäß Par. 103 STPO u.a. in Bezug auf ein Ermittlungsverfahren nach Par. 129a (gegen einen bereits im Mai festgenommenen Niederländer). Es wurde nie darauf hingewiesen, wer der nach 129a Verdächtige sei und in welchem Zusammenhang er festgenommen wurde. Demnach war auch zu keinem Zeitpunkt klar wonach überhaupt gesucht wurde, wobei auch nie geklärt werden konnte, weshalb diese Wohnung durchsucht wurde. Der betroffene Hauptmieter sei sogenannter "Zeuge" (wie sich allerdings erst später nach Rücksprache der Anwältin mit dem zuständigen Staatsanwalt folgern ließ), wobei diese Behauptung auch nie begründet wurde. Auf dem Durchsuchungsbeschuß waren keine Gründe vermerkt! Während der Durchsuchung fielen die Staatsbütel insbesondere durch ihr rüdes Vorgehen auf. Unter anderem provozierten sie Handgemenge mit einzelnen Anwesenden. Eine dazugekommene Frau verweigerte sich ihre Personalien anzugeben und wollte die Wohnung wieder verlassen. Ein herbeigeeilter Bulle riß sie an ihrer Kleidung zurück, wobei ein anderer Bulle sofort zur Pistole griff. Schließlich wurde die Frau mit der Bemerkung losgelassen, man würde sie ja sowieso kennen... Nach anderthalbstündiger Besetzung zogen die Typen mit einem persönlichen Brief als mögliches 'Beweismittel' ab, nachdem sie einen größeren Stapel Privatpost und diverser Doku's, die sie zunächst mitnehmen wollten, doch zurückließen. Aber so wurde der eigentliche Schnüffelfzweck ihres Besuches noch 'mal deutlich. Beim Verlassen der Wohnung wurden zwei wartenden Fotografen noch deren Filme beschlagnahmt. Anzumerken bleibt, daß sich die Aufmerksamkeit der Bundesanwaltschaft auch zunehmend auf sogenannte "Zeugen" richtet. (Hannover, Karlsruhe nach Par. 111...) Insofern behalten sie sich unüberprüfbare Durchsuchungen vor, das gleiche gilt für Zeugenverladungen. Das ganze kann dann auch bedeuten, daß aus 'Zeugen' Angeklagte werden. (Rico und Andrea, Düsseldorf).

MITTEILUNG VOM HERAUSGEBER DES BUCHES 'WIDERSTAND HEISST ANGRIFF!!' Anlaßlich der Verhaftung von Hans Alderkamp und den Razzien vom 31.8.88 in der BRD

Angesichts der fatalen Entwicklungen um die Person und verursacht durch diese Person, hat sich der Herausgeber zu diesem Schritt entschlossen. Um alles deutlich zu erläutern, nochmals die Fakten:

- am 25. Mai wird H.A. festgenommen.
 "Der Beschuldigte wurde am 25. Mai 1988 gegen 17.45 Uhr an der Grenzschutzstelle Helmstedt auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer Kontrolle überprüft und vorläufig festgenommen. Er war in einem Reisebus der niederländischen Firma 'Bovo-Tours' von Amsterdam nach West-Berlin unterwegs. Bei sich führte er in zwei Koffern 90 Exemplare eines Buches mit dem Titel 'Widerstand heißt Angriff!!'." (baw)

- Mitte Juni berichtet H.A. darüber welche Sachen bei ihm, neben den angeblichen 90 Exemplaren des Buches, beschlagnahmt wurden: "Ich bekam eine Liste mit zwölf Sachen, die beschlagnahmt worden sind; meine Zugfahrkarte, Busfahrkarte, Giropäß, Mächtigungspäß und noch ein paar Dinge." "Und noch ein paar Dinge", kein Wort über das beschlagnahmte Adreßbuch!!

- 30. Juni, ein Mann vom niederländischen Staatsschutz besucht die Freundin von H.A. in Amsterdam. Diese Freundin, Jannie Oosterhuis, führt ein Dreiviertelstunde langes Gespräch mit ihm, wobei sie ein paar Sachen in Bezug auf Personen und Aktivitäten befestigt. Diese Oosterhuis wird später die Initiatorin einer besonders dreckigen Desolidarisierungskampagne gegen die Genossen von der Knipselkrant.

- Anfang Juli berichtet H.A. über seine Haftbedingungen. Er kriegt Zeitungen und Bücher, hat gemeinsame Freizeitschäftigung und gemeinsamen Hofgang. Die einzige einschränkende Maßnahme ist Besuch mit Trennscheibe und Postzensur. Ziemlich schnell nach seiner Verhaftung hat H.A. D. Adler aus Hannover als Anwalt bekommen, der ihn regelmäßig besucht.

- Am 20. Juli schreibt H.A.
 "Nach dem Besuch meines Bruders (11.7.) haben die Bka'ler wieder versucht mit mir zu reden. Sie behaupteten und fragten:
 - daß ich am Montag (vor der Verhaftung) mit xx, meiner Freundin, nach Berlin gefahren war;
 - ob ich xx kenne;
 - daß sie meine Datenbank geknackt haben und daß es da 2 Adressen von Buchläden und eines Infoladens drin gab und 2 Privatadressen von Leuten;
 - wenn ich erzähle wieviel Bücher es gibt und wohin sie gehen, werde ich viel Geld bekommen;
 - daß sie jetzt drei Zeugen haben; der Busfahrer behauptet jetzt, daß ich ihm die Koffer angegeben habe."

- Am 6. August probiert Jannie Oosterhuis zusammen mit Journalisten eines Kalibers Werner Kahl (Die Welt), ein paar Parteibonzen und leider auch einigen aufrichtigen Leuten, ein (De)Solidaritätskomitee aufzurichten, wobei ihre Beweggründe unmittelbar deutlich werden; es geht ihr einzig und allein um die sofortige Freilassung von H.A..

- Am 9. August erscheint eine Erklärung vom RVF-press-office, um die Desolidarisierungskampagne, die jetzt öffentlich über die bürgerlichen Medien und die sogenannte "Eigen"-Media geführt wird, zu stoppen.

- Am 31.8. gibt es Razzien in Duisburg, Moers, München, Stuttgart, Kassel, Braunschweig, West Berlin, etc. 'Auf die Anschriften will die Bundesanwaltschaft in A.s Adreßbuch gestoßen sein.' (Taz 1.9.88)

Was hat dies alles zu bedeuten, welche Rolle spielt Hans Alderkamp hierbei und was kann hieraus gelernt werden?

Die Bullen wollen die Genoss-inn-en aus dem ant imperialistischen/revolutionären Widerstand dazu bringen sich von den Verbreitern revolutionärer Inhalte zu distanzieren und sich bei den folgenden Counter-Operationen nicht solidarisch zu verhalten. Sie versuchen die verschiedenen Teile des Widerstandes gegeneinander auszuspielen. Dieser Versuch, den ant imperialistischen/revolutionären Widerstand zu spalten, ist in der Niederlande schon weitgehend gelungen. H.A. ist darin ein nützliches Instrument (gewesen?). Wir kennen die vielen Justizmaßnahmen und Angriffe gegen die Genossen von z.B. der Knipselkrant. Die jahrelangen Provokationen haben keine Wirkung gehabt. Die heutige strategische Operation der Bullen, mit einem derartigen Umfang, soll sie ein für allemal zerschlagen. Der Umfang und die relative Willkür der Durchsuchungen deuten auch darauf: die meisten Adressen sind absolut öffentlich, andere kommen wahrscheinlich aus dem Bestand von z.B. der Knipselkrant (Postfach, Postschecküberweisung). Es ging nicht darum konkrete Beweise zu finden, sondern die Konstruktion einer Desolidarisierungskampagne von ungekannter Größe ist Ziel und Absicht. Einerseits diente das Adreßbuch von H.A. für ihr 129a-Konstrukt, wobei die einzelnen Namen und Adressen an sich noch nicht so wichtig sind. Andererseits ist jedoch die Vielzahl von Namen und Adressen funktionell für ihr strategisches Projekt gegen revolutionäre Medien, was eine effektive Desolidarisierungskampagne auf breite Schichten der revolutionären Linken bewirken soll. Der Zusammenhang von diesen Namen und Adressen in seinem Adreßbuch hat natürlich noch einen ganz anderen Aspekt; das die Bullen eventuell eine Struktur herausfiltern können.

Nicht daß man Fehler macht, ist der Fehler, sondern, daß man sie nicht beizelten erkennt. Eigene Fehler zu begreifen, beinhaltet auch immer die Möglichkeit, gestärkt aus den

Rückschlägen hervorzukommen.

Der Herausgeber hat die falsche Anziehungskraft, die von militanter Arbeit ausgeht, unterschätzt. Die Verbindlichkeit, mit der einige Organisationen, Gruppen und Personen arbeiten, überschätzt. Das heißt, nicht alle Auswirkungen der 70-80er Jahre Bewegung als einer Bewegung relativ Bevorrechtigten berücksichtigt, nicht genug beachtet, daß für viele von der Politisierung der 70-80er Jahre nicht mehr übrig geblieben ist, als sich von neuem eine Vorzugsstellung zu verschaffen. Es kann natürlich auch sehr angenehm sein ein bißchen Marxismus zu kennen, durchzublicken wie die Herrschaftsstrukturen funktionieren.

Marxismus als Inventarstück, nicht sozialisiert.

Die Bevorzugung gewisser Handlungen wegen ihrer Illegalität ist Ausdruck eben jenes bürgerlichen Eigennutzes. Wir haben geglaubt, daß wenn einer sagt, er habe in der und der Organisation so und so lange mitgearbeitet, dann weiß der, was politische Arbeit, was Verbindlichkeit ist. Wir wissen jetzt, daß wir den Begriff von politischer Verbindlichkeit, der die Voraussetzung für gewisse Handlungen der politischen Arbeit ist, selbst zu vermitteln haben, daß wir Fehler machen, wenn wir uns einfach auf andere verlassen.

Die Person Alderkamp ist ein typisches Beispiel von Liberalismus.

"Liberalismus kommt auf sehr verschiedene Weise zum Ausdruck. Anderen nicht geradeheraus seine Meinung sagen, sich total nicht kümmern um die Grundsätze, die dem kollektiven Leben zugrunde liegen, sondern nur den eigenen Ansichten folgen. Die Sachen auf sich beruhen lassen, wenn man persönlich nicht davon betroffen ist; so wenig wie möglich sagen, obwohl man ganz genau weiß was falsch ist; weltklug sein, außer Schußweite bleiben und nur darauf bedacht Tadel zu vermeiden. Die Organisation soll auf dich speziell Rücksicht nehmen, während du jede Disziplin der Organisation verwerfst. Die Arbeit nur halbherzig machen, ohne bestimmten Plan und Richtung, nur ein bißchen pfütchen und herumkramen. 'Wer im Kloster sitzt muß so ab und zu die Glocke läuten.' Denken, daß man sich sehr verdienstlich gemacht hat für die Revolution, sich auf die Brust schlagen, weil man zu den Veteranen gehört, die geringere Arbeit verschmähen, obwohl man wichtigeren Aufgaben nicht gewachsen ist; schlampige Arbeit leisten und das Studium vernachlässigen. Seine eigenen Fehler kennen, aber keinen einzigen Versuch unternehmen sie zu verbessern und immer sehr liberal gegenüber sich selbst. Der Liberalismus ist in hohem Maße schädlich für revolutionäre Kollektivität. Ein beißender Stoff, der die Einheit wegfrisst, den gemeinsamen Zusammenhang untergräbt, Apathie verursacht und zu Zwietracht und Uneinigkeit führt. Menschen, die liberal denken, sehen die Grundsätze des Marxismus als Dogmas. Sie sind mit den Grundsätzen des Marxismus einverstanden, aber nicht bereit diese Grundsätze praktisch anzuwenden oder praktisch ganz zu verwirklichen.

Der Liberalismus ist ein Ausdruck von Opportunismus und steht prinzipiell in direktem Widerspruch zum Marxismus. Er ist negativ und beinhaltet objektiv gesehen, dem Feind zu helfen."

(Mao Tsetoeng, Bekämpft den Liberalismus, 7. September 1937)

LASS DEN STEIN, DEN SIE AUFGEHOSEN HABEN NICHT AUF DIE FÜSSE DER REVOLUTIONÄREN LINKEN FALLEN!!

EINHEIT IM KLASSENKAMPF!!

15. September 88

De Bibliotheek voor ontwikkeling en ontspanning

SCHRIFTLICHE FRAGEN DES MITGLIEDS VAN ES (PSP-PAZIFISTISCH-SOZIALISTISCHE PARTEI) AN DIE MINISTER DER JUSTIZ UND DES AUSWÄRTIGEN AMTES, eingereicht am 28 Juli 1988

1. Was ist Ihnen bekannt von dem Hintergrund der Verhaftung von dem Niederländer JWA am 25. Mai in der BRD wegen Verdachts des Vergehens nach Par. 129a des westdeutschen StGB, das "Unterstützung einer krimineller oder terroristischen Vereinigung" verbietet?

2. Haben Beamte der BVD (niederl. Sicherheitsdienst) einen Besuch abgelegt bei einer Freundin JWAs in der Niederlande? Wenn ja, warum?

3. Ist die BVD beteiligt gewesen bei der Vorbereitung der Verhaftung von JWA?

4. Ist von Beamten der Justiz in der Niederlande auf irgendeiner Weise zusammengearbeitet mit deutschen Fahndungsbeamten?

5. Sind Sie bereit Schritte zu unternehmen um den Behörden in der BRD zu bewegen zur Freilassung von JWA, der verhaftet wurde wegen den Besitz von Literatur die in der Niederlande frei zu erhalten ist?

Antwort auf die schriftliche Fragen vom Mitglied der Zweiten Kammer Frau van Es über die Verhaftung vom Niederländer JWA in der BRD.

Fragen 1,4 und 5

Die deutschen Justizbehörden haben ein Ersuchen um Rechtshilfe an den zuständigen niederländischen Behörden geschickt. Aus dem Überblick der Fakten das dieses Ersuchen begleitete, wurde deutlich daß der in den Fragen genannte Niederländer in der BRD verhaftet worden war wegen dem Verdachts des Vergehens nach Par. 129a des StGB. Es handelte sich im betreffenden Fall um Betragen, welches den Aktivitäten der "Roten Armee Fraktion (RAF)" unterstützen könnte.

Das Betragen besteht aus dem innerhalb dem Hoheitsgebiet der BRD bringen mit dem Zweck der Verbreitung, und dem Besitz einer Zahl Exemplare eines Buches, in dem die Ideologie und Strategie der RAF beschrieben wird.

Das Ersuchen um Rechtshilfe erfüllt den Bedingungen des betreffenden Europäischen Vertrages betreffend gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 (Trb. 1965, 10) und auch den niederländischen Bestimmungen vom Gesetzbuch der Strafforderung zur Durchführung von Rechtshilfeersuchen. Es ist dann auch durchgeführt, zu diesem Zweck sind in der Niederlande drei Zeugen vernommen worden. Die Akten die diese Durchführung bestätigen, sind an die ersuchenden Behörden geschickt worden.

Für die Durchführung von Rechtshilfeersuchen ist es nicht notwendig daß die Fakten, die daran zugrunde liegen, sowohl im ersuchenden als im ersuchten Land strafbar sind.

Weil das Betragen des betreffenden Niederländers in der BRD möglich Straftaten aufweist und jeder, der sich innerhalb des Hoheitsgebiets eines Staates befindet die Gesetze dieses Staates zu respektieren hat, sehen wir keinen Grund zu fördern das Betreffender auf freiem Fuß gesetzt wird.

Fragen 2 und 3.

Die BVD ist nicht beteiligt gewesen an der Vorbereitung der Verhaftung von JWA. Wohl hat ein Beamter dieses Dienstes anlässlich der Verhaftung einen Besuch abgelegt bei einer Freundin von JWA. Über den Grund dieses Besuches können keine Mitteilungen gemacht werden.



RAINER KOCH
RECHTSANWALT

PRESSEERKLÄRUNG

In den Lokalteilen von Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Darmstädter Echo vom 9.7.88 wurde berichtet, meine Mandantin, Frau Andrea Butt, sei "unschuldig von einem Einzeltäter" belastet und daraufhin zwei Monate wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Isolationshaft gehalten worden. Es wurde weiter berichtet, daß das Verfahren nun eingestellt sei und meine Mandantin Haftentschädigung erhalte.

Als Verteidiger von Frau Andrea Butt erkläre ich:

Durch die Zeitungsartikel soll der Eindruck geweckt werden, die Bundesanwaltschaft sei Opfer einer hinterhältigen Denunziation geworden. Damit soll der tatsächliche Sachverhalt, daß nämlich die Ermittlungsbehörden und die politische Justiz integraler Bestandteil der Aufstandsbekämpfung sind und darauf abzielen, Widerstand zu zerschlagen, d.h. Menschen aus dem Widerstand zu brechen, verdeckt werden.

Der Haftbefehl meiner Mandantin basierte auf Angaben und Aktivitäten des Dirk Strandenaes. Nachdem am 18.9.87 erlassenen Haftbefehl wurde meine Mandantin wegen des dringenden Tatverdachts, sich mit anderen zu einer Gruppe zusammengeschlossen zu haben, deren gemeinsames Ziel es war, den Staat zu bekämpfen, in Haft genommen. In dem Haftbefehl hieß es wörtlich: "Die Gruppe verstand sich als Teil des revolutionären ant imperialistischen Kampfes und trachtete danach, sich durch die Verübung von Brand- oder Sprengstoffanschlägen in die von der terroristischen Vereinigung "Rote Armee Fraktion" propagierte Einheitsfront von Guerilla und Widerstand einzuordnen."

Das Verhalten des ehemaligen Strafgefangenen Dirk Strandenaes weist jedoch eine starke Ähnlichkeit zu anderen Provokateuren, wie beispielsweise beim sogenannten "Celler-Loch" agierenden V-Leuten auf.

Schon einige Tage vor der Verhaftung meiner Mandantin war er von verschiedenen Personen, mit denen er während und kurz nach seiner Haft Kontakt hatte, mit dem Verdacht konfrontiert worden, nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Veranlassung einer Staatsschutzbehörde als Under-Cover-Agent zu handeln.

Nachdem so die vermutliche Identität von Dirk Strandenaes offengelegt und er dadurch für keine weiteren Aktivitäten mehr zu gebrauchen war, wurde das Ermittlungsverfahren gegen meine Mandantin von Teilen der Sicherheitsbehörden inszeniert.

Diese Inszenierung war jedoch politisch und faktisch nicht lange haltbar. Zur Aufhebung des Haftbefehls, also zur Rechtfertigung des Rückzugs der Justiz aus diesem Verfahren, ließ man Dirk Strandenaes seine Aussagen zurücknehmen, um kurz darauf die Zurücknahme zu widerrufen.

Dies sollte die Möglichkeit eröffnen, ihn zu einem verurteilten Einzeltäter abstempeln zu können.

Die Vermutung, daß es sich bei ihm um einen Under-Cover-Agenten handelt, wird auch dadurch untermauert, daß sich der dringende Tatverdacht in dem Haftbefehl u.a. "auf den Depotfund bei Walldorf" gründete, der nach den nunmehr veröffentlichten Zeitungsartikeln jedoch von den Ermittlungsbehörden selbst deponiert worden ist.

Diese Vorgehensweise stellt eine Verschärfung der geheimdienstlichen Tätigkeiten dar, nämlich die Schaffung eines "rechtsfreien" Raumes, indem Tatsachen vorbereitet werden, die es den Ermittlungsbehörden ermöglichen, einzelne Menschen aus dem Widerstand zu verfolgen, wie jetzt in diesem Verfahren.

In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch der Staatsschutzbehörden zu sehen, die meine Mandantin seit Anfang Mai diesen Jahres mehrfach durch einen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ansprechen und bedrohen ließen.

Des weiteren muß der Zeitpunkt der Veröffentlichung in den Regionalteilen der genannten Zeitungen im Moment neuerlicher Repressionen gegen die Startbahnbewegung im Rhein-Main-Raum gesehen werden (erneute Verhaftung von Andreas Semisch).

Es ist der gezielte Versuch, anhand des angeblichen Ablaufes der Ermittlungen gegen meine Mandantin der politischen Justiz die Weste reinzuwaschen und ihre Rechtsstaatlichkeit zu suggerieren.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß noch immer ein Ermittlungsverfahren wegen Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen die ehemalige Rechtsanwältin von Dirk Strandenaes anhängig ist, das ebenfalls auf seinen Aussagen gründet.

So kriminalisieren die Ermittlungsbehörden Anwälte, die auch politische Gefangene verteidigen und für deren Zusammenlegung eintreten.

Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens wurden am 2. Dezember 1987 die Büroräume der Anwältin von der Bundesanwaltschaft zum zweitenmal durchsucht. Der Angriff auf die Anwältin setzte sich auch da fort, wo in dem gleichen Verfahren bundesweit Zellen von politischen Gefangenen durchsucht wurden, die Bundesanwaltschaft sich also ein zusätzliches Mittel gegen diese Gefangenen geschaffen hat.

Gerade auch im Hinblick auf die Isolationshaft, in der sich Andrea Butt fast 8 Wochen lang befand, ist erneut darauf hinzuweisen, daß die Aufhebung der Isolation notwendig und nur die Erfüllung der Forderung der politischen Gefangenen, vor allem der Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und dem Widerstand, in großen Gruppen möglich ist.

INFO'S ZUM VERFAHREN GEGEN 4 GENOSS/INN/EN AUS DUISBURG

am 18.5.88 begann in Düsseldorf vor dem 5. Staatsschutzsenat der prozess gegen unsere genossinnen Bärbel, Norbert, Thomas Thoenie und Thomas Richter. Die 4 sind gefangene genossinnen aus dem ant imperialistischen Widerstand.

Bärbel, Norbert und Thomas Th. sind im August 86, Thomas R. im März 87 festgenommen worden. Seit fast 2 Jahren sind sie schon in Isolationshaft.

Erklärung zum prozeß 18.5.88 (Norbert)

erstmal eine Vorbemerkung, daß die Bedingungen - 21 Monate Isolationshaft, keinerlei Möglichkeit den Prozess und Erklärungen gemeinsam vorzubereiten - so sind, daß ich keine gemeinsame Erklärung vorlesen kann,

jede, jeder von uns hat sich auf etwas Andre, eben eigene Art und Weise bisher durchgekämpft. Die Diskussionen und Überlegungen, auch Schritte und Entscheidungen sind nicht immer gleich und gleichzeitig gelaufen, entscheidend war aber immer, daß wir uns zusammen behaupten wollen gegen diese Maschine, für unsere Vorstellungen von Menschsein.

also auch wenn ich ab und zu wir sage, ist das hier trotzdem erstmal von mir, mit mir meine ich dann den Widerstand, oder einen Diskussionszusammenhang, - also nicht wir, wir vier, wie wir hier sitzen.

es geht hier nicht um ein sogenanntes "normales Strafverfahren", das wird vom Staatsschutz und dessen Olg auch gar nicht mehr behauptet.

diese Inszenierung hat nur einen Zweck: sie ist ein Teil der Kriegsführung gegen die Ansätze einer revolutionären Front, und gegen Widerstand in der Metropole BRD überhaupt, als Vergeltung und Abschreckung. und diese Inszenierung ist die Fortsetzung der Aufstandsbekämpfung - schon gegen jeden Ansatz, mit allen Mitteln immer mehr als schmutziger Krieg, wie es unsere Gefangennahme im August 86 und diese Anklagekonstruktion sind.

- mit schutzigem Krieg meine ich wie sie uns gefangen genommen haben.

zunächst wollten sie uns einen angeblich geplanten Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn anhängen. sie sind dann einfach hingegangen und haben uns den Anschlag auf den BGS untergeschoben über ein Bekenntsschreiben, das sie bei der Razzia angeblich bei uns gefunden haben.

gegen die mobilisierende Wirkung der Offensive 86 haben

sie einen fahndungserfolg dringend gebraucht - zur verunsicherung und um die diskussion auf die staatliche repression zu lenken - und entsprechend haben sie unsere gefangennahme von der staatschutzpresse groß rausbringen lassen als: "erfolg gegen die raf", "raf-bombenleger gefaßt", "erste erkenntnisse über die illegalen militanten...", die diesen ganzen mist vom staatschutz auch abdrucken, ganz egal was wir, oder unsere anwälte dazu sagen.

- daß sie gerade uns gefangen genommen haben, dafür gibt es eine einfache erklärung.

der ansatzpunkt für sie waren die besuche und das schreiben mit sieglinde - gefangene aus der raf - und daß wir über die zusammenlegung diskutiert und öffentlich was dazu gemacht haben. und das haben sie, zur abschreckung, auch immer öffentlich so gebracht, daß wir kontakt zu gefangenen hatten, so als sei schon damit unsere verhaftung gerechtfertigt.

es geht dem staatschutz besonders darum aufzuhalten, daß immer mehr menschen mit den gefangenen aus der raf und dem widerstand kontakt aufnehmen, daß sie die forderung nach zusammenlegung unterstützen und dafür kämpfen.

und sich darüber auch mit dem menschenfeindlichen system, mit revolutionärer identität und politik auseinandersetzen, und auch für sich selber weiter kommen und perspektiven entwickeln können.

ihre angst, daß gefangene als lebendige menschen und kämpfende subjekte draußen sichtbar sind geht so weit, daß sie schon verbieten, daß wir uns fotografieren lassen, mit der begründung: "es bestehe durch die fotos die gefahr der propaganda für die raf."

der hungerstreik 84/85 und die mobilisierung für die zusammenlegung hat die legitimierung für die isolationsfolter zerbrochen.

um die isolation weiter aufrechterhalten zu können, um die gefangenen untereinander und nach draußen noch mehr abzuschotten, kriminalisiert der staatschutz jede lebensäußerung, diskussion.

zu diesem zweck haben sie das alte märchen von der zellensteuerung durch die gefangenen wieder ausgegraben:

die sieglinde soll uns in briefen und bei besuchen für die raf angeworben und uns zu anschlügen gedrängt haben um die zusammenlegung durchzusetzen. dieses olg hat schon vor einem halben jahr in einem beschluß wortwörtlich behauptet:

"...sieglinde hofmann nutzte die kontakte planmäßig aus, um die angeklagten zu bewegen sich der raf anzuschließen und anschlüge zu verüben..."

das ist einfach nur völlig absurd und dreck, denn erstmal ist alles absolut dicht, kontrolliert, es ist unmöglich, das hat der staatschutz auch immer wieder selbst öffentlich zugeben müssen, daß es nur zweckpropaganda ist.

und es geht auch gar nicht.

ich kann nicht jetzt hier aus dem knast jemand sagen was er machen soll, - und vor allem:

das will niemand so, so kann sich niemand befreien und kämpfen, wir sind schließlich keine handlanger, söldner wie die figuren des staatlichen repressionsapparats.

das alles hält den staatschutz aber nicht davon ab, hier dann diese lka-besuchsüberwacher als zeugen zu präsentieren,

und ein großteil der anklageschrift besteht aus nichts als der kriminalisierung der diskussionen mit sieglinde. und eben darüber hat der staatschutz auch unsere verhaftung gezielt und längerfristig vorbereitet:

- als angriff auf die gefangenen, um sie und die forderung nach zusammenlegung zu kriminalisieren,
- gleichzeitig als angriff auf den widerstand mit der staatschutzverfälschung von der gesamt-raf.

nachdem die isolationsstrategie mit der anti-terrorismus-kriegsführung gegen die guerilla gescheitert ist, dehnen sie sie gegen den widerstand aus und erfinden die gesamt-raf. so redet lochte (vs-hamburg) schon im herbst 85 von 200 legalen raf-mitgliedern. und schließlich ist es ein angriff gegen uns, gegen unseren entwicklungs- und politisierungsprozess bes. seit 84/85.

sie wollten uns mit dem anhängen von anschlügen, mit der raf-mitgliedschaft und der isolationsfolter so an die wand drücken, zerbrechen, bis wir uns distanzieren, zumindest wollen sie erreichen, daß wir nur noch auf ihre repressionsmaschine und macht starren.

vor ihrem vorgehen her unterscheidet sich das nicht groß von dem, was noch öfters gelaufen ist, gegen die leute aus dem widerstand gegen die startbahn, gegen ulla und ingrid und die anderen, oder gegen luiti und chris, rico und andrea, denen sie mit abenteuerlichen konstruktionen anschlüge anhängen wollen.

es ist schmutziger krieg gegen die ansätze von revolutionärer front, die für sie ziemlich undurchschaubar geworden ist, um die mobilisierung und weiterentwicklung, und um das zusammen-kämpfen zu blockieren, haben sie uns als raf einfahren lassen.

unsre verhaftung war ja 86 auch nur eine sache, - da waren die razzien in der kiefernstraße, in köln, dann die zerschlagung von diskussionsveranstaltungen zu gefangenen und zum palästinensischen befreiungskampf, dann die verschärfung und ausdehnung des 129a und die verfolgung von diskussion und auseinandersetzung mit

revolutionärer politik, z.b. radikal.

die anklage gegen uns besteht dann außerdem vor allem aus der kriminalisierung unsere identität, durch die briefe, die wir im knast geschrieben haben, und unsere geschichte.

daraus konstruieren sie praktisch eine art modell, um dementsprechend den gesamten widerstand einzuordnen und zu bekämpfen.

- zuerst die "entwicklung zur gewaltbereitschaft" (6 selten lang)

das richtet sich gegen alle, die sich gegen das menschenfeindliche system wehren.

rebmann: es müßten kriminallistische kriterien gefunden werden, gegen den ganzen militanten widerstand, eine art krimineller vereinigung, - also das alles was sie in der anklage aufzählen, kämpferische demonstrationen gegen akw's, nato-kriegspolitik, internationale solidarität und häuserkampf, auseinandersetzung mit revolutionärer politik und gefangenen.

- dann die bildung einer terroristischen vereinigung (14 seiten)

das richtet sich gegen selbstbestimmte und kontinuierliche diskussion und organisierung von politischem und praktischem widerstand, kennzeichen seien z.b. papiere, schriften über nato, rüstungskonzerne, mik, die radikal mit anleitungen....

- und schließlich: "mitgliedschaft in der raf"

das richtet sich gegen die ansätze und wirkung der revolutionären front, - wie schon gegen ingrid und marelle, carlos, oder jetzt in stammheim gegen luiti und chris und demnächst andrea und rico. über diese kriminalisierung wollen sie die mobilisierende wirkung und orientierung für den ganzen widerstand zurückdrängen, sie wollen aufhalten, daß immer mehr menschen für die grundsätzliche befreiung von imperialistischer herrschaft kämpfen, kämpfen wollen, als widerstand mit den gefangenen, der guerilla und den menschen weltweit, die darum kämpfen.

der staatschutz läßt sich von prozess zu prozess seine kriegsführung und erfindungen absegnen, die genau dem entsprechen, was rebmann, zimmermann in ihrer propaganda bringen:

"...wir müssen schon im vorfeld beginnen die gewalttätigen demonstranten anders zu behandeln, ... der kreis, der für anschlüge in frage kommt, ist viel größer geworden, ... wir sind dabei, vom vorfeld bis zum harten kern, ein neues fahndungskonzept zu verwirklichen... man muß eben alles probieren, was im rechtsstaat denkbar ist..." (erklärte zimmermann in der welt am 25.10.86)

und das setzen sie ja auch auf allen ebenen um:

- prügelnde sonderheiten, vermummungsverbot, diskussionsverbote und gesetze gegen revolutionäre politik,
- ausdehnung und verschärfung des 129a und des gesamt-raf-konstrukts,
- verfolgung von anwälden, angehörigen und leuten aus dem widerstand wegen der zusammenlegungsforderung, das sei "unterstützung der raf",
- verschärfte isolation und abschottung über die staatschutzbehauptung, es gab eine raf-im-knast.

im april 87 haben die counterexperten nach einer trevi-konferenz (anti-te-konferenz auf westeuropäischer ebene) in einem deutschlandfunkinterview die schärfe des konterrevolutionären angriffs begründet:

um eine revolutionäre front in westeuropa zu verhindern, müsse ein schwerpunkt die bekämpfung des gesamten widerstands hier in der brd sein, weil er eine wirkung in ganz westeuropa hat.

und genauso gehen sie zentral koordiniert, z.b. spanien und frankreich gegen den baskischen befreiungskampf vor, - das nur nebenbei.

jetzt der prozess hier, soll in ihrer kriegsführung eine rolle spielen, - eben vergeltung und abschreckung -, als drohung gegen alle, die sich wehren und kämpfen und denen die revolutionäre front das ziel ist, nach dem motto:

wenn ihr so weitermacht, geht es euch genauso - knast - isolationsfolter - horrorurteil. dieses gericht hier hat das neulich schon demonstriert: 18 monate knast wegen einer solidaritätsveranstaltung zu politischen gefangenen als "unterstützung der raf", und nach dem hamadel-prozess war das springerblatt WELT vom olg hier ganz begeistert und schrieb im kommentar:

"es war mehr als ein urteil: es war eine kampfansage an den internationalen terrorismus, der senat klagte gewalttäter jeder motivation an, gleichwohl ob sie als anarchisten, kommunistische revolutionäre oder religiöse fanatiker die welt zu verändern suchen..."

wenn die staatschutzjustiz jetzt hier ihre macht demonstriert, indem sie uns gefangen hält, endlos in u-haft und isolation, kann es für uns nicht die entscheidende frage sein, daß sie die macht dazu haben. sondern wir können in dieser machtdemonstration ihre schwäche erkennen, daß sie keine anderen mittel mehr

haben gegen die wirkung revolutionärer politik und den widerstand, weil wir nicht mehr aufhören gegen dieses system und für eine menschliche gesellschaft zu kämpfen, ohne kapitalistische ausbeutung, ohne imperialistische kriege, zerstörung, völkermorde.

auf was sie mit ihrer ganzen macht reagieren ist, daß wir unser leben wirklich in die eigene hand nehmen, und weil es möglich ist und greifbar, daß wir uns weiter durchkämpfen können und zur revolutionären gegenmacht werden.

an dem punkt, wo unser widerstand zur kraft und zur orientierung wird für die gesellschaftlichen widersprüche, uns zusammen zu einem machtfaktor, der die imperialistischen pläne und projekte blockieren kann, und so die imperialistische macht insgesamt schwächen, da zielt ihre kriegsführung mit aller harte und mit allen mitteln gegen den revolutionären prozess, gegen uns alle, die wir dafür stehen und für sie greifbar sind. sie schieben riesige hürden an repression, gesetzen, an psychologischer und militärischer kriegsführung vor uns hin und gegen die wirkung unseres kampfes, um uns festzunageln, um unseren notwendigen, nächstenentwicklungsschritt zu blockieren. es geht ihnen dabei um alles, und uns auch.

sie wissen, daß unser wille und unsere entschlossenheit als teil der revolutionären front gegen dieses system zu kämpfen, aus einem tiefen bedürfnis kommt unser leben als menschen selbst, - sinnvoll, gesellschaftlich - zu bestimmen und zu führen, und aus einem grundsätzlichen haß auf diese absolut unerträgliche entfremdung, sinnlosigkeit und entmenslichung des imperialistischen systems.

wenn wir wirklich das "neue", mit dem system brechen, wollen und um keinen preis mehr im normalzustand dahinkriechen, dann zieht kein deal, keine korrumpierung mehr. sie können nur noch ihre maschine auffahren, - und die wirkt nicht mehr und wird stumpf, gegen das bedürfnis, daß wir uns befreien wollen, daß wir immer und unter allen umständen um die menschliche selbstverwirklichung im prozess der rev. umwälzung kämpfen.

in einem bericht aus südafrika haben jugendliche widerstandskämpfer/innen das so gesagt:

"...wenn man sowieso schon leidet und kein ende sieht, dann kommt der zeipunkt, an dem man sagt: es ist genug. ich will lieber alles auf mich nehmen, - und wenn ich dabei sterbe, dann sterbe ich eben....die revolutionäre front, der anc, das sind wir selbst, jeder der für seine freiheit kämpft ist der anc..."

das leiden hier hat sicher eine andere qualität als in südafrika, - obwohl es im kern dasselbe ist - nämlich als mensch nichts zu sein. hier ist es die totalität der imperialistischen herrschaft, die uns in allem, in allen plänen und projekten und 24 stunden am tag, fremd, feindlich, zerstörerisch, sinnlos und unmenschlich gegenübertritt, - und wo leben nur als widerstand dagegen möglich ist.

um aus der krise rauszukommen und um sich als stärke imperialistische macht zu behaupten, brauchen sie die westeuropäische formierung auf allen ebenen, - nur so können sie die macht weiterentwickeln um ihre herrschaft gegen die befreiungskämpfe weltweit abzusichern und auszudehnen.

nur so sind sie in der lage zum weltweiten sog. "krisenmanagement" in mittelamerika, im südlichen afrika...gegen den kurdischen, palästinensischen, arabischen befreiungskampf.

ihre ganze pläne und projekte können sie auch in westeuropa immer offener und nur noch gegen die menschen durchziehen.

von der kooperation in der forschung, biotechnologie, atomwirtschaft, hochtechnologie und rüstung, über den europäischen pfeiler der nato und deutsch-französische militärkooperation, oder die gesamte umstrukturierung und europäischem binnenmarkt, sie erfahren und wissen, daß sie dafür nicht mobilisieren können, weil es offensichtlich nicht für die menschen und deren bedürfnisse ist, sondern nur absicherung und ausdehnung der imperialistischen herrschaft. darum klagen sie ständig über die "labile öffentliche meinung", über die "erosion der rechtsstaats", das ausmaß an perspektivlosigkeit und zerstörung durch das system - umwelt, arbeitslosigkeit, kriegsdrohung, milionen verhungern und sie vernichten die lebensmittel zu überleben - hat zu einem legitimationsverlust geführt.

das verhältnis der gesellschaft zum staat ändert sich. mehr mißtrauen, mehr politisches bewußtsein, mehr protest, verweigerung und widerstand setzt ihnen schon so gewisse grenzen. was sie aber auf alle fälle verhindern wollen, daß daraus revolutionärer widerstand wird.

und deshalb die schärfe des angriffs auf die revolutionäre front und widerstand, um deren wirkung, um die politisierung und radikalisierung der gesellschaftlichen widersprüche aufzuhalten.

denn wenn wir uns auch den vorhandenen widersprüchen und ansatzpunkten wirklich durchkämpfen zur breiten revolutionären front, im kampf um befreiung ihre auswege aus der krise, ihre pläne und projekte und die weltweite kriegsführung behindern und blockieren, können wir das

imperialistische system entscheidend schwächen. deshalb reagieren sie so auf uns. auf die perspektive und möglichkeit, daß wir uns durchsetzen und wirklich mit den befreiungskämpfen weltweit zusammen kämpfen und ihre macht hier so schwächen, daß siege und druchbrüche möglich werden, und wir zusammen zum ende der imp. herrschaft kommen können.

es gibt diese möglichkeit, wenn sie in unserem widerstand und kampf real wird.

es gibt für uns überhaupt keine andere möglichkeit als daß wir zusammen mit den menschen weltweit die kapitalistische ausbeutung des menschen durch den menschen und somit fremdbestimmung beenden, um zum beginn einer menschlichen gesellschaft zu kommen, mit einem neuen inhalt, begründung und ziel von menschsein.

das war jetzt etwas kurz, aber mir ging es darum, die ganze staatschutzoffensive und das verfahren hier, mal in einem gesamtzusammenhang einzuordnen, nur dann ist es zu verstehen.

nicht daß ich falsch verstanden werde, weil ich gesagt hatte, diese inszenierung hier muß eingestellt werden, es ist schmutziger krieg, lügenkonstrukte. aber es sind keine auswüchse, sondern es ist ihre kriegsführung, ihre reaktion auf uns, weil wir anfangen uns ernst zu nehmen, um unsere befreiung zu kämpfen und mit ihrem system zu brechen, und immer weiter lernen und kämpfen mit dem ziel der revolutionären front.

und alles was gegen uns - und gegen alle gefangenen genoss/innen genauso läuft - ist ein ausdruck dieser scharfen konfrontation:

- zensur, angehaltene und verzögerte post, massenhaft beschlagnahmungen, informationseinschränkung
- bespitzelung und kriminalisierung jeder unserer äusserungen, in briefen, bei besuchen, über mitgefangene, die unter druck gesetzt werden zur denunziation,
- erpressungsversuche, z.b. über die kinder: der versuch der bundesanwaltschaft sie in ein heim zu stecken, unmenschliche besuchsbedingungen mit ihnen,
- besuchsverbote, besuchsabbrüche, trennscheibe bei besuchen.
- das verbot sich fotografieren zu lassen, wegen "der gefahr der werbung für die raf",
- beschlagnahmung von verteidigungsunterlagen durch die baw (bundesanwaltschaft), ständig zellendurchsuchungen durch die knast-b., und oft durch das lka,
- entwürdigung durch nacktes ausziehen bei zellendurchsuchungen, vor und nach angehörigenbesuchen ohne trennscheibe, und z.t. vor und nach dem hofgang,
- nichtdurchlassen, verschwindenlassen und verzögern von verteidigerpost durch die kontrollrichter, abhören der verteidigergespräche in den trennscheibenräumen,
- verhinderung einer gemeinsamen prozessvorbereitung,
- 21 monate isolationsfolter und gezielte maßnahmen uns müde zu machen, unsere identität zu zerstören,
- eine 2. ed-behandlung als folter,
- täglich hofgangsabbruch durch rollkommandos und brutales zur-zelle-schleifen wegen kontaktaufnahme mit andren politischen gefangenen,
- einkaufsperre, hofgangssperre und bunker wegen kontaktaufnahme,
- nach hochsicherheitstrakt, mit einem minimum an reizen (sehen/hören) eine gezielte reizüberflutung durch lärm, in der zelle direkt vor der zentrale und neben büro,
- und wie schon gesagt, diese inszenierung hier, "zellensteuerung" - die die aufrechterhaltung der isolation und all dem legitimieren soll, und unsere identität und die zusammenlegung kriminalisieren,

das alles zielt darauf ab uns als politische und kämpfende menschen zu zerstören.

darum geht es, wenn wir sagen, wir brauchen die kollektive diskussion, die zusammenlegung, als kollektiven lernprozess und überlebenskampf als politische subjekte. in der langen geschichte des widerstands der politischen gefangenen weltweit ging und geht es deshalb immer um gefangenenkollektive.

und das wollen und werden wir auch hier gegen die imperialistische macht durchsetzen. - das vernichtungsprogramm durch isolation muß weg. wir wollen als gefangene aus dem widerstand zusammen mit den gefangenen aus der raf die zusammenlegung in große gruppen.

erklärung zum "durchsetzen" 1.6.88 (norbert)

jetzt mal einige überlegungen zu den erfahrungen, die wir bisher gemacht haben - und noch machen - um uns gegen die konterrevolutionären angriffe, die isolation und repressionsmaschine durchzusetzen.

ein palästinensischer genosse hat auf dem kongress 86 folgendes gesagt :

"wenn euer kampf sich weiter entwickelt und wenn ihr zur revolutionären kraft werdet, dann wird der feind euch noch in einem ganz anderen maß bekämpfen..."

ich habe daran, auch für mich selber, immer gut weiterüberlegen können, weil der direkte zusammenhang hergestellt ist, - zwischen dem was ich und wir zusammen wollen, uns befreien und zur revolutionären kraft werden um die imperialistische herrschaft über die menschen endgültig zu beenden, - und ihrer reaktion auf unseren kampf, der imperialistischen aufstandsbekämpfung, als ein teil der bedingungen, gegen die wir uns durchkämpfen müssen, immer wieder.

ich glaube es hilft einem sehr, sich mit knast, dem kampf der gefangenen für die zusammenlegung auseinanderzusetzen, konkret mitzukriegen, daß und wie es möglich ist sich gegen diese maschine zu behaupten. wie es dann wirklich im knast ist, kann mensch natürlich erst wissen hier drin. aber ich nehme mich selber einfach ernster, schätze meine eigenen kräfte ein, und kriege eine gewisse sicherheit, wenn ich das terrain etwas kenne.

so, wie wir dann tatsächlich eingefahren sind, mit diesen lügenkonstruktionen, da waren wir aber doch echt fassungslos, die schärfe der konfrontation, - da hatten wir wohl darüber geredet, daß sie genoss/innen einfach abknallen, im knast foltern, ermorden, - aber begriffen hatten wir sie nicht. daß wir selber mit der ganzen schärfe ihrer kriegsführung konfrontiert werden, ohne selbst so gekämpft zu haben, das war einfach außerhalb unserer vorstellung. da war natürlich auch ne ganze portion blindheit dabei.

jedenfalls war es dann erstmal der kampf darum, gegen diese totale übermacht, knast/isolation und den counter-krieg, die konstruktionen, kinder als druckmittel u.a., nicht aufzugeben, sondern zu lernen um unsere identität zu kämpfen, - immer wieder, denn das geht nicht auf einen schlag.

ich denke um diesen prozess: sich subjektiv und als revolutionäre kraft zusammen gegen diese ganze staatschutzwalze jetzt durchzusetzen, geht es ja auch draußen.

hier im knast sind es eben besondere bedingungen. die knastmaschine, die einem buchstäblich erdrücken will und jede initiative ersticken, die isolationsfolter, total vereinzelt und da ist einfach niemand zum reden.

diese maschine ist so konzentriert und jeder millimeter total kontrolliert, daß man schnell rauskriegt was das soll:

sie wollen mich vollständig aus dem leben und widerstand rausreißen, mir soll alles immer weiter entfernt, unerreichbar und vor allem unveränderbar erscheinen. sie wollen mir jede möglichkeit abschneiden mein leben selbst in die hand zu nehmen und so meinen politisierungsprozess stoppen.

und das ist ja auch das ziel des konterrevolutionären angriffs insgesamt: sie wollen dem widerstand die initiative aus der hand schlagen, bzw. eben verhindern, daß der widerstand neue initiative entwickelt und zur selbstständigen kraft wird, ihre kriegsführung soll in die verteidigung zwingen. und verteidigen ist auf ihren angriff auch die erste reaktion, wir haben unter uns immer gesagt: wir verteidigen unsere identität, oder draußen wo gesagt wird: gemeinsam ihren angriff abwehren, den erkämpften raum verteidigen, der maschine grenzen setzen u.a.

solange ich dabei nur ihre macht, ihre gewalt sehe, bleibt es noch auf einer anti-repressions-ebene, bei der das entscheidende rausfällt, nämlich der direkte bezug zu mir/uns und zu den zielen für die wir kämpfen.

was ist das, was sie an mir, an uns angreifen, was wollen sie stoppen und vernichten? was wollen sie mir nehmen?

im knast, unter der drückenden übermacht, der ich ja auch nicht mehr ausweichen kann, komme ich dann wirklich auf meinen eigenen kern, ohne ansprüche, und finde raus, was ich mir wirklich schon erkämpft habe:

- an ahnung von befreiung im kampf und von einem anderen selbstbestimmten leben, an ansätzen von solidarischen strukturen, und an vorstellungen von meinem leben, wie ich mich selbst als mensch verwirklichen will.

und dieses "neue", was wir uns schon erkämpft haben, ist eine starke orientierung - wie ein haltegriff. das bedürfnis danach ist schon da und letztlich viel stärker als die drohung und gewalt ihrer maschine. weil uns dieses system, mit der entmenslichung, zerstörung und sinnlosigkeit einfach schon zu unerträglich geworden ist.

und um dieses "neue" geht es, um das bedürfnis sich zu befreien, und das will ich, und um nichts in der welt mich aufgeben oder mich unterwerfen. und es gibt einfach keine andere möglichkeit als um mich zu kämpfen und zu lernen.

immer wieder und auch aus der größten defensive raus, wenn mir die maschine so übermächtig erscheint, daß ich denke es ist aus, es gibt dazu keine alternative. die ganze repression des systems wirkt überhaupt nur, weil wir selber noch zu sehr an dem alten dreck kleben, eben an dem "bequemen", "gelebt werden", objekt sein, - und daran denken, was wir angeblich verlieren. wir stehen an einer grenze, weil wir einfach noch nicht weit genug mit dem system gebrochen haben, und da will uns das system erpressen, wir sollen uns als menschen aufgeben.

ab diesem punkt sind wir noch nicht ganze, gesellschaftliche, kämpfende subjekte, aber es gibt den willen und die entschlossenheit, und das ist das entscheidende, daß ich von dem ausgehe, was ich will, und nicht mehr aufhöre darum zu kämpfen. daß ich immer überlege und mich zusammen bestimme und initiative ergreife um das herzustellen, was wir wollen, und wer wir sein wollen.

und das ist dann nicht mehr der blick zurück, nach hinten, auf das alte was war und die wirkung der maschine wird stumpf, sondern das ist dann der blick nach vorne, das bedürfnis nach dem "neuen", nach befreiung, die wir uns nur in der entscheidung zum bruch mit dem system erobern können.

nicht als ein einmaliger bruch, sondern als unser nächster, selbstbestimmter und kollektiver schritt, mit dem wir den revolutionären prozess entwickeln um die imperialistische macht niederzukämpfen.

rückblickend denke ich, daß es zwar einen trennungsstrich zum system gibt, eine art erkämpftes terrain, eben so weit man sich in die konfrontation stellt, - als beispiel: einen diskussionszusammenhang in dem demonstrationen, aktionen und initiativen zusammen diskutiert und vorbereitet werden, wo man sich auch gegenseitig braucht und verantwortung füreinander entwickelt um die gesetzten ziele durchzukämpfen. darin entwickelt sich dann eine ahnung von kollektivität, selbstorganisation und subjektwerden im kampf um befreiung, auch wenn es noch mehr sporadisch und der bruch zum system noch nicht unvermeidlich ist, eben noch nicht der kern, sondern erst zum teil. gesagt und gewollt schon, aber mensch packt es einfach noch nicht konsequent an, daß leben widerstand ist.

ich denke das wissen die counterstrategen schon recht genau, daß wir wirklich die möglichkeit haben, uns als revolutionäre gegenmacht durchzusetzen. es ist eben die frage der subjektiven entscheidung um diesen sprung jetzt zu kämpfen, teil der kämpfenden revolutionären front zu sein. darum fahren sie ja jetzt auch ihre ganze staatschutzwalze auf, und setzen alle ihre mittel ein, um die möglichkeit zu blockieren, daß unser kampf zur orientierung wird für den ganzen breiten gesellschaftlichen widerstand und daß wir ihn bewußt mit der guerilla und dem befreiungskampf weltweit führen um uns von der imperialistischen herrschaft zu befreien.

unsere erfahrung im knast ist ja eigentlich keine neue, - für uns subjektiv natürlich schon -, jedenfalls kann die konterrevolution uns nicht blockieren und an unserer weiterentwicklung hindern, wenn wir uns wirklich befreien wollen; denn dann lernen und kämpfen wir, zusammen oder eben alleine in der isolation, darum weiterzukommen.

in der zugespitzten konfrontation, jetzt hier im knast oder aber auch draußen gegen die konterrevolutionäre offensive als dauerzustand, gibt es endgültig kein ausweichen mehr.

wenn ich mich als mensch mit meinen zielen durchsetzen will, muß ich mich mehr, ganz, in den prozess stellen, in der konfrontation leben.

leben als ständiger kampfprozess, den ich mit konkreten zielen und schritten mitbestimme, in dem ich mich befreie und die dafür notwendigen kollektiven strukturen erkämpfe. um in allem subjekt gegen die maschine zu sein, um mit der macht des systems über mich zu brechen. das ist wirklich ein entweder, ein oder gibt es eigentlich nicht mehr, wenn mensch ein stück von dem "neuen, anderen leben" erkämpft hat.

ich denke, daß wir genau diesem ständigen kampfprozess noch sehr oft - auch unbewußt - ausweichen, und unser leben noch nicht immer und ganz als widerstand und kampf um befreiung bestimmen.

ich habe im knast sehr oft gesagt, daß mir noch so vieles fehlt, an analyse, an strategisches denken um die situation zu begreifen, um mich zu bestimmen und den revolutionären prozess mit zu entwickeln. und dann will ich mir das fehlende oft als wissen aneignen, dabei geht es gar nicht darum, alles mögliche zu wissen über das system, die bedingungen, unsere lage. sobald ich die analyse von meinem eigenen prozess losgelöst habe, ist sie hohl geworden, das habe ich direkt gespürt, - ich war dann darin nicht kämpfendes subjekt, sondern es war mehr so ne art entfremdeter ackerel. das zentrale ist, daß ich lerne jetzt, also ausgehend von da wo ich bin und der ich bin, den revolutionären prozess mitzuentwickeln, indem ich mit meinen subjektiven möglichkeiten und im kollektiven prozess denke, arbeite, begreife und handle am ziel orientiert.

die theorie ist dann nicht mehr hohl, wenn sie die kollektive bestimmung des nächsten subjektiven/kollektiven schritts ist, aus den vorangegangenen erfahrungen und aus den objektiven bedingungen, so hebe ich die trennung auf zwischen dem was ich will und dem was ich mache. ich packe es an meine vorstellungen umzusetzen, arbeite, kämpfe dafür.

und dafür brauche ich den kollektiven prozess, ehrlich und genau, um den schritt zusammen zu bestimmen und darin unsere fähigkeiten zu entwickeln und so zur kraft zu werden um den schritt zusammen durchzukämpfen.

immer danach, also wenn ich einen schritt gemacht habe, sieht es sehr einfach aus.

es ist auch überhaupt nichts objektiv schwieriges, daß ich so lange gebraucht habe und was so schwer war, das ist ganz einfach der kampf um mich/uns selbst, um

unsere subjekt-werden in der entscheidung zum bruch mit dem system.

gerade hier im knast in den diskussionen, als es darum ging die konfrontation zu begreifen und uns darin zu bestimmen, sind wir immer wieder darauf gekommen, daß die diskussionen sofort hohl sind, wenn sie nicht für den eigenen prozess sind, also wie wir uns durchsetzen können. auch viele diskussionen zur revolutionären front fallen mir ein, die als kämpfende front gewollt war und ist, wo aber in der offensive 86 einfach die schwäche deutlich wurde, es waren eben oft noch diskussionen, die von der eigenen, befreienden politik und praxis getrennt waren. nicht weil wissen oder analyse fehlte, sondern weil es noch eine entfremdete politik ist, wo ich noch nicht als subjekt um befreiung kämpfe, - sondern politik, getrennt von mir selber. ich stehe ja immer wieder an einem punkt, wo ich nicht recht weiterkomme. das ist praktisch da noch meine eigenen subjektive grenze, und da komme ich nur weiter, wenn ich mich entscheide sie zu durchbrechen, einen sprung zu machen. insgesamt ist es ein dauernder prozess der revolutionären umwälzung des systems, und von uns selbst. wir lernen das, was wir dafür brauchen und stellen den kollektiven prozess her um zusammen weiterzukommen, zur kraft zu werden.

wenn ich an meiner subjektiven grenze noch stehen bleibe, dann kämpfe ich auch nicht um den kollektiven prozess und um die konkrete bestimmung des kampfes, sondern ich weiche dem - noch mal, wieder - aus, z.b. durch losgelöste analysen, debatten, strukturdiskussionen.

ich stecke dann noch in einem sinnlosen kreislauf und bin noch in meiner eigenen entfremdung gefangen; ich betrachte und analysiere die bedingungen, aber ich kämpfe noch nicht für ihre revolutionäre umwälzung und auch nicht meine eigene.

nach bald 200 jahren kapitalistischer fremdbestimmung und entmenslichung ist das ausmaß an zerstörung durch das system, nicht nur an umwelt, überlebensmöglichkeiten usw., sondern besonders auch an menschlicher fähigkeit, kreativität und willen das leben wirklich in die eigene hand zu nehmen sehr groß.

das zeigt sich ja daran, wie lang der weg sein kann, bis zu dem punkt, ab dem ich anfangen zu begreifen was das ist, sich befreien, mensch und subjekt werden.

und dann fängt der kampf um die menschliche verwirklichung ja eigentlich erst richtig, also bewußt, an - um unsere ganze produktiv- und kampfkraft und menschlichkeit zu erobern im revolutionären prozess in dem wir die imperialistische maschine niederkämpfen, - um "unser leben in den eigenen griff zu bekommen" wie marx es sagt.

jedesmal wenn ich einen schritt mache und mich ganz als kämpfenden menschen fühle, denke ich, jetzt habe ich es geschafft. alles scheint dann so total klar und einfach vor mir zu liegen.

aber dieses subjektsein, diese identität, ist eben nicht konservierbar, und auch nicht konsumierbar. es ist nur wirklich im revolutionären prozess, den ich mitbestimme, in dem ich kämpfe, und sobald ich aufhöre darum zu kämpfen, daß die menschen frei sind, kommt der ganze alte mist wieder.

der kampf um befreiung hier ist auch überhaupt nicht zu trennen von den befreiungskämpfen weltweit. es ist an allen abschnitten die konfrontation der menschen mit der imperialistischen herrschaft. wir können den imperialismus, der sich als gesamtsystem an allen fronten mit blutigen grabenkriegen und konterrevolution behaupten will, nur in einem gemeinsamen, kontinuierlichen, und sicher auch lange dauernden revolutionären prozess letztendlich besiegen.

an den reaktionen auf die staatsschutzangriffe der ganzen letzten zeit ist mir noch mal aufgefallen, wie sehr das oft noch ein anspruch ist. so, als sei das durchsetzen gegen die maschine hier etwas vom internationalen kräfteverhältnis getrenntes. dabei kommt ja ihre reaktion auf uns aus der wirkung von revolutionäre politik und kampf hier, weil das system hier besonders verletzlich ist, und weil daraus orientierung für die gesellschaftlichen widersprüche werden kann. revolutionärer kampf mobilisiert, erzeugt kampf, - auch in ganz westeuropa und sogar weltweit.

was es so zäh macht, die einfachsten und nächstliegenden initiativen zu ergreifen um internationalistische wirkung gegen den imperialismus zu erreichen, ist unser widerstand, weil er noch so sporadisch ist, und daher kommt dann das hetzen von brennpunkt zu brennpunkt.

trotz der vorstellung von der kämpfenden front in westeuropa, laufen die kämpfe eher so nebeneinander her, wir begreifen und führen sie nicht als einen kampfprozess, sondern unser widerstand kommt an bestimmten punkten mit dem weltweiten befreiungskampf zusammen - dann wenn wir aber selber kämpfen. dann ist die nähe zu den kämpfen, kämpfenden sofort da, eben weil ich dann selber kämpfendes subjekt bin.

das hat sich für mich auch ein stück vereinfacht, denn es kam mir oft so kompliziert vor, den widerstand hier mit dem weltrevolutionären prozess zusammenzubringen. es war meist mehr "solidarität für", kaum mal ein zusammen kämpfen, und das hebt sich auf, wenn ich aus den bedingungen hier selbst kämpfendes subjekt im rev. prozess

gegen den imperialismus bin.

die nähe zu den befreiungskämpfen und ihre mobilisierende wirkung, kommt durch ihre menschliche identität, sich ganz - ihr ganzes leben - in den kampf um befreiung von imp. herrschaft und für ein selbstbestimmtes leben, nationale befreiung und entwicklung zu stellen, darin sind sie uns eine orientierung.

"...das kolonisierte ding wird mensch, gerade im prozess, in dem es sich befreit..." sagte fanon über den algerischen befreiungskampf.

es trifft für uns genauso zu.

wir sind als kolonisiertes ding, - objekt - , 24 stunden im griff des systems, und unser kampf geht um den ganzen menschen, um 24 stunden befreiende, gesellschaftliche, revolutionäre praxis, eben leben als widerstand.

wir können auch direkt aus den kämpfen weltweit lernen, z.b. aus el salvador, wie sich die fmln gegen die aufstands-bekämpfungsprogramme des us-imperialismus durchsetzt, dessen projekte blockiert und so auch den raum für gesellschaftlichen widerstand erkämpft, und subjektiv und politisch orientierung wird für einen breiten befreiungskampf, politisch und militärisch, und die dabei auch selber stärker wird. ihre identität und ihre erfahrungen, - genauso wie des palästinensischen, kurdischen, südafrikanischen befreiungskampf, - können für uns direkt zu einer quelle von kraft werden.

und so hat heute jeder kampf und sieg direkt eine mobilisierende wirkung weltweit - auf uns hier, und genauso auf die befreiungskämpfe umgekehrt, - und schwächt das imperialistische system.

z.b. wenn die genoss/innen in chile oder el salvador auch auf den kampf um die hafenstraße gücken, oder die palästinenser, die genau beobachten, wer mit ihnen gegen die nato/imperialismus kämpft.

ich denke wir wissen sehr viel über die objektiven möglichkeiten des revolutionären kampfes hier in der metropole:

- wir können die militärischen-politischen-ökonomischen projekte und pläne behindern, aufhalten, mit denen sich die westeur. staaten als starker imperialistischer block zusammenschließen und behaupten wollen.

- wir können der imp. kriegsführung weltweit grenzen setzen, ihrem sog. "krisenmanagement" mit polizei- und militärhilfe, mit aufrüstung von reaktionären marionettenregimen und konterrevolutionären banden, und den ganzen politischen und ökonomischen projekten, die sie gegen befreiungskämpfe und gegen nationale befreiung richten,

- wir können so, im kampf um befreiung aus den bedingungen hier, die gesamte imp. macht schwächen und für die menschen weltweit eine perspektive für überleben und entwicklung eröffnen.

man muß das ausmaß an zerstörung und vernichtung, an opfer und leiden, das die imp. herrschaft täglich bedeutet, auch immer wieder ganz nah an sich ran lassen.

- die blutigen grabenkriege an allen abschnitten, allein in el salvador 60.000 tote, in nicaragua und guatemala genauso viele. die fmln sagt, es ist von den opfern betrachtet ein vietnam, - oder die massaker an palästinensern, im südlichen afrika oder kurdistan, wo innerhalb stunden tausende vergiftet wurden.

- dann pro jahr zig-millionen, die an hunger sterben, dabei gibt es lebensmittel genug, - während der imperialismus gleichzeitig zig-milliarden aus den menschen und rohstoffen der 3. welt zieht, für diese ganzen sinnlosen und menschenfeindlichen projekte zur ausdehnung und sicherung ihrer herrschaft hier und vorherrschaft weltweit.

das ist der ausdruck davon, was für ein widerspruch besteht zwischen den menschlichen, gesellschaftlichen, unseren interessen und denen des verrotteten imp. systems. daher die notwendigkeit, daß wir uns als menschen durchsetzen, weil uns dieses system in allem nur noch feindlich, zerstörerisch gegenübersteht. was bedeutet alle anstrengungen zu machen, um die bedingungen, widersprüche und möglichkeiten hier zu nutzen, indem wir uns konkrete ziele setzen, um ihre auswege aus der krise zu blockieren, um ihre macht als imp. system zu schwächen, zu zersetzen.

in dem gemeinsamen kampfprozess erobern wir uns ein wirklich neues, gesellschaftliches bewußtsein und brechen mit der distanz und fremdheit zu den befreiungskämpfen, - und mit dem metropolenchauvinismus, mit der geschichte der kollaboration der sog. "linken" mit dem imperialismus.

unser widerstand kann für alle kämpfe eine große bedeutung haben, wenn sich die imperialisten nicht als starker block aufrichten können, werden durchbrüche für befreiungskämpfe, und so die zerrüttung des imp. systems und der weg zum ende ihrer herrschaft, offen. wie weit diese möglichkeit realität wird, hängt von uns ab, ob wir ein starker faktor - revolutionäre gegenmacht - sind.

das hat absolut nichts zu tun mit einem anspruch, internationalismus "für", sondern es ist unser ureigenstes bedürfnis, subjektiv und es ist eine absolute notwendigkeit, objektiv. wenn wir uns befreien und wenn wir eine gesellschaft mit dem menschen im mittelpunkt wollen, müssen wir sie uns zusammen erkämpfen.

wenn ich etwas viel gesagt habe zum subjektiven prozess,

dann deswegen, weil ich, wir gerade den früher nicht so begriffen hatten, also daß das zentrale, "die seele der kämpfe", wie marx sagt, der kampf um uns selbst ist, um mit unserer fremdbestimmung zu brechen im kampf gegen die äußeren ursachen, der imp. herrschaft, für die revolutionäre umwälzung des ganzen systems und uns selbst. und das ist auch die erfahrung aus dem knast, daß ich, wir diese identität - mensch gegen die maschine - jeden tag erkämpfen müssen.

ich habe hier am ersten tag eine reihe von haftbedingungen und isolation aufgezählt und habe gesagt, daß es darauf abzielt uns als politische und kämpfende menschen zu zerstören, - daß wir die zusammenlegung in große gruppen brauchen. und dazu gehören auch menschliche bedingungen mit den 2 kindern von bärbel und mir, z.b. wie in den kollektiven der spanischen genossinnen, deren kinder einen ganzen tag die woche im knast sind, ohne überwachung, um "normal" zusammen zu sein, essen, spielen...

ich will hier mal was über die besuchsbedingungen mit den kindern erzählen, damit es konkreter wird, als nur "unmenschliche bedingungen" wie neulich: die äußeren besuchsbedingungen (21 monate im hochsicherheitstrakt in köln) - der besuchsraum ist ein fensterloses betonloch, der fußboden beton, neonbeleuchtung, eine ständig hörbar rauschende Klimaanlage, es hallt wie in einer bahnhofshalle, es gibt 1 tisch mit stühlen, auf der einen seite sitzen die kinder, marion und ich, gegenüber 1 trakt- und ein lka-bulle. die kinder dürfen nichts mitbringen, nichts gemaltes, gebasteltes, irgendetwas von sich, spielzeug, oder ball, nichts. ich selbst muß mich vor dem besuch nackt ausziehen, - knastklamotten anziehen -, und nach dem besuch dann noch mal.

ich hatte mir so nach und nach malzeug und einige bilderbücher schicken lassen um sie zum besuch mitzunehmen. und weil diese bedingungen wirklich unerträglich sind, weils einfach kein minimum an intimer atmosphäre gibt, habe ich anträge gestellt: - für besuche ohne überwachung, - für mehr besuchszeit, - für andere besuchsräume, - für gemeinsame besuche der kinder bei bärbel und mir, daß die kinder was mitbringen können, - alles abgelehnt.

ich habe mir dann überlegt die decke aus meiner zelle mitzunehmen, damit wir uns auf den boden setzen können, und nicht nur an den tisch sitzen müssen, immer mit dem gefühl belauert zu werden und überhaupt nicht unter uns zu sein.

wir hatten also dann in diesem 9 m2 betonloch auf der decke einen kleinen raum für uns, wo wir etwas unbefangener reden, knubbeln, irgend was machen konnten. das war immer noch nichts, also nicht der rede wert, und die schließer im trakt in köln haben auch nie was dagegen gesagt, daß ich die decke und meine gitarre mitnehme.

jetzt, der leitung des düsseldorfer knasts, schien dieses fast nichts an kontaktmöglichkeiten noch zu viel. beim ersten besuch, april, konnte ich erst nach langem hin und her - einer halben stunde telefonieren, rücksprachen was weiß ich - malzeug und die bilderbücher mitnehmen, "...es sei noch alles neu, und wegen der decke und gitarre müßten sie sehen..."

diese woche montag hat die knastleitung den besuch mit decke nicht zugelassen, mit ganz absurden begründungen, der raum sei zu klein um auf dem boden zu sitzen, sie könnten das nicht überwachen.... höhepunkte war die zynische bemerkung: "es täte ihnen menschlich leid, den jungen wieder wegschicken zu müssen ohne besuch...", was sie nicht gehindert hat das zu machen. gestern kamen sie mit der mitteilung, ich könne in zukunft eine decke mitnehmen und der besuch könne nachgeholt werden.

dadurch ändert sich nichts an den unmenschlichen bedingungen, aber das ist uns klar geworden inzwischen, daß wir menschliche bedingungen nur im zusammenhang mit der zusammenlegung erkämpfen können - und nicht von einem system erwarten das kinder als geiseln benutzt um unsere identität zu zerbrechen, wie die baw mit der versuch der heimeinweisung. diese decke zeigt die unmenschlichkeit der isolation im versuch ein minimum an kontakt und intimität selbst zu kindern zu zerstören.

brief von norbert

- eindrücke aus dem prozeß + zu den bedingungen - vom 23.7.88

so ich will jetzt wie versprochen einige eindrücke über den prozeß und zu den bedingungen hier schreiben, - mit dem knast fange ich mal an. ich war ja seit august 86, mit einer kurzen unterbrechung von 3 monaten, in köln im hochsicherheitstrakt gewesen. als ich aus dieser stille, dem sterilen raum hier nach düsseldorf kam, war ich zunächst fast schon "begeistert". während dort mal 10 gef. waren, und stimmen und geklapper bei der essenausgabe was besonderes, ist das hier ja ein noch lebendiger knast. es sind eben viele zu hören, draußen beim hofgang zu sehen, ich sehe weiter als nur 25 mal 25 meter und nur mauern, wie im trakt, es sind straßengeräusche zu hören, und noch paar baumspitzen, dächer außerhalb des knasts. die zelleneinrichtung genau wie die haftbed., -einzelhaft mit "nvz-hofgang". -lfd. zellendurchsuchungen, trennscheibenbesuch außer bei angehörigen, und lfd. abtasten, bei kinderbesuchen nackt aus- und knastklamotten anziehen, da hat sich nichts verändert, dasselbe wie in köln auch.

nur ich war natürlich sehr lärmempfindlich, und sie haben mich ausgerechnet in den "sicherheitsbereich" und in die

zelle reingestopft, wo direkt vor der türe die zentrale und daneben das büro ist. dh. von morgens bis 17.00 waren dort ständig schließer, deren gerede, telefonieren, schlüssselgerappel etc. war so, als wären sie bei mir in der zelle, dazu kommt eine knastfabrik auf dem hof, eine druckerei, - das war dann nach 2-3 wochen so, daß ich mich nicht mehr konzentrieren, irgendetwas arbeiten konnte. auch abends nicht, da war ich alleine von dem lärm geschäft, und hab das ganze wochenende gebraucht mich wieder zu erholen. ich hab es erst allmählich kapliert was es überhaupt ist, und habe dann einen antrag gemacht, daß ich da weg will. das haben sie dann 2 tage vor prozeßbeginn gemacht, sie wollten wohl nicht, daß ich dazu was sage. ich bin im selben flügel geblieben, nur zwei zellen weitergerückt, vor der b.-zentrale weg, na ja. ich habe mit der zeit rausgekriegt, daß es eben ne umstellung ist, und daß ich unter den bedingungen mit derselben arbeitsweise, anstrengungen weiterkomme wie im trakt, wo es immer der kampf war das stille/sterile zu durchbrechen.

daß ich in dieser lärmhölle war, war sicher kein zufall.

hier in düsseldorf sind ja noch die beiden thomas', zu denen ich aber keinerlei kontaktmöglichkeit habe. den knast kann man sich wie ein kreuz vorstellen. in 3 der 4 arme sind je rd. 150 gefangene, auf 4 stockwerken, und in jedem der 3 arme/flügel gibt es einen "sicherheitsbereich" (eben extra abgetrennt durch gitter, damit andere gef. bei aufschluß nicht vor diesen türen sich aufhalten, mit uns reden, - in dem teil wo ich bin ist außerdem die gesamte zentrale, psych., einzeldusche etc.) und zu jedem flügel gehört ein extra hof. im 4. flügel sind ua. die besuchsräume.

ich könnte höchstens von der einzeldusche aus auf den hof sehen, wo thomas r. ist. aber im duschraum ist eine zwischenwand eingebaut, damit ich nicht zum fenster komme und somit auch nicht an die armaturen, also wenn das wasser die richtige temperatur hat, schließen sie die türe und ich komme da nicht mehr ran.

ich bin mal interessehalber zum hofgang rausgegangen, da läuft dann folgendes ab: zuerst waren sie ganz verwirrt, es hat bis zum nachmittagshof gedauert, bis sie es organisiert hatten, denn dann gehen nur ein teil der gefangenen des flügels raus (vielleicht die hälfte, oder noch weniger) und sie öffnen nicht den gesamten hof, denn der besteht aus zwei, durch einen zaun mit stacheldraht getrennten höfen. -also wenn ich rausgehe wird nur der kleinere teil geöffnet, wie beim einzelhof, den ab und zu gef. hier haben, und außerdem gehen zusätzlich 2 schließer mit sprechfunk mit raus; sie stehen die ganze zeit und beobachten mich. (obwohls ja auch noch ne kamera gibt, und 1 schließer meist draußen ist) unter den umständen mach ich schon mal gar keinen hofgang, - sie erwarten das auch gar nicht, sie legen hier absolut keinen wert auf "nvz", als ich neulich zufällig nach dem besuch einen gefangenen wiedergetroffen hatte, der auch in köln war, haben sie ihn sofort abgedrängt und mich im "konvoi" zurück zur zelle.

pünktlich zum prozeß waren ja die endgültigen haftbedingungen des olg rausgekommen, genau das was bei denen standart ist: mit einigen verschärfungen gegenüber dem 25-punkte-programm des bgh, zb. was postzensur betrifft ua., und außerdem so in dem sinne: höchstgefährlich, fluchtgefahr und befreiungsversuche + entsprechend laufen die transporte zum richterbunker, dazu gleich. ich hatte zu den bedingungen, was gegen uns alle läuft und daß die isolation weg muß, am 1. und 3. prozeßtag was gesagt, und daß wir eben auch ganz andre bedingungen mit den kindern durchsetzen müssen. sie wollten ja hier in düsseldorf beim ersten besuch noch nicht mal zulassen, daß ich malzeug/bilderbücher/eine decke um auf dem boden sitzen zu können mitnehme - nach langem hin und her bin ich dann ohne decke gegangen. beim 2. kinderbesuch haben sie den flo und die ... dann tatsächlich weggeschickt, weil ich auf der decke bestanden habe. die brauchen wir da wirklich um auf dem boden sitzen zu können, um etwas mehr unter uns zu sein, zu reden, rumzunkubbeln, denn an dem tisch - direkt gegenüber ein knast- und ein lka-b. ist unerträglich. das scheint jetzt aber klar zu sein, mit decke, die letzten beide male konnte ich sie mitnehmen. es sind auch immer gewissermaßen machtproben, genauso haben sie sich neulich dazu verstiegen, dem thomas r. zu verbieten, das er beim besuch über den prozeß, irgendwas im zusammenhang mit dem prozeß redet.

überhaupt hat das ganze äußere zum prozeß eine schärfe, die ich mir so doch nicht vorgestellt hatte, ich hatte gedacht sie fahren uns zb. zusammen zum richterbunker. stattdessen sind es einzeltransporte, in einem knastbulli, handschellen, vor uns und hinter uns je ein fahrzeug mit sek. vor uns ist ein art jeep, sie haben stahlhelme mit tarnnetzen, mp's kampfanzüge, und dann geht es in einem affenzacken mit blaublicht um die drei straßenecken rum. - da stehen manchmal leute die winken, ich kann ja leider nix machen, außer sie sehen, mich freuen -, während der transportiererei sind alle straßen gesperrt, von ziv., streifen-, sek-b., schon irre. bei der bärbel, die ja immer von essen gebracht wird, machen sie noch zusätzlich die sirene an.

ja und dann der erste tag.

das kann ich kaum beschreiben, was das für ein gefühl war, als wir unsre stimmen unten im keller zum ersten mal wieder gehört haben, 2 noch ganz dünn, "weit weg", wir hocken da ja einzeln in kleinen betonlöchern. und dann wurden wir nacheinander in handschellen hochgeführt, ich zuletzt. und jedesmal wenn eine/r hochging habe ich gehört wie die türe aufging, klatschen, rufen, eine tolle stimmung.

und dann weiß ich nur noch wie ich da rein ging, die hände hoch am rücken, da stürmte die bärbel auf mich zu, eine riesenumarmung und sie haben sie dann weggezerrt. wie sie es geschafft hat überhaupt zwischen diesen

vielen grünen durchzukommen, weiß ich selber nicht mehr. die beiden thomas' konnte ich erst später richtig umarmen, weil ja am anfang noch b. zwischen uns saßen, die aber dann nach antrag, beratung etc. weg gekommen sind, und jetzt hinter uns, bzw. links und rechts außen sitzen, - für jeden von uns 2. kaum daß es eine unterbrechung gibt, wo wir ja immer runter müssen in diese betonlöcher, drängen und zerren sie an uns rum: "los mitkommen", ich schaffe es meistens nicht mal mein zeug zusammenzupacken, und immer entsprechende ankündigungen: beim nächsten mal....

so ähnlich ist die stimmung insgesamt, das olg arend, kündigt des öfteren an, leute rauszuschmeißen, weil sie grinsen, oder was weiß ich, auch uns 4 will er ab und zu ausschließen. zb. jetzt am vorletzten tag, wo viele da waren, es war fast voll, lag es von anfang an in der luft. als wir dann schon zur mittagspause runtergegangen sind, gab es draußen einen sek-einsatz, einige wurden kurz festgenommen, und einer hat 5 tage ordnungshaft gekriegt. er hätte einen b. beleidigt, oä. er war an diesem tag mit einem bus und vielen leuten aus bielefeld gekommen, er war dann auch unten in nem kellerloch.

am ersten tag, eigentlich die ersten drei tage da war alles so viel, daß ich mir gar nicht alle gesichter merken konnte, es war voll, und das war total gut, wie sie beim rausgehen gerufen haben wo sie herkommen.

also wir sind ganz begeistert von der stimmung, freuen uns + es drückt wirklich viel aus an verbundenheit, ich denke das ist vielen klar, daß sie genauso an unsrer stelle sitzen könnten. jetzt sind es nicht mehr so viele, und dadurch kriegen wir mit wo sie herkommen. es sind meist gruppen aus verschiedenen städten, und dann immer leute aus duisburg und umgebung, die wir kennen, auch viele jüngere und auch zb. einige leute aus der kita vom floh, oder tt's mutter, die oft kommt, und zweimal war der georg da, das 2. kind von uns, er ist ja schon groß, ich hatte ihn erst gar nicht erkannt, bis die bärbel rief, mensch der georg.

tatsächlich, da sitzt er und guckt sich das an und denkt sich seinen teil. an dem tag war gerade ein k-14-b. aus duisburg, den er selber schon oft erlebt hat bei razzien, demos und auch bei unserer verhaftung. ja da sitzen wir dann da, winken uns ab und zu zu. das wär gut wenigstens paar minuten reden zu können. ich habe das neulich gelesen, daß sie bei den prozessen von den militärgerichten gegen kurd. und türk. revolutionäre und auch palästinensern zulassen müssen, nicht verhindern können, daß die angehörigen und freunde, genoss/innen einige minuten mit den gef. reden, und sich umarmen und verabschieden.

inzwischen haben wir ja schon etwas erfahrung gemacht wie es für uns 4 ist, also wir können da schon insgesamt etwas besser mit umgehen, sowohl mit dem reden unter uns - was ja wirklich nicht ist als würde man draußen zusammen sein. sondern anfangs war es das gefühl und bedürfnis alles zu sagen, alles in diese paar stunden reinzubringen, und das ging auch ziemlich durcheinander - und dazu dann möchten wir ja auch etwas von den leuten im saal mitkriegen.

nachdem wir das erste mal zusammen gewesen waren, habe ich es kaum erwarten können bis zur nächsten woche - das war ganz anders als vorm ersten mal, da war ich gespannt, habe mich gefreut - aber jetzt, das war wie ein hammer gewesen, einige stunden nur geredet, kaum was voneinander mitgekriegt, total viele fragen, viel zu sagen - und da mußte ich ne ganze woche warten. da ist mir das "nicht-reden-können" noch mal richtig bewußt geworden, ich bin stundenlang auf- und abgegangen. und dann ist mir aufgefallen, daß ich zu meinem gitarrenspiel mal wieder richtig gesungen habe - als waren wir zusammen, und noch andres ist uns aufgefallen. das ist auch einer der wichtigen punkte, daß sich jede/r und wir uns zusammen finden, denn das ist ja ein prozeß, eine total scharfe konfrontation, wo jede/r durchgegangen ist, und sich auch verändert hat. es wird einem noch mal in der ganzen schärfe bewußt auf was die isolation abzielt, dir alles zu nehmen, was an ansätzen, bewußtsein, vorstellungen schon erkämpft ist, indem sie alles abschneiden, dich rausreißen und du dich selber nicht mehr als teil des prozesses zu packen, begreifen sollst. - und das grade wo wir aus nem politisierungsprozeß rausgerissen wurden, wo vieles noch nicht so begriffen war, der bruch zum system nicht richtig erkämpfter kern. na ja und das hat eben jede/r selber für sich rausfinden müssen, sich durchkämpfen, durchbeißen und da ist natürlich auch jede/r an nem andern punkt; es waren ja auch unterschiedliche bedingungen, so konnte ich mal paar wochen wenigstens von trakt zu trakt mit chris "reden" (brüllen) oder die bärbel paar wochen beim hofgang am fenster mit der ingrid reden, dagegen die beiden thomas' 21 bzw. 14 monate nichts.

was gut ist, daß es was grundsätzlich verbindenden gibt und dann ist es auch unter den beschissenen bedingungen möglich, wenn jede/r will, sich zusammen aus den erfahrungen in der konfrontation zu bestimmen, ziele und vorstellungen zu entwickeln. das zusammenkommen, wie existentiell, wird einem total klar - das schwebt da kein stückchen mehr drüber.

ich war zb. ganz verblüfft, als ich beim besuch gefragt wurde, warum wir uns nur so wenig umarmt hätten? - für uns war und ist das unvorstellbar viel: reden, sich sehen, mitkriegen, "wenig" umarmen, ich glaub, da war keine/r drauf gekommen - auf der andern seite klar-du umarmst ja eben 2 jahre niemanden und dann ist eine umarmung sehr viel.

so gehts vielleicht umgekehrt draußen jemanden so, wg. der decke zu den kinderbesuchen, daß es nicht verstanden wird, obwohl es eben "sehr viel" ist - obwohls eigentlich nichts ist.

ich habe neulich in einem brief gelesen, daß ne frau aus südafrika aus der isolation erzählt, daß es für sie das schlimmste war, daß sie nach einer gewissen zeit sich

nicht mehr an die namen ihrer beiden kinder erinnern konnte, daß sie dauernd überlegt hat, sie sind ihr nicht mehr eingefallen - das zeigt die schärfe, wo einfach jede/r lernen muß um nicht drauf zu gehen, sondern um als mensch mit seinen vorstellungen zu überleben, um seine identität jeden tag zu kämpfen, um den kollektiven prozeß und um die bestimmung, das begreifen des gesamten polit. prozesses, als teil davon.

einzelne von uns haben die ersten tage was gesagt. wir wollen vielleicht auch noch mal einiges sagen, obwohl das nicht das wichtigste ist, also davon wollen wir uns nicht drängen, treiben lassen, weil wir einfach zeit für uns brauchen.

am 1. tag hatte ich was zur counterkriegsführung, unserer gefangennahme und anklage gesagt. - daß sie eben gegen die wirkung rev. politik und gegen widerstand mit gesamt-raf reagieren und wir eben für die entwicklung seit 84/85 stehen, dazu ihr ansatzpunkt, kontakt mit polit. gefangenen und daß wir was zur zi gemacht haben und sie daraus eben über "zellensteuerung" (sieglinde hätte uns zum angriff gedrängt etc.) die gefangenen und zi kriminalisieren, für "raf-im-knast". und dann noch was sie zwingt so vorzugehen und welche möglichkeiten die ganzen widersprüche zwischen gesellschaft - staat/kapital sind, um sich als kraft gegen diese maschine zu behaupten und den prozeß weiterzuentwickeln.

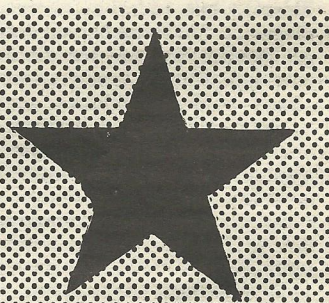
dann am 2. tag hat thomas was gesagt zu seinem entwicklungsprozeß und bärbel zu ihren überlegungen und vorstellungen und daß wir 4 ein stück zusammen weiter kommen wollen. und ich noch mal am 3. tag, zu den erfahrungen in der isolation, daß man zu nem tieferen verständnis kommt, weil man sich in der konfrontation mensch-maschine durchsetzen muß, bzw. eben das lernen, was ja im grunde dasselbe ist für jede/n draußen, die/der seine vorstellungen von sich, einem menschlichen leben/einer menschlichen gesellschaft verwirklichen will: sich im prozeß rev. umwälzung zu bestimmen, mit entwickeln, - was die herrschenden eben mit der konterrevolutionären daueroffensive aufhalten wollen, denn sie haben begriffen was für ein prozeß möglich ist.

dazu schreibe ich jetzt nicht mehr. die erklärungen kriegst du ja vielleicht mal in die finger, obwohl ich da einiges viel zu allgemein, also zu wenig konkret für die situation, bedingungen jetzt finde.

was auch noch bezeichnend ist für die schärfe, daß arend danach am 3. tag ankündigte, er werde in zukunft nicht mehr zulassen, daß solche erklärungen abgegeben werden, und würde uns das wort entziehen.

und nach dem urteil in stammheim sagte er morgens als wir uns umarmten, wir würden uns umarmen als hätten wir uns 10 jahre nicht gesehen - das ist schon total offen, was da abläuft. es gab zu prozeßbeginn einen artikel in der faz wo diese schärfe gut zum ausdruck kam, ganz im gegensatz zur taz, die davon ablenkt.

angeklagt ist ja bis jetzt raf-mitgliedschaft und der anschlag der kämpfenden einheit "cespo cepa galende" auf den bgs, außerdem ausspähen des anschlages auf das fraunhofer-institut. ob sie da noch was zusammenkonstruieren kann gut sein, hauptverdächtige seien wir + leute aus duisburg. ob sie ähnlich stammheim zg.-vorladungen machen, -zb. gegen leute, die auf ner fotomappe waren auch in zus.hang mit fraunhofer - scheint eher nicht der fall zu sein, zumindest stehen sie nicht in den neuen zeugen-vorladungen bis 1. oktober drin. ob sie wegen bgs noch mit mordversuch ankommen ist nicht auszuschließen, das hatten sie schon beim haftbefehl in karlsruhe gebracht.



KOMMUNIQUE

Am 5. September 88, im Vorfeld der IWF-Weltbanktagung, haben wir in mehreren Westberliner Stadtteilen zeitgleich 13 Firmenfahrzeuge der Siemens AG in Brand gesetzt. Bestimmung der Aktion ist einen für die imperialistische Ausbeutung der 3 Kontinente verantwortlichen multinationalen Konzern anzugreifen sowie die militante kontinuierliche Kampagne gegen das WAA-Firmenkonsortium weiterzuführen.

Siemens ist einer der größten Elektrokonzerne der Welt, er befindet sich weltweit an sechster Stelle (Geschäftsjahr 1986/87).

Die Hauptmärkte von Siemens befinden sich in Europa, Japan und den USA. Der Konzern hat aber aufgrund seiner globalen Märkte auch direkten Einfluß auf die Trikontinentalen und bestimmt deshalb auch die Ausbeutungsstrategien dieser Länder durch die imperialistischen Industriestaaten des Westens mit. Siemens produziert als einziges Elektrounternehmen der Welt in sämtlichen Bereichen von Elektrik und Elektronik, so z.B. elektrische Systeme für Lokomotiven, Flugzeuge, Schiffe und Autos. Außerdem ist Siemens Hersteller von AKWs, Telefonanlagen, Büroautomaten und Computern aller Art. Neue Fertigungsweisen wie die vollautomatische Fabrik (bei VW) werden von Siemens entwickelt. Im medizinischen Bereich ist Siemens mit seiner Forschungsarbeit ebenfalls führend. Staatliche Aufträge in Milliardenhöhe konnte und kann Siemens für sich verbuchen, so bei der Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr. In Zusammenarbeit mit Postminister Schwarz-Schilling sicherte sich Siemens das Glasfaserprojekt der Bundespost. Alles in allem hat Siemens im Geschäftsjahr 1987/88 einen Gesamtumsatz von rund 58 Milliarden DM, dabei eine Umsatzrendite (Umsatzertrag) von 2,5 Mrd. DM. In 127 Ländern wird vertrieben und produziert, die Hälfte des Umsatzes wird außerhalb der BRD erzielt, die Hälfte aller Produkte und Systeme stammen aus dem elektronischen Bereich. 1/3 aller Subventionen für Forschungsarbeit in der BRD geht an Siemens. Die solide Profitpolitik der Siemens AG wird auch durch zunehmende Rationalisierungsmaßnahmen im eignen Konzerngefüge flankiert. In den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1987/88 wurde die Belegschaft des Inlandbereiches um 3000 Beschäftigte auf 226 000 verringert; im Ausland hingegen blieb die Beschäftigtenzahl von 130 000 Menschen konstant. Der Finanzvorstand von Siemens kündigte bis zum Jahresende 1988 die Verringerung von weiteren 2000-3000 Arbeitsplätzen an. Die Umsatz und Auftragslage im Inland verbesserte sich in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1987/88 jeweils um sieben Prozent auf 35,2 Milliarden bzw. 36 Milliarden DM.

EINZELHEITEN ZUR GESCHICHTE VON SIEMENS

Die Geschichte von Siemens beginnt mit der Gründung der "Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske" am 12. Oktober 1847 in Berlin durch Werner Siemens. Werner Siemens, geboren 1816 bei Hannover, führte in seinem Betrieb schon bald effektivere Ausbeutungsmethoden der Arbeiter als bis dahin üblich ein, so 1858 die Akkordarbeit. Das Unternehmen von Siemens produzierte von Anfang an mit Telefonleitungen auch kriegswichtige Güter. Eine entscheidende Absatzförderung bedeutete der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 für das Unternehmen, der zeitlich günstig mit der Gründung der Deutschen Bank durch Georg Siemens (1870) zusammenfiel. Als Antwort auf die zunehmende soziale Not unter der Arbeiterklasse stieg die Intensität von Arbeitskämpfen, der Siemens durch eine Festigung der militärischen organisierten Hierarchie in seinem Betrieb begegnete. Außerdem gründete Werner Siemens mit anderen führenden preußischen Unternehmern die erste "Arbeitgebervereinigung" Berlins. Durch ein ausgeklügeltes System von Betriebsrenten und durch Bildung unterschiedlicher Lohngruppen versuchte Siemens die Belegschaft seines Betriebes gegeneinander auszuspielen und so unter Kontrolle zu halten. Frauen bekamen im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts bei Siemens die Hälfte eines Männerlohnes; die Akkordlöhne wurden von den jeweiligen Meistern willkürlich festgesetzt. 1897 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt. Mit Hilfe der Deutschen Bank, die bereits Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts mit Siemens & Halske ein Firmenkonsortium (zeitweilige Vereinigung von Firmen zum Zweck eines gemeinsamen Geschäfts) gebildet hatte, gelang es vor 1914, innerhalb weniger Jahre aus acht verschiedenen Elektrokonzernen die beiden Großkonzerne Siemens und AEG (früher Deutsche Edison-Gesellschaft) zu gründen. Die Deutsche Bank, die Vertreter in den Aufsichtsräten beider Firmen hatte, besaß gleichzeitig die Kartellaufsicht über den Elektromarkt. Dadurch konnten unerwünschte Konkurrenten ausgeschaltet bleiben und der Markt zwischen beiden "Elektrofriesen" Siemens und AEG aufgeteilt werden. Um 1910 verschmolzen die Siemens-Werke mit den Schuckert-Werken zur Siemens-Schuckert GmbH, die verstärkt für den militärischen Bereich produzierte. Daneben lief der Ausbau der zivilen Infrastruktur (das Gemeinwesen) in den Städten, wie beispielsweise der Ausbau des Verkehrsnetzes, am dem Siemens führende Beteiligung hatte, weiter.

Die Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg lösten im Proletariat in wachsendem Maße Streiks und Demonstrationen aus, die Siemens in seinem Unternehmen mit der Gründung einer firmeneigenen ("gelben") Gewerkschaft, der 1914 80 % der Siemens-Arbeiter beigetreten waren, zu ersticken versuchte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im selben Jahr verschaffte den Siemens-Werken gigantische Profite durch die Massenproduktion von Kriegsgütern aller Art. Das Unternehmen unterhielt enge Kontakte zu Vertretern der Regierung und zu einer Gruppe von Bankiers und Unternehmern aus dem Chemie- und weiteren Elektrobereichen. Diese kriminelle Vereinigung von Regierungsvertretern und Kapital legte die Kriegsziele fest, so z.B. die wirtschaftliche Nützung der von der deutschen Armee besetzten Gebiete, für die Millionen von Menschen abge-

schlachtet wurden. Die Rohstoffe, denen eine immer größere Bedeutung zukam, wurde vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie, dem u.a. Siemens, Krupp, Hugenberg und Stresemann angehörten, an die anderen Bereiche der Industrie verteilt. Siemens profitierte auch von dem Demontagen von Industrieanlagen in den besetzten Gebieten; technische Ausrüstungen, die vor 1914 an diese Länder verkauft worden waren, wurden zurück ins Deutsche Reich transportiert, überholt und dann erneut verkauft. Außerdem verkaufte die Siemens AG, wie auch andere Konzerne, Rüstungsgüter über neutrale Staaten an die sog. "Feindländer", um so überregionale Gewinne erzielen zu können. Nach Kriegsende 1918 gab sich das Kapitalsystem den Deckmantel einer parlamentarischen Demokratie, für die ausgebeuteten und in vier Kriegsjahren verheizten Menschen änderte sich jedoch nichts Grundlegendes. Verraten und in ihren revolutionärsten Teilen blutig niedergeschlagen gelang es der Arbeiterbewegung nicht, den Sieg zu erringen und die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen. Dem deutschen Kapital, in führender Stellung auch dem damaligen Siemens-Chef Carl Friedrich von Siemens, gelang es mit Hilfe der korrupten Sozialdemokratie und systemkonformen Gewerkschaften, den "Arbeitsfrieden" weitestgehend aufrecht zu erhalten. Ein langfristiges Befriedungskonzept für die Arbeiterklasse wurde durch Reformen wie die Einführung des Achtstundentages, Schaffung von Tarifverträgen und Verbesserungen der Sozialleistungen entwickelt. Auf der anderen Seite wurde auch bei Siemens das innerbetriebliche Kontrollsystem verschärft. Carl Friedrich von Siemens unterstützte bereits Anfang der 20er Jahre faschistische Gruppierungen wie die "Antibolschewistische Liga". Siemens verlor nach dem Krieg seine Firmenniederlassungen in Rußland und England; durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages waren die Produktionsmöglichkeiten auch für seinen Konzern stark eingeschränkt. 1919 verbanden Siemens und AEG ihre Glühlampenproduktion in der Firma Osram. Osram entwickelte sich im Lauf der 20er Jahre zu dem führenden Hersteller elektrischer Haushaltsartikel. Siemens konnte in diesem Jahrzehnt auch im Ausland wieder eine Reihe von Zweigwerken errichten, so z.B. in der Tschechoslowakei, in der Schweiz, in Griechenland, Argentinien, Uruguay und Japan.

Die immer höheren Produktionsanforderungen verlangten nach immer effektiverer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang entwickelte der Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung (Refa) die minimalen Bewegungen, die ein Arbeiter an seinem Arbeitsplatz zur Herstellung eines Produktes benötigte. Durch diese auch bei Siemens frühzeitig eingeführten Rationalisierungsmaßnahmen stieg die Arbeitsleistung pro Arbeiter/In von 1923 bis 1928 um das Doppelte. Die Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 führte in ihren Auswirkungen auch im Deutschen Reich zu drastischen Maßnahmen von Staat und Kapital, um die Folgen der Krise auf die lohnabhängigen Schichten abzuwälzen. Carl Friedrich von Siemens gehörte zu den ersten Unternehmern, die solche Maßnahmen wie Lohnabbau forderten und durchführten. Der aufkommende Nationalsozialismus erschien Siemens als ein Garant für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ausbeutungsordnung; ab 1931 unterstützten Teile der Konzernspitze gezielt die NSDAP. Führende Vertreter des deutschen Kapitals sorgten somit auch für den Wahlsieg der NSDAP im Juli 1932, die allerdings im November desselben Jahres einen erheblichen Stimmenverlust hinnehmen mußte und von da an auch von der Mehrheit der deutschen Unternehmer gefördert wurde. Die Großunternehmer, darunter auch Siemens, forderten den zunehmend verkalkten Reichspräsidenten Hindenburg auf, den Reichstag aufzulösen und die Führung der Regierungspolitik Hitler zu übertragen. Dies geschah mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Das deutsche Großkapital konnte sich auf den nächsten Völkermord großen Stils vorbereiten und begann mit der Produktion von Kriegsgütern. Auch im sog. zivilen Bereich wurden die Produktionskapazitäten in steigendem Maße vergrößert, zahlreiche neue Fabriken entstanden. 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, konnten die Siemens-Schuckert-Werke ihr Kapital auf 240 Mill. Reichsmark verdoppeln und die Siemens-Halske-Werke auf das Dreifache auf 400 Mill. Reichsmark erhöhen. Von 1941 an führte Hermann von Siemens die Unternehmen nach dem Tod von Carl Friedrich von Siemens weiter. Hermann von Siemens hatte enge Kontakte zu führenden Nazi-Größen; regelmäßige Spenden von Siemens gingen an den "Freundeskreis des Reichsführers SS" um Heinrich Himmler. 1942 entwickelte der Siemenssche "Wehrwirtschaftsführer" Gustav Leifer eine neue Lohneinteilung, die im gesamten Reichsgebiet Anwendung fand. Für die Arbeiterschaft verschlechterte sich die finanzielle Lage ständig: die Löhne waren 1934 leicht gestiegen und bis 1937 konstant geblieben, in den folgenden Jahren erhöhten sie sich nur leicht, während die Produktivität ständig stieg. Diese Entwicklung wurde auch durch die während des Krieges steigende Zahl von Zwangsarbeitern, die den deutschen Konzernen als Sklaven dienten, gefördert. Diese Häftlinge, darunter auch Kinder im Alter von 10-14 Jahren, waren in werkseigenen Konzentrationslagern untergebracht. Bis Anfang 1943 bestanden bei Siemens gesonderte Abteilungen für jüdische Zwangsarbeiter, die danach der "Endlösung der Judenfrage" durch rationell geplante und technologisch ausgefeilte Massenvernichtung zum Opfer fielen. Siemens war auch technischer Ausrüster für die Vernichtungslager wie Auschwitz, denen Absaugungsanlagen für Gaskammern, elektrische Anlagen etc. ebenso geliefert wurden wie elektrische Öfen zur Verarbeitung von Menscheneffekt. So konnte die Siemens AG wie auch andere Großkonzerne des Deutschen Reiches von sämtlichen Varianten des Völkermordes profitieren: als Produzent von Massenvernichtungswaffen für die Front und als Hersteller für Technologien zur Ausrottung "unwerten Lebens", das dem "arischen" Menschentyp widersprach. Nach der Konferenz von Teheran Ende 1943, auf der die Regierungschefs Churchill, Roosevelt und Stalin die Teilung des später besiegten Deutschland beschlossen, traf die Siemens AG Vorbereitungen zur Auslagerung wichtiger Produktionsanlagen in den Westteil des Landes. Der Hauptsitz wurde von Berlin nach München verlegt. Durch seine führende Posi-

tion und über Kontakte ins Ausland war Siemens rechtzeitig über die Pläne der Alliierten informiert.

Noch kurz vor Kriegsende war Siemens mit der Entwicklung von Raketengeschossen beschäftigt. Die als "Wunderwaffen" hochgelobten Raketen kamen jedoch nicht mehr in großem Maße in Einsatz. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges restrukturierte sich der verbleibende Teil des Siemens-Konzerns im Westen Deutschlands unter der Führung von Ernst von Siemens. Der von den Amerikanern auf die Kriegsverbrecherliste gesetzte Hermann von Siemens konnte bald mit reiner Weste aus der Internierung zurückkehren. Dies entsprach dem allgemeinen Kurs, den die Alliierten nach einer kurzen "Entnazifizierungs"-Phase in West-Deutschland und Westberlin führten: Um den westlichen Teil Deutschlands so schnell wie möglich wiederaufzubauen und in den antikommunistischen Block der späteren NATO-Länder einzureihen, wurden ganz gezielt "erfahrene" Funktionäre des Faschismus wieder in Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Justiz, Polizei, Verwaltung etc. integriert. Auch der Großteil des Kleinbürgertums brauchte seine antikommunistische Grundeinstellung nicht umzustellen, um in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft bestehen zu können.

Die Berliner Siemens-Führungskräfte von Witzleben, Personalchef und Chef der politischen Abwehr im Hause Siemens, und Benkert, Verbindungsmann zur SS, wurden ebenfalls wieder in ihre Positionen gesetzt. Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank bekam von Siemens einen Platz im Aufsichtsrat angeboten.

Die wichtigsten Siemens-Betriebe wurden aus Berlin nach Westdeutschland verlagert. 1950/51 konnte Siemens höhere Umsätze verbuchen als 1937/38, dem Jahr der Rüstungshochkonjunktur. Während des Jahres 1951/52 stieg die Beteiligung von Siemens am westdeutschen Gesamtumsatz der Industrie auf 25 %. 1952 hoben die Alliierten das Verbot von Produktion im Ausland auf, mit dem deutsche Unternehmen bis dahin auf den Binnenmarkt beschränkt blieben. Siemens errichtete im Laufe der 50er und 60er Jahre Zweigwerke in Österreich, der Schweiz, Schweden, Spanien, Italien, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Japan u.a. Neue Technologien in verschiedenen Bereichen wurden entwickelt, z.B. die Atomtechnologie, deren Entwicklung die Siemens AG in führender Stellung vorantrieb. Aber dazu später noch mehr.

Die Umstrukturierung der kapitalistischen Produktionsbedingungen weltweit ist zum einen die Antwort des Kapitals auf die Begrenztheit natürlicher Rohstoffe und das Bestreben, neue Märkte zu schaffen, zum anderen der Versuch, die Arbeiterschaft in den Metropolen als potentielle "Saboteure der Produktion" in immer größeren Teilen aus dem Produktionsprozeß auszuschließen. Die proletarischen Massenkämpfe Ende der 60er Jahre auch in der BRD ("Heißer Herbst"), die sich in den 70er Jahren fortsetzten (Streiks bei Opel/Rüsselsheim) zeigen, daß sich trotz jahrzehntelanger Befriedungspolitik der Gewerkschaften des DGB immer größere Teile der Arbeiterklasse gegen die immer entfremdeten Arbeitsbedingungen offensiv zur Wehr setzten. Die Fabriken entwickelten sich dabei zu Schmelztiegeln kämpferische Teile des Proletariats, die den Hauptteil ihrer Kraft aus ihrer Geschlossenheit als Gruppen erzielten. Um diese Entwicklung entgegenzusteuern, wurde die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Produktionsautomatisierung zügig vorangetrieben. Die Einführung dieser Technologien in die Produktion verzögerte sich jedoch, weil die damals die Regierung stellende sozialliberale Koalition durch ihre gesteigerten Sozialausgaben den Investitionsdrang weiter Bereiche des Kapitals hemmte. Der verstärkte Ausbau des sozialen Netzes, einer der wichtigsten Bestandteile sozialliberaler Aufstandsbekämpfung verschlang Steuergelder in wachsendem Maße; durch zunehmende Firmenpleiten wuchs die Zahl der Arbeitslosen. Als planstaatliches Mittel zur Bekämpfung der Krise betrieb die Bundesbank Hochzinspolitik, dadurch nahm das Wirtschaftswachstum nur mäßig zu. Von dieser Krisenentwicklung profitierten die Großkonzerne, die mit Hilfe steuerfreier Rückstellungen riesige Geldmengen anhäufen konnten. So stiegen bei Siemens die Rückstellungen von 3,6 Mrd. DM (1972) auf 12,1 Mrd. DM (1980). Diese immensen Geldmengen wurden zur Abkopplung vom internationalen Kreditmarkt, von staatlicher Konjunkturpolitik und zu Kapitalanlagen im Ausland verwendet. Der Anteil an Fremdkapital an deutschen Unternehmen wurde durch Rückzahlung von Krediten zurückgeschraubt. So ging bei der Siemens AG das Fremdkapital von 18,4 % (1970) auf 3,6 % (1980) zurück. Die Profite aus krisengefährdeten Industriebranchen wie z.B. der Stahlindustrie wurden unverteilt; sie dienten zum Teil der Investition in neue Unternehmenszweige wie elektronische Technologien und dem Bau von AKW-Teilen. Außerdem begannen die Großkonzerne, in führender Position auch Siemens, verstärkt Zweigwerke in den Ländern der "Dritten Welt" zu errichten sowie sonstige Kapitalinvestitionen zu tätigen. Die Kapitalanlagen von Siemens betrugen 1974 1 Mrd. DM, zehn Jahre später waren sie auf 2,4 Mrd. DM gestiegen. Seit der Bonner "Wende" 1982 werden die sozialstaatlichen Leistungen zugunsten einer gesteigerten Subventionspolitik für sämtliche Bereiche des Kapitals immer weiter eingeschränkt, die staatliche Überwachungs- und Repressionsmaschinerie wird weiter perfektioniert, um dem Kapital bei der Umgestaltung der Produktion Rückendeckung zu geben. Der wissenschaftliche Forschungsbetrieb, soweit noch relativ eigenständig, wird immer stärker direkten Verwertungsinteressen von Großunternehmen untergeordnet, dafür finanziell stärker von diesen Unternehmen unterstützt. Außerdem werden die firmeneigenen Forschungszentren zu immer größerer Leistungsfähigkeit ausgebaut. Seit Anfang der 80er Jahre hat Siemens seine Mittel für Forschung und Entwicklung mehr als verdoppelt. Im Geschäftsjahr 1986/87 fand ein Zuwachs der Forschungsausgaben um 13 % auf 6,1 Mrd. DM statt. Dies ist bei weitem die größte Summe, die ein europäisches Unternehmen für Forschungszwecke ausgibt, wie z.B. für die Entwicklung von Mikroelektronik für die zivile und militärische Luftfahrt und das Raumfahrtprogramm "Ariane". Im Bereich der Rüstungsproduktion ist die Siemens AG

seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch, sich immer weitere Bereiche in Schlüsselpositionen zu erarbeiten. Hinter Daimler-Benz, der als Spitzenkonzern der BRD mit AEG, MTU und Dornier fusioniert hat, folgen Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) mit Krauss-Maffel und an dritter Stelle Siemens. Der Anteil der Rüstungsproduktion im Gesamtumsatz macht bei Siemens offiziell 4,2 % aus, das entspricht 1.203.000.000 DM. Die geschätzten Prozentzahlen schwanken zwischen 8 und 12 %. Neben elektronischer Ausrüstung für Waffensysteme aller Art produziert und entwickelt Siemens auch Sicherungsanlagen für militärische Nutzungsbereiche.

SIEMENS UND DAS AUSLANDSGESCHÄFT

Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts, als die ersten großen Konzerne entstehen, ist ihr Hauptauslandsanliegen das Beschaffen von Rohstoffen im Ausland und die Ausbeutung kolonialer Ressourcen. In den fünfziger und sechziger Jahren dieses Jahrhunderts kommen dann verstärkte sogenannte "absatzorientierte Investitionen" hinzu, die vor allem neue Absatzmärkte schaffen sollen. In dieser Periode entstehen viele Tochterunternehmen deutscher Konzerne im Ausland.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre werden dann die sogenannten "kostenorientierten Investitionen" - d.h. vor allem die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsbereiche in sogenannte Billiglohnländer immer massiver. Diese drei Faktoren, die Beschaffung, die Absatzorientierung und die Kostenminimierung sind dabei natürlich untereinander verknüpft. Wenn ein Unternehmen bspw. in der Nähe eines ausländischen Absatzmarktes billig produzieren kann, spart es Transportkosten etc.

Im Rahmen von "Nationalisierungen" und dem Verbot von Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Unternehmen Mitte bis Ende der 70er Jahre gelang es vielen Staaten der "Dritten Welt" trotzdem nicht, den Einfluß und die Abhängigkeit von multinationalen Konzernen zurückzudrängen. Als Reaktion auf diese Maßnahmen werden von den Multis häufig Verträge abgeschlossen - im Rohstoffsektor z.B. sogenannte "service-contracts" -, die es den Metropolenkonzernen weiterhin erlauben, die Ausrichtung der Produktion zu bestimmen. Das sieht am Beispiel Siemens so aus: In Brasilien und Mexiko mußte Siemens einer Minderheitsbeteiligung und der Vergabe von Nachbaurechten an einheimische Betriebe zustimmen. Jetzt könnte man annehmen, daß die Siemens-Manager darüber schwer betrübt waren. Doch weit gefehlt. Denn "langfristig wird sich die Stärkung der nationalen Präsenz auch geschäftlich vorteilhaft auswirken" (Geschäftsbericht Siemens - Beteiligungsgesellschaft AG, Zürich 84/85). Einerseits bekommt die Siemens AG nämlich so Zugang zu nicht unerheblichen, rein national vergebenen Aufträgen, andererseits kontrolliert sie weiterhin die Geschäftstätigkeit, weil die nationalen Partnerunternehmen nichts vom Geschäft und seinen Märkten verstehen. Beispiel Brasilien: In der Nachrichtentechnik hat Siemens hier das Textilunternehmen Hering als "Juniorpartner".

Und selbst ohne formelle Beteiligung ausländischer Unternehmen wird oft über ein sogenanntes "International subcontracting" - System von den Multis bestimmt, was und wieviel wo produziert wird. Das hängt damit zusammen, das z.B. in so spezialisierten Bereichen wie der Elektronik (Siemens-Schwerpunkt) der Weltmarkt vom sogenannten "Elektrokartell" kontrolliert wird. In diesem Elektrokartell sind die größten Konzerne dieser Branche - auch Siemens-organisiert.

Diese sogenannten "new forms of investment" lassen Produktion und Rohstoffabbau wie nationale Errungenschaften von "Entwicklungs-" und "Schwellenländern" erscheinen. Hinter dieser Fassade stehen die Multis und kontrollieren. Die fortschreitende Entwicklung der Mikroelektronik und Automatisierung ermöglicht es tendenziell immer mehr Konzernen, bestimmte Produktionsbereiche in die "Mutterländer" zurück zu verlegen, da Maschinen billiger und streikfreier arbeiten. Dadurch wird der Hauptanteil an den Produktionskosten, den Lohn-, Sozial- und Verwaltungskosten in erheblichem Umfang eingespart. Diese sogenannten "Billig-Kosen-Systeme" in Kombination mit wenigen, hochqualifizierten Fachkräften sind die Folge in den Industrieländern. Auf diese Weise bleibt die "Hochtechnologie" und das Produktions-know how in den Industrieländern. Gleichzeitig werden die Auslandsstandorte mit (noch) besseren Produktionsbedingungen parallel dazu von den Multis genutzt.

Als Tendenz besteht diese Entwicklung Ende der achtziger Jahre, wobei gleichzeitig das Exportgeschäft in die Entwicklungsländer weitergeht (Siemens AG lieferte bspw. Chile eine vollständige Kupfermühle, in Pakistan stellte sie das Telefonnetz auf digitale Vermittlung um etc.).

Sowohl die national-staatlichen (Bundesmin. für wirtschaftl. Zusammenarbeit, Bundeswirtschaftsmin., Außenmin., Deutsche Entwicklungsgesellschaft, Kreditanstalt für Wiederaufbau etc.) als auch die internationalen Organisationen (IWF, WB, ICSID, OECD, IFC, CTC - alles UN-Organisationen) dienen dem Zweck, ausländischen Kapitalanlegern günstige Bedingungen in den Entwicklungsländern für ihre Ausbeutung zu schaffen und/oder zu garantieren. Dabei ist zu unterscheiden: Während die internationalen Organisationen ihr Hauptanliegen darauf konzentrieren, die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Metropolenkonzerne v.a. in den Entwicklungsländern attraktiv und sicher zu gestalten (Diktate, Restriktionen zur "Stabilisierung" der Wirtschaften von "Dritte-Welt" Ländern, sprich Sicherheit und Zahlungsfähigkeit gegenüber Industriekonzerne und Banken), sind die bundesdeutschen Institutionen vor allem für die Anbahnung und Beratung bei Auslandsgeschäften, Darlehns- und "Förderungsgewährung", sowie Garantieübernahme und Risikoabsicherung von Kapital- und Besitzanlagen nationaler Unternehmen zuständig. Genannt wird das Ganze dann Entwicklungshilfe. Siemens ist der bundesdeutsche Hauptprofiteur dieser "Entwicklungshilfe".

Die Kosten und Risiken von Auslandsinvestitionen der Ausbeuter trägt dabei zu einem großen Teil der kleine

Steuerzahler. Die "Fördermaßnahmen" (Zuschüsse, Darlehen, Beratung, steuerliche Erleichterungen) für Kapitalanleger im Ausland (v.a. in den "Entwicklungsländern") werden nämlich vom Bund gezahlt.

Geht bei Siemens also ein Auslandsgeschäft mal in die Hose, gibt es immer noch die vom Bund beauftragte Hermes Kreditsversicherungs Aktiengesellschaft, die den Konzernen den Verlust über Steuergelder ausgleichen. Wie gut diese jahrelange Zusammenarbeit - offiziell wie gesagt "Entwicklungshilfe" genannt - für die Multis klappt, zeigt die Tatsache, daß die von der UNO als unterentwickelt eingestuften Länder sich von 25 (1971) auf heute 39 erhöht haben. Imperialismus in der Maske der "Entwicklungshilfe". Nicht unerheblich ist bei all dem, daß sich durch die Vergabe von Großaufträgen - die für die Wirtschaft der "Entwicklungsländer" völlig sinnlos sind - an ausländische Konzerne (Siemens: AKW-Geschäfte in Brasilien, Argentinien, Militärgeschäfte mit Indien, Telekommunikationsgeschäfte mit Pakistan...) sowie die Kreditaufnahme bei ausländischen Banken der Anteil der Auslandsschulden dieser Länder ständig erhöht.

Einerseits der Ausverkauf der nationalen Wirtschaft an die Multis, andererseits Schuldenaufnahme bei deren Banken, um das bezahlen zu können. Gibt es Schwierigkeiten für die Multis in "Entwicklungsländern", ist das Weltbank-Schiedsgericht zur Stelle, können die so ausgebluteten Länder ihre Schulden nicht bezahlen, greift der IWF und die Weltbank ein.

Siemens macht die Hälfte seines Umsatzes im Ausland, davon bis vor wenigen Jahren noch 2/3 in außereuropäischen Ländern. Siemens ist in 128 Ländern vertreten und hat ein weitgestreutes Produktions- und Verkaufsnetz. Der Konzern tätigte vor allem in den siebziger Jahren große Investitionen im Ausland, um eine Verlagerung (sprich Verbilligung) der Produktion zu erreichen. Dabei investierte Siemens bevorzugt in Ländern mit schwachen oder unterdrückten Gewerkschaften. In Lateinamerika wo Verbindungen zwischen dem Elektrokartell und Todesschwadronen öffentlich wurden, entledigte man sich unangenehmer "Störer" schon mal nach imperialistischem Muster. Als Tendenz Ende der 80er Jahre ist eine Abkehr der Investitionstätigkeit von den "Entwicklungsländern", hin zur Verstärkung der Investitionen in Monopolbereichen der Industrieländer (Automatisierung, Bauelemente, Telekommunikation...) bei Siemens zu erkennen. So gingen die Investitionen von Siemens in den "Entwicklungsländern" auf lediglich 10 % (davon 2/3 nach Brasilien) zurück, während die Investitionen in den USA bspw. 1980 10 %, 1981 17 % und 1985 bereits 50 % der Auslandsinvestitionen betrugen. Die verstärkten Firmeninvestitionen in Nordamerika und Japan deuten daraufhin, daß die Siemens AG die bisher verschlafene Entwicklung im high-tech-Bereich nun anfängt aufzuholen. Die 64-Megabit-Chip-Forschung in Kooperation mit Philips ist ein weiteres Indiz dieser Entwicklung.

DER ATOMMULTI SIEMENS - DIE WAA WACKERSDORF UND DIE DEUTSCHE ATOMBOMBE

Die Siemens AG, mit der Deutschen Bank im Rücken, gehört zu den Hauptprofiteuren des deutschen Atomprogrammes. Siemens tätigt seine Atomgeschäfte über folgende Unternehmensbereiche, Tochterunternehmen und Firmenbeteiligungen:

- Unternehmensbereiche KWU und Interatom
- Nuklear-Rohr-GmbH (50%)
- Alkem GmbH (noch 60 %, dazu später im Text)
- Reaktor-Brennelemente Union GmbH/RBU (60%)
- Gesellschaft für Hochtemperatur-technik/GHT (100%)
- RBU-Lagergesellschaft mBH (60%)
- Kenntnisverwertungsgesellschaft Schnelle Brutreaktoren mBH/KVG (51%)
- Sigri GmbH (33%)
- und...und...(obige Aufzählung ist längst nicht vollständig!)
- Wichtig noch - über eine 9 % Beteiligung an der Metallgesellschaft ist Siemens auch bei der Uranförderung dabei.

Nach dem sogenannten "Töpfer-Plan" sollen im Bereich Brennelemente-Herstellung künftig nur noch zwei Unternehmen tätig sein - Nukem und HOBEG zusammengefaßt unter der Führung der Asea Brown Boveri (ABB)/Babcock wird als Brennelementeproduzent für die HTR-Linie fungieren. Unter Führung der Siemens AG wird die zweite Gruppe, bestehend aus ALKEM, RBU, Advanced Fuels (ANF) und URANIT, für die Brennelemente-Produktion für Siedewasser- und Druckwasserreaktoren und die Plutoniumwirtschaft einschließlich des Schnellen Brüters zuständig sein. Für den großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft wird damit das Flaggschiff der BRD-Atomindustrie, die Siemens AG, an die Front geschickt. Bei dem "Töpfer-Plan" zur Neuordnung der Atomwirtschaft - der Zentralisierung in den Bereichen Entsorgung, Atomtransporte und Brennelementeherstellung sowie die Schaffung eines "Bundesamtes für Strahlenschutz" - geht es in erster Linie um eine Rationalisierung im Sinne eines reibungslosen Funktionierens der Atomwirtschaft, einer Zentralisierung von "Spiegel" ("Töpfer-Totengräber der deutschen Kernenergie", "Kleine Revolution") bis TAZ ("JUZO Töpfer") als Töpfers Konzept der Neuordnung gefeiert wurde, ist von der Atomindustrie selber abgesteckt worden. Es kursierte schon vor Aufdeckung des Transnuklear-Skandals in der Atomwirtschaft, allerdings als "Herrenhausen-Papier". Herrenhausen ist Vorstandssprecher der Deutschen Bank und persönlicher Berater des Bundeskanzlers sowie Mitglied im Deutschen Atomforum. Auf Grund der engen Beziehungen der Deutschen Bank zur Siemens AG (der Konzern gehört zur Finanzgruppe der Deutschen Bank) liegt es auf der Hand, daß die strategische Neuordnung der Atomindustrie die ja eine Beschleunigung des Atomprogrammes einschließlich Schneller Brüter, WAA und Endlager bedeutet, besonders auch die Interessen der Siemens AG berücksichtigt.

Die Siemens AG war über ihre Tochter, jetzt Unternehmensbereich, KWU am Bau von 25 der 29 Reaktorblöcke in der BRD beteiligt. Mit Interatom erstellte sie den noch nicht in Betrieb genommenen Schnellen Brüter in Kalkar. - Schrieb schon am 20.9.85 das damalige Siemens-Vorstandsmitglied und Chef des Zentralbereichs Forschung und Technik Beckurts in einem Brief an NRW-Ministerpräsident Rau, daß bei einer politischen Ablehnung des Brüters "das internationale Ansehen der exportorientierten deutschen Wirtschaft" leiden würde und wirtschaftlicher Schaden entstünde, so ist Ähnliches in jüngster Zeit von Beckurts Nachfolger Kaske zu vernehmen. Kaske sprach sich am 8.5.88 in einer Rede vor der Düsseldorfer Wirtschaftspublizistischen Vereinigung für Inbetriebnahme des Schnellen Brüters aus, u.a. weil "eine führende Wirtschaft wie die deutsche es sich nicht leisten kann, auf eigenen Erfahrungen mit einer solchen Technologie zu verzichten". Aktuell wird damit nochmals sehr klar, was die Siemens AG von einem atomaren Ausstieg der BRD hält.

Das größte Projekt im Nuklearbereich, das Siemens zur Zeit baut, ist die WAA im bayrischen Wackersdorf. Ebenfalls in Bayern, in Karlstein, arbeitet Siemens an einer Zentralen Verbrennungsanlage für brennbaren Atom Müll. Der Inlands- wie Auslandsmarkt für Atomanlagen ist stagnierend. So engagiert sich Siemens verstärkt in dem Bereich Reparatur und Wartung.

Neue Hoffnung legt Siemens in der geplanten Produktion von kleinen Hochtemperaturreaktoren (mit einer Leistung von 100 Megawatt). Siemens Interatom hat in Niedersachsen die Genehmigung für den Bau eines HTR gestellt. Standortunabhängig soll die gesamte HTR-Linie geprüft werden. Wolfgang Steinwarz (Interatom/Siemens) "wenn wir die von uns angestrebte standortunabhängige Konzeptgenehmigung erhalten, dann können wir sicher sein, daß auch internationale Genehmigungsanforderungen abgedeckt sind". Der Mini-Reaktor, in Serie beim Hersteller vorgefertigt, soll erst 6 Monate vor Inbetriebnahme vor Ort montiert werden, soll später nicht nur Strom liefern sondern auch zur "universellen Wärmezeugungseinheit" (als Industriekraftwerk für d. Chem. Ind. zur Fernwärmeerzeugung, Kohleveredlung, Wasserspaltung, etc.) dienen. Siemens steht in Verhandlungen zwecks Zusammenarbeit mit der ABB, dem zweiten HTR-Bauer (Hamm-Dentrop). Das bayrische Energieunternehmen Isar-Amperwerke erteilte im Mai 88 der ABB den Auftrag für einen Sicherheitsbericht über den HTR 100. Mit dem HTR-Bau soll der AKW-Bau in der BRD, insbesondere der Export wieder in Schwung kommen. Siemens erhofft sich mit dem HTR einen neuen Exportschlager in der "3. Welt". Die Weltbank hat erkennen lassen, das sie in den nächsten Jahren verstärkt Nuklearenergie fördern werde, besonders kleine, auf die Bedingungen in den meisten "3. Welt" Ländern abgestimmte Reaktoren. Wie eben die neuen HTR 100 von Siemens.

Bislang hat Siemens in den militärisch relevanten Bereichen des Atomgeschäfts die besseren Chancen gegenüber anderen ausländischen Firmen. Denn, der zeitliche und technische Rückstand der deutschen Atomwirtschaft gegenüber den USA, Frankreich, Großbritannien wurde später durch eine besonders aggressive Exportpolitik wettgemacht. In der BRD gab bzw. gibt es trotz Atomwaffensperrevertrag alles, was seitens der anderen Atomkräfte mit Kontrollen verbunden wäre - wie z.B. Wiederaufbereitung und Urananreicherung - auch ohne Auflagen. Dazu 1978 SPD-Kanzler Schmidt: "Das Risiko der Weiterverarbeitung von Kernwaffen wird nicht dadurch geringer, daß die Bundesrepublik mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet und auf den Export erstklassiger Technologien verzichtet". Bei KWU/Siemens-Kunden in der "3. Welt" handelt es sich durchweg um Länder in Krisengebieten, oft mit latentem Kriegszustand gegen die eigene Bevölkerung oder gegen Nachbarländer, mit denen sie sich in einem Rüstungswettlauf befinden. Doch der zur Zeit stagnierende Weltmarkt für schlüsselfertige AKW's, hat dazu geführt, daß Siemens seit 5 Jahren keinen Neuauftrag mehr für den kompletten Bau eines AKW's, insbesondere in der "3. Welt" bekommen hat. Dies liegt vor allem an der inzwischen rapiden Zunahme der Verschuldung der dortigen atomaren Schwellenländer. Deren Ursprünge (zu einem erheblichen Teil) in den großwahnsinnigen Atomplänen, den Importen von Atomanlagen selbiger Staaten in der Vergangenheit zu finden sind.

So umfaßt das Siemens-Atomgeschäft mit Brasilien eine Finanzsumme von:

- 12 Mrd. DM laut Vertrag von 1975
- 60 Mrd. DM tatsächliche Kosten heute, trotz eines mittlerweile stark reduzierten Programmes.
- dagegen stehen 120 Mrd. US Dollar Auslandsschulden Brasiliens

Das 1975 zwischen der bundesdeutschen Reaktorindustrie, der Bundesregierung und der brasilianischen Militärdiktatur abgeschlossene Atomabkommen umfaßte acht AKW's vom Typ Biblis mit je 1000 Megawatt, eine Reaktor- und eine Brennstäbenfabrik, eine Fabrik zur Erzaufbereitung, einer Urananreicherungsanlage und eine WAA. Nicht daß deutsche Nukleartechnik besser oder billiger wäre als die der Konkurrenten Westinghouse oder General Electric. Das Firmenkonsortium unter Leitung von Siemens setzte sich allein deswegen durch, weil es bewußt auch Lieferungen anbot, die ausdrücklich durch den Atomwaffensperrevertrag untersagt sind: WAA und Urananreicherungsanlage. Für Diktator Ernesto Geisel war dieser Teil des Vertrages die Hauptsache. Zum Zweck des eigenen Machterhalts, angetrieben durch die Aussicht auf eigene Atomwaffen, war die brasilianische Diktatur bereit, dieses volkswirtschaftliche Hara-Kiri zu unterschreiben. Mehr als 12 % des Schuldenbergs Brasiliens sind auf dieses Abkommen zurückzuführen. Auf Grund massiver US-amerikanischer Kritik und Drucks (Uranboykott gegen die BRD und Sperrung von Technologie für Wiederaufbereitung und Anreicherung) kam der Deal zum platzen. WAA und Anreicherungsanlage sowie zwei Reaktoren wurden aus dem Vertrag mit Brasilien gestrichen. Allein die Arbeit an zwei im Bau befindlichen KWU-Reaktoren in Angra gehen seither nur noch im Schnecken tempo voran. Stattdessen beeilte man sich mit Siemenshilfe (KWU-Interatom) den Brennstoffkreislauf im Forschungsmaßstab

zu realisieren. Dies senkt die Kosten und führte schneller zum Ziel. Die Siemens-Tochter RBU liefert Brennelemente und angereichertes Uran. So konnten Ende 1987 die brasilianischen Generäle stolz verkünden, daß die Armee von nun an in der Lage sei, einen eigenen Atomsprenkopf zu zünden.

Der nukleare Amoklauf Argentiniens begann 1968 mit dem Bau eines Schwerwasserreaktors durch Siemens. Für die Stromerzeugung unrentabel, dient er der Brennstoffentnahme bei laufendem Betrieb für militärische Zwecke. 1979 begann Siemens/KWU mit dem Bau eines weiteren Natururanreaktors in Atucha.

Die Bundesregierung schloß mit Argentinien ein Atomabkommen über Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, Uranabbau, Brennelementherstellung und Personalaus- bildung. Die 2,6 Mrd DM dafür werden zu einem Drittel von Argentinien und je einem Drittel von privaten Banken und der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert. Die Kreditanstalt ist nach seiner eigentlichen Aufgabenbestimmung ein staatlich gefördertes Instrument der "Entwicklungshilfe". Tatsache ist aber, daß durch die Atomtechnik die Volkswirtschaft Argentiniens zurückgeworfen, nicht "entwickelt" wird. Entwickelt wird allein die Atomwirtschaft, mit Siemens an der Spitze. Argentinien verfügt durch die Hilfe der BRD über den gesamten Brennstoffkreislauf und alle Schlüsseltechnologien zum vollkommen eigenständigen Bau von Atomwaffen.

Seit der Lieferung von zwei Forschungsreaktoren an Peru, ist Argentinien intensiv bemüht, als Atom-Exporteur "3. Welt"-Länder mit vereinfachten Reaktoren zu versorgen. Sie stellen auf Grund ihrer reduzierten Sicherheitseinrichtungen ein erhöhtes Risiko dar. Argentinien arbeitet bereits mit Algerien, Libyen, Bolivien, Chile, Ecuador, Guatemala, Venezuela, Uruguay, Paraguay und Indien zusammen. Die skrupellosen Exportgeschäfte der Siemens AG sind im Begriff, in nahezu allen Spannungszonen der Welt, eine Kettenreaktion in der Verfügung über Atomwaffen auszulösen.

1976 schloß Siemens/KWU mit Irans Diktator Schah Reza Pahlawi einen 10 Mrd. DM Vertrag über den Bau von zwei AKW's der Biblis-Klasse. Vier weitere sollten zu späteren Zeitpunkt nach Absicht des Schahs folgen. Nach seinem Sturz forderte der Iran erfolglos über 1,5 Mrd. DM für nicht gelieferte Teile von der KWU zurück. Statt dessen erhielt die KWU 85 Mill. DM von deutschen Steuerzahler über die "Hermes Ausfuhrbürgschaft". Doch 1982 kam die KWU auch mit dem Khomeini-Regime ins Geschäft, der alte Streit wurde beigelegt und die KWU verpflichtete sich, die bis zu zwei Drittel fertiggestellten Reaktoren in noch vierjähriger Bauzeit zu vollenden. Durch irakische Luftangriffe kam das Geschäft zum Erliegen.

Zentrale Voraussetzung für Südafrikas Atombombe war eine Erfindung des Atomforschungszentrums Karlsruhe, das Trenndüsenverfahren zur Anreicherung. Der staatseigene STEAG-Konzern verhödete an die RSA die Lizenz dafür, MBB und Siemens lieferten die Teile. 1977 produzierte die Pilotanlage 55 kg hochangereichertes, waffenfähiges Uran. Seit 1978 baut Siemens/KWU eine noch größere Urananreicherungsanlage mit 50 Tonnen Jahresleistung. Im September 1979 zündete die RSA im Indischen Ozean ihre erste Atombombe. Nahezu die gesamte Infrastruktur für seine Atombombenfabriken bekam Südafrika aus der BRD. Die bundesdeutsche Atomwirtschaft führt im Gegenzug unter Verstoß gegen das Völkerrecht Uranerz aus dem von Südafrika besetzten Namibia ein. Obwohl die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO wiederholt der Öffentlichkeit Beweise für die Waffenlieferungen und atomare Entwicklungshilfe der BRD an Südafrika vorlegten, wurde dies bisher von allen Bundesregierungen geleugnet. Ohne Eindruck blieben auch mehrere Verurteilungen durch die OAU, die Bewegung der Blockfreien und der UNO. Wen wundert, wenn Unternehmen wie Siemens, durch regierungssamtliche Bonner Lügen gedeckt, sich ermuntert sehen, sich an überhaupt nichts mehr zu halten.

Als sich die USA mit Indien nach dem Zünden einer indischen Atombombe überwarf (der damalige US-amerikanische Partner General Electric ein Exportverbot für Indien erhielt), sprang Siemens/KWU beim Bau des AKW's Tarapur ein. Hierfür verschachtelte die KWU gewinnbringend Schrottersatzteile aus ihrem wegen zahlloser Unfälle stillgelegten Reaktor in Grundremmungen. Weiterhin liefert Siemens Ingenieursleistungen bei Reparatur, Umrüstung und Dekontamination an Indien.

Die Lieferung von zwei AKW's an China, für 4 Mrd. DM durch Siemens ist wegen Devisenmangel Chinas zunächst verschoben worden. Das konnte sich jedoch bald ändern, wenn Pläne der Bundesregierung und der Atomindustrie voranschreiten, Atom Müll einfach in Chinas Wüstenregionen zu vergraben. Das starke Interesse Chinas an einem Atomgeschäft mit Siemens findet besonderen Ausdruck in der Ernennung von Hans-Heinrich Freuer zum Atomberater des chinesischen Ministeriums für Nuklearindustrie in Peking. Freuer war Vorstandsmitglied der KWU und ist heute noch Berater des Siemens-Vorstandes.

Wie vorher schon erwähnt, ist das größte atomare Projekt, an dem die Siemens AG zur Zeit arbeitet, die WAA im bayrischen Wackersdorf. Die Baukosten werden auf mindestens 10 Mrd. DM geschätzt. Saftige Profite für die Atomindustrie, verbunden mit verbesserten Chancen im internationalen Nukleargeschäft. Siemens/KWU ist federführend im WAA-Baukonsortium, an dem außerdem beteiligt sind:

Kraftanlagen AG
Nukem GmbH
Uhde GmbH
Lurgi GmbH (Siemensbeteiligung über Metallgesellschaft ca. 9 %)
Hochtief AG
Heitkamp GmbH
Dyckerhoff + Widmann AG (Siemensbeteiligung 13 %)
Betreiber ist die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH). Die WAA soll dazu dienen, Plutonium oder Uran abzutrennen, um beiden wiederverwenden zu können.
Von vielen Fachleuten belegt (selbst aus den Reihen der

Atomindustrie) geht es beim WAA-Bau nicht darum, wie die Bundesregierung behauptet, zukünftig Strom billiger zu machen, die Umwelt zu schonen, den Atom Müll zu verringern oder die Stromversorgung zu sichern. Ganz im Gegenteil! Warum dann dieses Mammutprojekt? Auschnitt aus einem TAZ-Interview mit Umweltminister Töpfer vom 25.7.87: TAZ: "Sie kennen den Vorwurf, daß die WAA den technologischen Schlüssel bietet für die Herstellung von waffentauglichen Plutonium. Sollte man nicht auch wegen dieser Möglichkeit das auf das Projekt verzichten?" Töpfer: "Ich wehre mich mit größtem Nachdruck gegen die Unterstellung, daß mit der WAA die Option auf eine Waffenproduktion offengehalten wird. Wir haben in der Bundesrepublik eine funktionsfähige Demokratie, und wir haben mit dem Atomwaffensperrvertrag ein eindeutiges Wort gesprochen. Ich halte diese Unterstellung für eine Vergiftung des Klimas, die viel schlimmer ist als jede Beschäftigung mit der Kernenergie und die einen größeren Sprengstoff für die Stabilität unserer Gesellschaft beinhaltet."

Das es sich bei der Wiederaufbereitung um eine militärische Schlüsseltechnologie halte, ist weltweit bekannt. Auf dem Gorleben-Hearing 1979 erklärte z.B. der ehemalige Direktor des Stockholmer Friedenszentrums SIPRI "der Bau der WAA würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß mindestens ein Zweck der Anlage der sei, der BRD die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein."

Über drei Wege läßt sich mit Hilfe der WAA hochwertiges Waffenplutonium gewinnen:

- indem normale AKW's nach kurzfristigem Betrieb abgestellt und das waffenreine Plutonium aus denen kurzfristig bestrahlten Brennelementen in der WAA abgetrennt wird
- indem mit Hilfe von Laserstrahlen das Plutoniumisotop 239 angereichert wird. Die Entwicklung der Laser-Isotopentrennung wird seit 1971 durch das Bundesforschungsministerium gefördert und soll zum voraussichtlichen Zeitpunkt der WAA-Inbetriebnahme einsatzfähig sein.
- indem das Reaktorplutonium durch Einsatz im Schnellen Brüter Kalkar zu Waffenplutonium umgewandelt wird.

Die Indizien für die Atommacht-Ambitionen der BRD haben sich in den letzten Jahren vervielfacht:

- Aus energiewirtschaftlichen oder entsorgungspolitischen Aspekten ist der Bau z.B. der WAA nicht abzuleiten.

- Im staatlichen Plutoniumbunker in Hanau (Alkem) sind soviel potentielle Atomwaffenrohstoffe an einem Ort konzentriert wie in keinem anderen Nicht-Atomwaffenstaat der Welt.

- Der SPD-Bundestagabgeordnete Roth enthüllte 1986 Dokumente, in denen für die Zeit von 1975-1982 nachgewiesen wurde, daß im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Fraunhofer-Gesellschaft umfangreiche Studien zur Optimierung von Atomwaffendesigns anfertigte - also Atomwaffenforschung betrieb.

- Nach Plänen der Bundeswehr (1987) sollen in den nächsten 10 Jahren atomar bestückbare Raketen (LR-SOM) mit max. 600 km Reichweite hergestellt werden. Da dieser Marschflugkörper vom überschallschnellen TOR-NADO abgeschossen wird, können bei einer Addition der Tornado-Eindringtiefe zu der Raketenreichweite, Ziele innerhalb der UdSSR angegriffen werden.

- Sommer 1987, als sich ein Vertrag über die "Doppelte Nulllösung" zwischen den USA und der UdSSR abzeichnete, stellte die BRD mit ihrem Beharren auf die Pershing 1a das letzte entscheidende Abrüstungshindernis dar. Die Bonner Regierung erklärte, daß diese Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite plötzlich zu den "Drittstaatsystemen" gehörten, über die UdSSR und USA gar nicht verhandeln dürften. Diese Raketen sollten, wie die "Drittstaatsysteme" von England und Frankreich im Vertrag ausgeklammert werden. Der "Drittstaat" und Atomraketenbesitzer sollte in diesem Fall die BRD sein. Obwohl die Pershings jetzt verschrottet werden, kann man von einem diplomatischen Erfolg Bonns dahingehend sprechen, daß erstmals die "Drittstaaten"-Pose der BRD von den westlichen Verbündeten zumindest akzeptiert wurde.

Die westeuropäische Antwort auf das INF-Abkommen besteht darin, durch eine enorme Nuklearaufrüstung und eine engere westeuropäische Atomwaffenkooperation die Abhängigkeit von den USA zu mindern und den europäischen NATO-Pfeiler zu stärken. Das aber ist teuer und setzt die Einbindung der ökonomischen Potentiale der BRD voraus. Mit diesem Hintergrund ist die Bereitschaft Frankreichs und Großbritanniens, bundesdeutschen Atomwaffenambitionen entgegenzukommen in letzter Zeit enorm gestiegen. In Frankreich wird derzeit z.B. über verschiedene Modelle einer Teilhabe der BRD an der Force de Frappe diskutiert. In England fordern seit Herbst 1987 hohe Militärs die "Europäisierung der britischen und französischen Kernstreitmacht", eine diesbezügliche Zusammenfassung der westeuropäischen Ressourcen sowie die Gründung einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe. Im neuen außenpolitischen Programmentwurf der CDU vom 18.2.88 werden England und Frankreich aufgefordert, "ihr nukleares Potential in eine gemeinsame Europäische Sicherheits-Union einzubinden" und für die gemeinsame Verfügungsgewalt langfristig einen "Europäischen Verteidigungsrat" zu etablieren. Ähnliches vom SPD-"Abrüstungsexperten" Egon Bahr, der die Einrichtung einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe unter Einschuß der BRD fordert. Oder die Zustimmung der SPD zur Errichtung eines westeuropäischen Leitsatelliten für die französische Atomstreitmacht Force de Frappe.

1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Ob er verlängert wird, ist offen. Der Vertrag erlaubt unter bestimmten Bedingungen eine westeuropäische Atomstreitmacht, ebenso

die Atomwaffenforschung. Verboten ist die Produktion einer kompletten Atombombe in nationaler Regie. Im Kriegsfall tritt der Vertrag unverzüglich außer Kraft. Die bundesdeutsche Verzichtserklärung von 1954 ist noch löcheriger. Sie erlaubt den Erwerb und den Besitz von Atomwaffen sowie Eigenproduktion von Atomwaffen auf dem Gebiet eines anderen Staates. Also etwa in Südafrika oder Brasilien. Lediglich die Produktion von Atomwaffen auf BRD-Gebiet ist nach diesem "Verzicht" untersagt.

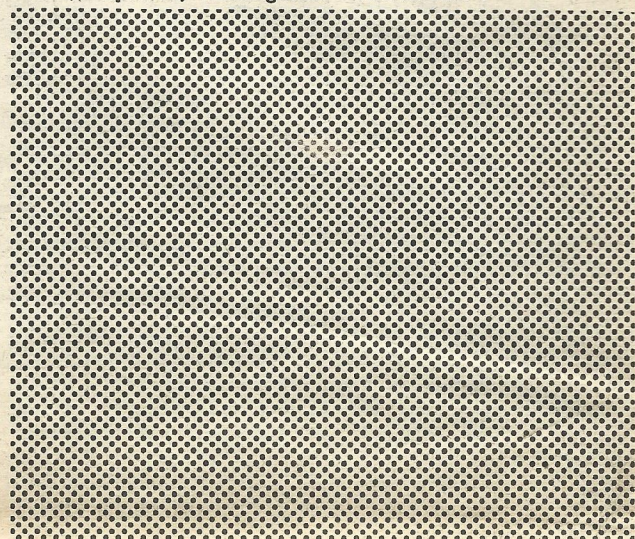
Fazit: Strategisches Ziel der BRD ist es über eine westeuropäische Atomwaffenkooperation in die Verfügungsgewalt von Atomwaffen zu gelangen. Langfristig soll die Existenz einer eigenen Atomwaffenschmiede, z.B. bei einem evt. Zerwürfnis mit den europäischen Bündnispartnern, den Zugriff zur eigenen Atombombe sichern. Nuklearmilitärische Mitverfügungsgewalt der BRD innerhalb einer europäischen Atomstreitmacht als Durchgangsschritt zur eigenen Atombombe!

Wenn also aktuell Staat und Wirtschaft ihre Anstrengungen vereinen, um das Atomprogramm mit WAA, einschließlich Schnellem Brüter beschleunigt durchzusetzen ("Töpfer-Plan"), so geht es neben Kapitalinteressen auch um militärische Optionen. Dabei ist die Siemens AG, als traditionell am "nationalen Interesse" ausgerichteter Rüstungskonzern, von zentraler Bedeutung.

Praktische Solidarität mit den Völkern der 3 Kontinente: IWF-Weltbankkongreß, Multis und Banken angreifen! Die WAA Wackersdorf, zentrales Projekt bundesdeutscher Atombewaffnung, verhindern!

Autonome Zellen

Lesen, Kopieren, Weitergeben - HANDELN !



INFORMATIONSDIENST
RHEIN/MAIN NR. 2
AUG./DOKUMENTATION

BESTELLADRESSE/REDAKTIONSANSCHRIFT: Informationsdienst Rhein-Main (ID), c/o Infoladen, Lautenschlägerstr. 24, 6100 Darmstadt. Mit dem ID soll eine Gegenöffentlichkeit mit unseren Informationen versorgt werden. **BETEILIGT EUCH!** Schickt uns Beiträge, Informationen, Kritiken und Erklärungen. Der ID will auch im Hinblick auf die anstehenden Prozesse gegen StartbahngegnerInnen Diskussionen anregen. Mit dem ID soll auch später kontinuierlich über die Prozesse berichtet werden.

ANKLAGEERHEBUNG GEGEN ANDREAS SEMISCH

Gegen Andres Semisch ist nun auch von Rebmann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgericht Frankfurt Anklage erhoben worden. Nun wird es im großen Verfahren 9 Angeklagte geben.

Andreas Semisch wird von der Bundesanwaltschaft unterstellt seit August 1986 "Mitglied der sogenannten Eichler Gruppe" gewesen zu sein. Die Unterstellung der Mitgliedschaft wird mit dem von einem BKA Mathematiker hergestellten linguistischen Gutachten begründet. Das BKA Gutachten spielt eine zentrale Rolle in der Konstruktion der sogenannten "Mitgliedschaft".

Durch das zurechtgezümmerte Gutachten wird das "Verfassen von 4 Bekennerschreiben" für militante Anti-AKW Aktionen konstruiert.

Mit der Einführung des linguistischen Gutachtens will die Bundesanwaltschaft eine eventuelle spätere Verurteilung mit dem Stempel der Wissenschaft versehen.

Außer dem linguistischen Gutachten führt die BAW auch noch den alten "Haftgrund" mit der "Hehlerei" an. Die BAW verfügt durch die Aussagen von Andreas Eichler eine "Storie" von der Beschaffung, Weitergabe, Lagerung und Verwendung der Waffe. Die von Eichler gelieferte Story ist eine wichtige Säule im Konstruktionsgebäude der Anklage.

Die Verhandlung gegen die StartbahngegnerInnen wird entweder im Spätherbst/Winter 1988 oder im Frühjahr 1989 stattfinden.

Der Staat bereitet einen spektakulären Schauprozeß gegen die StartbahngegnerInnen vor.

STELLUNGNAHME ZU MEINER VERHAFTUNG AM 6.07.1988

Ich habe mich - nach 3 Wochen erneuter U-Haft - entschlossen einige Worte zu dem Vorfall zu sagen, weil ich die Interpretation dessen nicht der Presse und anderen Medien überlassen will.

Das einzigste worauf sich ihr wieder aufgerolltes 129a-Konstrukt stützt, ist ihr von einem BKA-Mathematiker angefertigtes "Linguistisches Gutachten", welches beweisen soll, daß ich die Person wäre, die zu drei RZ-Aktionen

sowie einem Strommastanschlag Bekennerbriefe verfasst hatte. Da werden Begriffe aus der Umgangssprache als "selten" deklariert, und in völlig abstruser Art und Weise in Beziehung gesetzt, zu dem was in veröffentlichten Erklärungen diverser militanter Anti-AKW-Aktionen Inhalt war. Perfiderweise dienen meine Briefe, die ich aus dem Knast geschrieben habe zur Legitimierung dieser neuen Unterstellung.

Die Dimension ist erschreckend - konsequente Kriminalisierung und Einschüchterung politischer Identität und Inhalte der Gefangenen, mit dem vordergründlichen Kalkül uns "mundtot" zu machen, um damit die notwendige Kommunikation - die Auseinandersetzung um Kollektivität, Selbstbestimmung, Zusammenkommen der politischen Gefangenen als Ziel, zu blockieren/unmöglich zu machen. Das von ihnen angestrebte "große Schweigen" soll die Ansätze präventiv ersticken. Dieses sogenannte "Gutachten" dient als juristisches Beiwerk zur Zementierung des 129a in Prozeß, gleichzeitig soll mit der Durchsetzung dieser in dem Gutachten angewandten "neuen Methode" (Computerauswertungprogramm Textor) als "Beweismittel" ein neues Konstruktionsterrain eröffnet werden. Das hätte Konsequenzen auch für alle folgenden Prozesse, wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen sollte, dies juristisch abzusichern, als sogenannten "Präzedenzfall".

Daß sie jetzt diese neue Schiene verstärkt fahren, hat sich allerdings schon in einem Artikel des Spiegel (Nr. 21 vom 23.5) angekündigt, in welchem sie dieses neue "Programm" vorgestellt haben. Somit wird unser Prozeß nicht nur für die erweiterte Fassung des 129a, sondern auch dafür "Premiere" sein. Die Logik des Staatsschutzes beinhaltet auch - jetzt, vor dem anstehenden Prozeß, verstärkt sogenannte "Verantwortliche" aufzubauen, die dann exemplarisch unter dem Begriff der "Generalprävention" abgeurteilt werden können - eben weil es ihnen nicht gelungen ist, die Strukturen zu zerschlagen, um somit uns alle - die gesamte Widerstandsszene zu demoralisieren. Ich kann das jetzt so sagen - auch und gerade im Hinblick auf die letzten - in ihrem Inhalt grundsätzlichen - Auseinandersetzungen in Rhein-Main, auch wenn es an bestimmten Punkten auseinander ging, und sich (notwendige) Trennungen vollziehen werden. Meine Position dazu, wie auch meine Forderungen dürften bekannt sein, ich will nur noch einmal an dieser Stelle klarstellen, daß meine geäußerte Kritik zu dem Verhalten/Nichtverhalten bestimmter Leute bezüglich gemachter Aussagen, nicht von einem "Elfenbeinturm" herab formuliert worden ist. Jeder der mich kennt weiß das - (die, welche mich nicht kennen es jetzt) - das Prinzip Kritik/Selbstkritik findet auch auf meine Person seine Anwendung. Ohne Fehler gibt es keine Entwicklung - aber Fehler sind auch dazu da, um korrigiert zu werden.

Innerhalb einer "sozialen Bewegung" (so diffus dieser Begriff auch immer sein mag) gab und gibt es bezüglich Inhalt, Mittel und Ziel nie so etwas, was man unter dem Namen homogen fassen könnte. Das ist zwar eine "Binsenweisheit", aber gerade die jahrelange Unfähigkeit daraus praktische Konsequenzen zu ziehen, hat zur Situation wie sie gerade ist, geführt. Nur um den "Status quo" zu erhalten, sind bestimmte Fragen nie zur Sprache gekommen - Widersprüche unter den Teppich gekehrt worden. Genau dies macht die objektive Schwäche einer Bewegung aus - nicht nur die Vorfälle nach dem 2.11., das Nichtverhalten von vielen zu eigenen Fehlern/Schwächen ist nur Resultat davon. An dieser Stelle ist es angebracht, die Konzeption "soziale Bewegung" als ein Hebel zur sozialrevolutionären Veränderung hier in der Metropole, einmal zu hinterfragen. In der Vergangenheit ist der Versuch diesen Bewegungen die notwendige internationalistisch/antimperialistische Stoßrichtung zu geben, mehr oder weniger regelmäßig gescheitert.

Allein die Tatsache Schulter an Schulter gegen das gleiche Projekt zu kämpfen, bedeutet noch lange nicht, daß Bewußtsein sich entwickelt/radikalisiert - es gibt keine Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung und wenn, dann bleibt sie oberflächlich. Ein "neuer Antimperialismus" wird solange Fiktion bleiben, wie es nicht gelingt alte Denkschemata abzulegen - in der Konsequenz heißt dies auch Abschied zu nehmen von einem jahrelangen "Bewegungsmythos" und Kampagnenpolitik als Primat autonomer Politik. Die große Akzeptanz von militanten Anti-AKW-Aktionen - die Angriffe gegen die Infrastruktur der AKW-Betreiber u. Elektro-Konzerne wie beispielsweise der RWE - haben viele zu dem Trugschluß verleiten lassen, eine Konsequenz an bestimmten Punkten an denen die Interessen sich nicht überschneiden, wäre gleichbedeutend mit dem ersten Schritt hin zum Ziel, von einer sozialen zu einer revolutionären Bewegung zu kommen.

Obwohl dieses Ziel an sich immer noch aktuell ist - und die Entstehung revolutionärer Kerne innerhalb diffuser 1-Punktbewegungen eine positive Entwicklung ist - zeigt doch die jüngste Vergangenheit, daß es allein so nicht geht. Viele Fragen und wenig Antworten...

Was jetzt ansteht ist, da voraussichtlich noch in diesem Jahr der Prozeß gegen uns stattfinden wird, mit dem sie versuchen werden, gegen einige sehr lange bzw. lebenslange Haftstrafen zu verhängen, damit sie für immer von der Bildfläche verschwinden - in die politische Offensive zu kommen, damit ihr Kalkül eines "Schauprozesses" nicht aufgeht.

WIR GEHEN NICHT UNTER IN DEN NIEDERLAGEN, SONDERN IN DEN KÄMPFEN DIE WIR NICHT FÜHREN!

Andreas Semisch, Juli 1988

BERICHT ÜBER DIE VERHAFTUNG VON ANDREAS SEMISCH VOM 6.07.88 IN WIESBADEN

Wir sind ein Teil der Leute, die die Kundgebung am Polizeipräsidium Wiesbaden anläßlich der erneuten Verhaftung von Andi Semisch am 6.7.88 gemacht haben.

Andi wurde schon einmal kurz nach dem 2.11. auf Grund diverser Konstrukte der Bundesanwaltschaft (BAW) und Aussagen anderer verhaftet. Ihm wurde die Beteiligung

an Anschlägen, der Raub einer Bullenknarre, Rädelsführerschaft und 129a vorgeworfen. Nach einem halben Jahr Knast blieb von den Vorwürfen noch Waffenhehlerei übrig und er kam wieder raus unter Auflagen wie z.B. keinen Kontakt zu anderen Angeklagten und Zeugen aufnehmen. Andi hat sich im Knast nicht brechen lassen und Auseinandersetzungen weitergeführt, die vorher schon begonnen hatten. Er hat auch Kontakt zu anderen politischen Gefangenen hier aufgenommen. Gerade in der desolaten Situation des letzten Winters im Rhein-Main Gebiet, war es wichtig und gut ihn als Gefangenen mitzukriegen, der sich einen Kopf um die Perspektiven revolutionärer Politik macht und nicht in der verbreiteten Opfermentalität versackte und vorallem was daraus entstehen kann: Von Distanzierung bis Verrat!

6 Wochen nach seiner Entlassung aus dem Knast wurde Andi wieder verhaftet auf Grund "neuester Erkenntnisse" wie es hieß. Dabei handelt es sich um ein linguistisches Gutachten des BKA. Dabei wurden Briefe die Andi aus dem Knast geschrieben hatte, mit Erklärungen zu Anschlägen verglichen und auf die Häufigkeit von z.B. sogenannten Füllwörtern (...und, zwar...) und zwar soll Andi 4 Erklärungen zu Anschlägen mitverfasst haben. Ähnliche Konstrukte wurden in der letzten Zeit gegen mehrere Gefangene gebaut - z.B. im Prozeß gegen Luitl, Chris und Eva, wo sie Chris die Beteiligung am Angriff auf Dornier in der Offensive von RAF und kämpfenden Einheiten, auch darüber anhängen, daß in der Erklärung zu Dornier das Wort Rekonstruktion verwendet wird, genauso wie in Notizen, die sie bei Chris gefunden haben.

Dieses Konstrukt jetzt aus dem Sack zu lassen und Andi wieder einzuknasten war eine politische Entscheidung gegen uns alle, die wir uns durch den Terror der Pigs nicht haben kleinkriegen lassen und weiterkämpfen. Die BAW konnte hierbei auch auf das politische Klima der Entsolidarisierung und Denunziation bauen, das von gewissen Leuten der Anti-Startbahnbewegung vor Andis Verhaftung geschaffen wurde. Der offene Brief von Achim Bender an Andi ist eine Schweinerei!!! Bender hat vor der BAW Aussagen gemacht, die so umgemodelt wurden, daß Andi dadurch belastet wurde. Achim Bender hat Andi weder in den Knast geschrieben, noch hielt er es nach seiner Freilassung für nötig, auf ihn zuzugehen und sich mit ihm über die Sache auseinanderzusetzen. Während eines Festes in der besetzten AU wurde Bender aufgefordert, seine gemachten Aussagen zurückzuziehen und sich zu diesem Thema zu äußern. Dieser entgegnete, daß er mit dem Pöbel nicht redet und entzog sich jeglicher Kritik. Daraufhin wurde er rausgeschmissen. Nach dem Rausschmiß verfaßte Bender diesen offenen Brief, der das Rädelsführerkonstrukt der BAW gegen Andi stützt, weil Bender darin die Leute, die ihn rausgeschmissen haben als Unterstützer bezeichnet, die von Andi hätten zurückgezogen werden müssen.

Das ganze spielte sich ca. zwei Wochen vor der erneuten Festnahme Andis ab. Es erscheint, daß ein BI-Funktionär, wie Bender zu einigem bereit ist, bevor er sich ernsthaft einmal mit Kritik auseinandersetzt.

AUCH WIR FORDERN VON BENDER UND ALLEN ANDEREN DIE SOFORTIGE RÜCKNAHME DER GEMachten AUSSAGEN, SOWIE DIE ZURÜCKNAHME DIESES OFFENEN BRIEFES!

Als wir von Andis erneuter Verhaftung erfuhren, waren wir erstmal sauwütend und wurden von einem immensen Tatendrang erfaßt. Für den Abend wurde alles andere fallengelassen um eine Möglichkeit für eine starke Kundgebung vor dem Polizeipräsidium zu haben, mit dem Ziel, Andi was von uns überzubringen. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Andi war nach unserer Information die Nacht über dort und sollte erst am nächsten Morgen nach Karlsruhe zum BGH gebracht werden.

Zum Treffpunkt kamen ca. 60 Leute. Das war mehr als wir erwartet hatten, für so eine kurze Mobilisierungszeit. Dies löste am Treffpunkt ein starkes Gefühl aus. Es kamen dabei auch Leute zusammen, die schon seit längerem nicht mehr viel miteinander zu tun hatten.

Wir hatten uns überlegt, eine kurze Kundgebung vor dem Polizeipräsidium zu machen - mit möglichst viel Krach, deren Ende wir selbst bestimmen wollten.

So lief das ganze auch: Die Kundgebung war verummt, laut und drückte viel Power aus, wie auch Entschlossenheit, Kracher und Leuchtkugeln flogen - Parolen wurden gerufen. Wir konnten zwar Andis Reaktion nicht hören, aber später erfuhren wir, daß er uns hörte und sich sehr gefreut hat.

Nach ca. 3 Minuten zogen wir uns zum geschlossenen Rückzug in Richtung Westend zurück. Wir wollten damit verhindern, daß einzelne von uns rausgegriffen werden. Die Bullen reagierten äußerst heftig, zogen alle ihre zur Verfügung stehende Kräfte zusammen und kesselten uns bei diesem Rückzug im Westend ein. Sie schlugen sofort zu, ließen ihre Köter in die Leute rein. Es gab viele Verletzte. Zwei mußten ins Krankenhaus und 25 Leute wurden vorübergehend festgenommen. Dabei war neu für uns, daß einem der Verletzten auf Drängen der Bullen Blut abgenommen wurde.

Wir haben daran getickt, daß es wichtig und notwendig ist, wie auch möglich, sich gegen solche Maßnahmen zu wehren, weil für die Pigs die Möglichkeit besteht, genetische Fingerabdrücke zu erstellen und damit Erfassung und Kontrolle zu verfeinern. Die Bullen bauten das ganze am nächsten Tag als Sturm aus Polizeipräsidium auf.

Zwei Wochen später bekamen die Festgenommenen Vorladungen wegen Landfriedensbruch etc. Obwohl wir zum Schluß auseinandergehauen wurden, blieb diese Aktion zu Andis Verhaftung eine gute Erfahrung für uns. Es war wichtig uns in einem praktischen Moment mitzubekommen. Nach all den Auseinandersetzungen der letzten Zeiten vorsichtigen Ansätzen, sich aus verschiedenen Zusammenhängen näherzukommen, war solch ein praktischer Schritt längst fällig.

SOFORTIGE RÜCKNAHME DER BEI BULLEN UND JUSTIZ GEMachten AUSSAGEN!
LIEBE UND KRAFT FÜR ANDI UND ALLE UNSEREN ANDEREN GEFANGENEN GENOSS/INN/EN!

De Knipselkrant erscheint seit August 1978.

Themen: Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werben weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglichen und subjektiven Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto

Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.

Zahlungswise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).

Buchläden: erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG DER GEFANGENEN MILITANTEN DER KÄMPFENDEN KOMMUNISTISCHEN ZELLEN

Im Herbst 86, nach monaten verstärkter Haftisolation, haben wir, gefangene militanten und militantin der Kämpfenden Kommunistischen Zellen, einen ersten langen, kollektiven hungerstreik durchgeführt, um die Einkreisung zu brechen, mit der die bürgerlichen politischen und Justizbehörden uns lähmen und vernichten wollten. In dieser Epoche erklärten wir den Grund der kriminellen und terroristischen Manövern, die gegen uns gerichtet waren, auf diese Art:

- "da wir weiterhin unser Vertrauen in die Arbeiterklasse und in ihr historisches Werden setzen, müssen wir geknebelt werden".

- "da wir unsere Aufgaben der politischen Agitation, für die revolutionäre Organisation der Ausgebeuteten, - daß tausend Zellen entstehen! -, nicht verlassen, müssen wir isoliert werden".

- "da wir uns weigern die Ehre und Freiheit zu verleugnen, die wir in und durch die revolutionäre Praxis entdeckt und erobert haben, müssen wir vernichtet werden".

und die Realität der letzten Jahre hat nur die schreckliche Klarheit dieser Äußerungen bewiesen.

durch den kollektiven Streik von 86, und dank der Mobilisierung und dem solidarischen Widerhall, die ihm geholfen haben, haben wir Gol und seine Komplizen dazu gebracht, einen Schritt rückwärts in ihrem niederträchtigen Plan zu machen: nach 43 Tagen des Aufschubs und ekelhafter Verhandlungen, haben jene sich verpflichtet, günstig auf die wichtigsten Forderungen unseres Kampfes zu antworten, das heißt, die Herstellung von Haftbedingungen die den Schutz unserer Unversehrtheit absichern, sowie die Ausübung einer minimalen politischen Aktivität (Information, Studium, Korrespondenz, Besuche).

das was wir vermuteten - aber unsere objektive Lage als Geiseln hinderte uns daran praktisch dagegen vorzugehen - war daß, indem diese Söldner des bürgerlichen Staates mit Verdruss nachgeben mußten, sie sich schon verschwören, um ihr Wort zu verraten.

wenn wir an diesem 2. September 88 den Kampf, durch den unbegrenzten Hungerstreik, wieder aufnehmen, dann "ganz einfach", weil die Bullen uns jetzt fast die Gesamtheit der seltenen Verbesserungen, die 86 bewilligt wurden, abgenommen haben, und weil wir erneut strenge Isolationsmaßnahmen erleiden müssen. die Forderungen des neuen Streiks sind also ganz genau die selben wie die vor zwei Jahren.

Wir sind politische, -kommunistische-, gefangene in einem bürgerlichen demokratischen Staat, und dies bedeutet klar, so wie es die Brutalität der Repression hier in Belgien beweist, und noch mehr in anderen europäischen Ländern: Geiseln in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie. und in diesem Rahmen wissen wir daß nur ein vollständiger Kampf unsere Unversehrtheit sichern kann, nur der permanente Kampf kann eine dauerhafte Veränderung der entwürdigenden und zerstörenden Haftsysteme abzwängen.

da revolutionärer Kampf im wesentlichen ein politischer Prozeß ist, ist die Bourgeoisie gezwungen ihm vor allem auf dieser Ebene zu bekämpfen. da sich ihr sozialer Zustand jedoch immer mehr den Interessen des Volkes widersetzt, genau so wie ihr politisches und Justizsystem eine vollständig vereinzelte Funktion ihrer Klassenherrschaft ist, und da ihr ökonomisches System zu einer immer stärkeren und offenkundigeren Ausbeutung der Arbeitswelt führt, weiß sie sehr genau daß sie sich nicht mit dem kommunistischen Projekt, das proletarische Ideal auf Befreiung, politisch - in vollständiger Klarheit - auseinandersetzen kann.

aus diesem Grund, unabhängig von den Orten und den Zeiten, sind die konterrevolutionären Manövern, die durch die Bourgeoisie durchgeführt werden, immer auf der Vergiftung und der Manipulation des sozialen Bewußtseins begründet, auf der Fälschung und der Verleumdung der revolutionären Prinzipien und Strategien, und sogar, ausgehend von der Neutralisierung mit allen Mitteln, sogar den extremsten, der Kräfte, die fähig sind eine wahre und dynamische Ansicht des kommunistischen Projektes und Kampfes wiederzugeben. unter diesen Kräften befinden sich die gefangenen kommunistischen militanten, und es ist eine ihrer Verantwortungen, und es ist nicht die kleinste. in der Tat, all die Kräfte der revolutionären militanten, die militärisch entwaffnet wurden und die durch den Feind gefangen gehalten werden, zielen auf die Darstellung und die politische Propaganda für ihre Sache ab. es ist ihr Bewußtsein, es ist ihre Aufgabe, das einzige was sie interessiert ist die Art und Weise wie sie die revolutionäre Theorie und Strategie, emanzipatorische Beweise für die ganze Klasse, am weitesten und am besten übertragen können.

durch diese Tatsache, durch das Zusammentreffen ihrer militanten Aufgabe und der Verwundbarkeit ihrer Lage, sind die gefangenen kämpfenden Kommunisten immer die ersten gefährdeten der machtmisbräuche der bürgerlichen Willkür. so kommt es daß in der Türkei, in der BRD, in Spanien, in Irland,... und überall wo sich organisierte revolutionäre Kräfte mit der imperialistischen Bestie auseinandersetzen, die inhaftierten militanten immer die Ausnahmemaßnahmen, was bis zur Ermordung gehen kann, erleiden müssen.

die Tatsache, daß wir in diesem Land die vier einzigen gefangenen sind, die diese Haftbedingungen haben, illustriert sehr gut diese Realität: dieses Haftsystem beruht auf einer rein politischen Entscheidung, und sie hat rein politische Zweckbestimmung.

dies offenbart mehr denn jemals all den historischen Betrug

der bürgerlichen Demokratie, die ganze Bauart der imperialistischen Macht, die unfähig sind eine politische Antwort auf eine entgeltliche Kritik zu geben, die ihnen durch die proletarische Politik gestellt wird, und die, sei es auch nur im Namen von vier Gefangenen, ausgedrückt wird! die Praxis der bürgerlichen Demokratie gegenüber der authentischen Mitteilung der Revolution kann nur im Brutalen benutzen des Knebels und der Lüge bestehen, eine Lüge die durch eine gesicherte Straflosigkeit des Verbrechens des Knebels stark ist. dies beweist, auf eine unwiderlegbare Art und Weise, das wahre und einzige Wesen der Ordnung die uns unterdrückt, und die verherrend jede Art von Terrorismus voraussagt, die sie zweifellos benutzen wird, wenn die proletarische Bewegung sie am Hals packen wird.

so wurden wir, direkt nach unseren Verhaftungen, in der Einsamkeit und in der Ruhe begraben: wir waren eine Quelle der Information und der revolutionären Agitation, die man austrocknen mußte, ein strahlendes und lebendes Bewußtsein das man sofort unterdrücken mußte. unser Kampf vom Mai-Juni 86 hat diese Masche teilweise zurückgestoßen: trotz der traditionellen und eifrigen Unterstützung der Mehrzahl der Medien, hat die Regierung von damals es nicht gewagt einen von uns zu ermorden, denn sie fürchtete, sich somit entgeltlich in den Augen aller, so wie sich selbst, zu entlarven. obwohl sie wußte daß wir die bewilligte Öffnungen ohne Verspätungen ausbeuten würden, und zum einzigen Vorteil der proletarischen Sache, hat die Bourgeoisie geschätzt daß dieses Zurückweichen für sie, auf kurze Zeit, weniger gefährlich sei als ihre demokratische Maske wegzuerwerfen.

dieses Zurückweichen konnte jedoch nur provisorisch sein. und in der Tat, während die Martens-Gol Bande mit einer Hand trügerisch unseren Forderungen nachgab, dachte sie schon, andererseits, getreu ihrer Technik, die oft während den sozialen Kämpfen angewandt wurde, an ihre Verwertung. so kam es, um nur ein Beispiel zu nennen, obwohl sich die Behörden zu einem Austausch der Korrespondenz, Monat für Monat, verpflichtet hatten, und dies mit einer hinterlistigen Regelmäßigkeit, haben die Bullen den Umlauf immer mehr verspätet und das Loch, in dem die Korrespondenz auf geheimnisvolle Art und Weise verschwand, wurde immer größer. heute wird die Mehrzahl der Briefe, die an uns gerichtet sind, anonym gestohlen, und die (ausgewählten) die dieser Kleptomanie der G.I.A., B.S.R. und Co. entgehen, bleiben während einem bis drei Monaten, oder noch länger, in ihren Büros liegen.

nach unserem Interview, das wir der Zeitung "Le Peuple" im April 87 gegeben haben, hat sich die polizeiliche Offensive gegen uns plötzlich radikalisiert; aber wenn es sicherlich begründet ist zu denken daß diese Reaktion die Wut der bürgerlichen Macht gegenüber die Freiheit unserer offenen Reden in Richtung Proletariat, bezeugt, so wäre es reduzierend zu denken daß sich dort der einzige Grund befindet. die Eskalation der Zensur, die entgeltliche Bestätigung der bedingungslosen Weigerung der außer-familien Besuche und die Rückkehr zu einer praktisch hermetischen Isolation kündigte den nahen Termin der öffentlichen Verhandlungen des Prozesses offensichtlich an.

denn die Verhandlungen werden natürlich die Aufmerksamkeit von zahlreichen kämpfenden Arbeitern polarisieren, die für den Kampf unserer Organisation empfänglich sind. und was die Bourgeoisie vor allem fürchtet, wie wir es weiter oben erklärt haben, ist die politische Auseinandersetzung, die sie in diesem Fall einmal mehr mit der marxistisch-leninistischen Rede unseres revolutionären Kampfes entgegensetzen wird. also, im verrückten Traum, die Verhandlungen dazu zu benutzen, um eine grauenhafte Komödie zu inszenieren, und dies zu Ehren ihrer Herrschaft ohne Teilung, ihres Ausbeuterrechts, ihres Repressionsapparates, ihrer Banken und Kanonenhändler-demokratie, ihrer "freien Welt" mit einer Million Arbeitslosen - aber mit hundertfünfzig tausend Bullen, Gendarmen oder Militäre, setzt die Bourgeoisie alles daran, die nach drei Jahren des Verlassens aus unserem Alltag noch immer nicht beruhigt ist, um unseren Widerstand bis dahin zu brechen.

die Bourgeoisie benötigt es in der Tat, während den Verhandlungen dekollektivierte, isolierte und vereinzelte Gefangene vorzuzeigen, denn einzig und allein dieser Betrug könnte der groben Polizeisicht der Geschichte einen Ansehen von Glaubwürdigkeit geben, einen Polizeigeschichte die versucht eine revolutionäre Haltung auf eine Reihe von Einzelheiten, auf eine Mosaik von individuellen Initiativen zu reduzieren. die Dekollektivierung ist der erste Schritt zur Depolitisierung, also zur Fälschung.

und es ist auch auf dieser Grundlage der Depolitisation, daß der bürgerliche Justizapparat einen neuen Manipulation ausgedacht hat. nach dem sie alles versucht haben, um die gefangenen militanten der Kämpfenden Kommunistischen Zellen zu vereinzeln, versuchen sie jetzt sie in einem Gemisch aufzulösen, ein Gemisch das für diese Gelegenheit zusammengesetzt wurde. das Gemisch - das darin besteht, die militanten der Zellen und andere Personen, die weder etwas mit ihrer Organisation noch mit ihrem politischen Projekt zu tun haben, in einem selben Prozeß zu vermischen, krönt irgendwie die vorherigen Manipulationen. die Isolation im Gefängnis, gefolgt vom Gemisch im Prozeß, stellen im wesentlichen den qualenden Aufbau dar, die die bürgerliche Justiz benötigt um ihr konterrevolutionäres Werk hinter einer Fassade der Normalität auszuführen.

UM DAS SPEKTAKEL EINER "APOLITISCHEN JUSTIZ" ZU INSZENIEREN, DIE DEN "INTERESSEN DES KAPITALS FREMD IST", VERMEHRT DIE BOURGEOISIE DIE POLITISCHEN ANGRIFFE;

UM DIE ÜBEREINSTIMMUNG MIT EINEM NORMALISIERTEN PROZEß ABZUSICHERN, VERMEHRT DIE BOURGEOISIE DIE AUSNAHMEMAßNAHMEN;

UM DAS BILD EINES "AUSGEGLICHENEN UND DEMOKRATISCHEN PROZESSES" ZU GESTALTEN, VERMEHRT DIE BOURGEOISIE DIE POLIZEIAGGRESSIONEN.

denn in diesem Fall geht es im wesentlichen um einen Versuch der Vernichtung. ohne Zweifel die der vier militanten, - und auch wenn es sich um uns handelt, so bedeutet das nicht sehr viel gegenüber all den Opfern der imperialistischen Barbarei -, aber vor allem die der kollektiven Identität, dessen Träger sie sind: das emanzipatorische politische Bewußtsein der proletarischen Klasse. das was die Bourgeoisie durch uns bekämpfen will, ist die revolutionäre Identität und der revolutionäre Einsatz, es ist die unwiderlegbare Rechtmäßigkeit des Kampfes der Arbeitswelt für ihre Befreiung, es ist die Dynamik des Klassenkampfes, die unerbittlich zum Zusammenstoß der alten Gesellschaft und zur Machtergreifung des Sozialismus führt, es ist das Wiederaufleben des höchsten Bewußtseins des Proletariats: der Marxismus-Leninismus.

dies betrifft jeden Proletarier, jeden Kommunisten. und ausgehend von dieser Klassenposition beginnen wir heute wieder mit einem kollektiven Hungerstreik, mit dem sofortigem Ziel der Umwandlung der Haftbedingungen, die uns eine absolute Beherrschung während unserer Intervention in den Prozeßverhandlungen erlauben wird.

KLASSE GEGEN KLASSE !

DAß TAUSEND ZELLEN ENTSTEHEN !

ALLE MACHT DEN ARBEITERN !

FÜR DEN KOMMUNISMUS !

Didier Chevolet, Pascale Vandeguerde, Pierre Carette und Bertrand Sassoye, Gefangnisse von Forest und Saint-Gilles.

den 2. September 1988

